

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: monatlich 1,10 Mk.,
 vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 16. Januar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Interaktions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle
 oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleins Anzeigen“, das erste (steh-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlaf-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Wahlrechtskämpfer! Erscheint zum Massenaufgebot!

Wahlrechtsheerschau!

Am heutigen Sonntag unternimmt das preussische Proletariat einen erneuten Vorstoß gegen die Klassenmacherei des Wahlsachwahlrechts. Der 16. Januar soll den Volkssturm eröffnen, den die Sozialdemokratie gegen die Reaktion auf die Schanzen ruft.

Schon im voraus ist diese Demonstration für die Reaktion die Zielscheibe teils albernen Spottes, teils giftiger Denunziationen geworden. Aber unbeirrt geht die Arbeiterklasse ans Werk, sicher, daß es ihr trotz allen Widerstandes gelingen muß, dem Recht des Volkes eine breite Bresche zu brechen!

Das Proletariat weiß ja, wie erkünstelt der ohnmächtige Hohn der Gegner ist. Es weiß, daß es ganz allein seinem ungestümen Drängen, seinen Wahlrechtskündgebungen zu danken ist, daß jetzt endlich eine Reform des elendesten aller Wahlsysteme bevorsteht!

Als die Sozialdemokratie vor wenigen Jahren ihre Aktion begann, sah sie sich unter den bürgerlichen Parteien vergebens nach Unterstützung um. Selbst Zentrum und Freisinn, die doch von sich behaupteten, daß auch sie das allgemeine, gleiche Wahlrecht erstrebten, hatten für die Volksaufklärung der Sozialdemokratie nur ein hämisches Achselzucken übrig. Durch ihr Ungefüm, ihre Häßlichkeit, so prophezeiten diese Parteien, stiftete die Sozialdemokratie nur Schaden statt des Nutzens. Das Proletariat möge es doch gefälligst der Klugen und feinen Diplomatie der bürgerlichen Wahlrechtsfreunde überlassen, den Entrechteten ihre politischen Rechte zu eringen.

Die Arbeiterklasse kannte die Weise und den Text dieser bürgerlichen Verater, sie kannte auch die Erfolge der feinen zurückhaltenden Taktik dieser Wiederwärtler! Sie schlug deshalb verbittertermaßen die ebenso kläglichen wie heuchlerischen Schulmeisterlein in den Wind und rief die Massen auf zum Kampfe! Und die Massen kamen! Sie gingen an die Wahlurne, sie erschienen in Masse in Versammlungen und auf der Straße.

Und was alle „Diplomatie“, alle „Besonnenheit“ des Freisinns und Zentrums während mehr als 50 Jahren nicht erreicht hatte, das gelang binnen kurzem dem kräftigen Ansturm der klassenbewußten Arbeiterschaft! Bereits im Jahre 1908 sah sich die Thronrede genötigt, eine „organische Fortentwicklung“ des Wahlrechts anzukündigen, und jetzt, 1910, soll dem Landtage tatsächlich eine Wahlrechtsvorlage gemacht werden!

Der Wahlrechtssturm der Entrechteten ist also nicht vergebens gewesen! Der Erfolg hat betrieften, daß das Proletariat die richtige Taktik eingeschlagen hat, um endlich die Masse des Volkes von der Schmach der Rechtlosigkeit zu erlösen!

Freilich: das allgemeine und gleiche Wahlrecht wird die Wahlrechtsvorlage nicht bringen. Vielmehr ist sicher, daß sie unter der Maske einer Konzeption an den „Mittelstand“ die bisherige Rechtlosigkeit der breiten Volksschichten nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten suchen wird! Denn allzu geschäftig waren inzwischen die einflussreichen Kreise, die von Gnaden des Wahlsachwahlrechts und der agrarischen Wahlkreiserteilung als Schmaroger am Marke des Volkes saugen! Und nicht nur die Brot- und Fleischwucherer von den Konservativen und den Freikonservativen waren emsig am Werke, um eine wirkliche Wahlreform zu hintertreiben; sondern auch die Kohlenmagnaten und Schlotbarone haben längst begonnen, die Regierung zu bestürmen, trotz des Versprechens der Thronrede vom Jahre 1908 statt einer Wahlreform nur eine ebenso feilschische wie perfide Wahlrechtsfläckerlei vorzunehmen!

Und man weiß ja, welcher unheilvollen Einfluß unsere privilegierten Klassen bisher noch stets auf die Regierung auszuüben vermochten! Man weiß, daß für die Regierung

das Anbelungs- und Ausbeutungsinteresse der agrarischen und kapitalistischen Kreise das oberste Gesetz war!

Gleichwohl! Die Wahlrechtsfrage wird bereits in den nächsten Monaten den Landtag beschäftigen. Und an dem Verhalten der Rechtlosen selbst — das hat ja der Verlauf der bisherigen Wahlrechtskampagne bewiesen — wird es liegen, welches Maß politischer Rechte sich die nicht-besitzende Klasse erobern wird!

Noch hängt bei der Wahlrechtsvorlage manches in der Schwebe. Wenn die Volksmehrheit der Entrechteten ihren entschlossenen Willen in die Waagschale wirft, kann manche Entscheidung anders ausfallen.

Darum gilt es, am 16. Januar mit einer eindringlichen Kundgebung einzusetzen! Das entrechtete Volk darf von vornherein keinen Zweifel darüber lassen, daß es entschlossen ist, jetzt, wo der Kampf in ein neues, für die nächste Zukunft entscheidendes Stadium eingetreten ist, diesen Kampf mit gesteigerter Tatkraft und freudigstem Opfermut fortzusetzen!

**Auf zu den Massenversammlungen!
Auf zur Wahlrechtsheerschau!**

Die „Vernichtung“ der Freien Jugendorganisation.

Der Polizeikampf gegen die Freie Jugendorganisation hat eine weitere Steigerung erfahren. Der Berliner Polizeipräsident hat, wie wir vorgeföhren bereits mitteilten, die Jugendorganisation für „aufgelöst“ erklärt.

Von einigen kleinen polizeilichen Aufmerksamkeiten abgesehen, hat die Freie Jugendorganisation fünf Jahre lang unbeanstandet unter den wachsamsten Augen der Polizei wirken können. Erst im Herbst vorigen Jahres setzte der Vernichtungszug ein. Zwei öffentliche unpolitische Jugendversammlungen am 10. Oktober wurden wider alles Erwarten überwacht. Auch eine darauf stattfindende Mitgliederversammlung durfte nicht ohne polizeilichen Schutz tagen. Selbstverständlich wurde gegen die unberechtigte Ueberwachung sofort Beschwerde erhoben. Außerdem wurde gegen den Beamten, der, trotz Aufforderung und Hinweis auf das Hausrecht, nicht den Saal verließ, Anzeige wegen Hausfriedensbruchs erstattet, die natürlich zurückgewiesen wurde. Durch Verfügung vom 20. Oktober erklärte dann der Polizeipräsident die Jugendorganisation für einen politischen Verein. Gegen die Verfügung wurde sofort Beschwerde eingelegt und außerdem stellten Vorstandsmitglieder gegen sich selber Strafantrag, damit vor einem ordentlichen Gericht geprüft und festgestellt wird, ob die Jugendorganisation ein politischer Verein ist. Dieses Verfahren ist zu irgendwelchen Verhandlungen noch nicht gediehen. Auf die eingeleiteten Beschwerden erteilte aber der Oberpräsident folgenden launigen Bescheid:

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg. Potsdam, den 22. Dezember 1909.
O. P. 22611.

Der für den Verein „Freie Jugendorganisation Berlins und Umgegend“ erhobene Beschwerde vom 28. Oktober d. J. gegen die Verfügung des dortigen Herrn Polizeipräsidenten vom 20. Oktober d. J. — 3074. VII. D. 09 — sowie der Beschwerde vom 16. desselben Monats wegen der polizeilichen Ueberwachung der von diesem Verein am 10. Oktober veranstalteten öffentlichen Versammlung vermag ich nicht stattzugeben.

Der Verein „Freie Jugendorganisation Berlins und Umgegend“ wird von dem Herrn Polizeipräsidenten in der Verfügung vom 20. Oktober mit Recht als ein politischer Verein im Sinne des § 3 des Reichsvereinsgesetzes angesehen, der die in diesem Gesetz politischen Vereinen auferlegten Pflichten zu erfüllen hat.

Der Verein ist aus dem am 10. Oktober 1904 gebildeten „Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins“ hervorgegangen. Gleich diesem bezweckt er nach den Statuten, die wirtschaftlichen, rechtlichen und geistigen Interessen der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter zu wahren und zu fördern, und soll keinen politischen Charakter tragen.

Für die rechtliche Beurteilung des Vereinszweckes ist indessen nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts nicht

allein die Satzung, sondern das tatsächliche Verhalten des Vereins maßgebend. In der Tätigkeit des Vereins in seiner früheren und gegenwärtigen Gestalt ergibt sich unverkennbar als Hauptziel, seine Mitglieder und andere Jugendliche im Sinne der sozialdemokratischen Anschauung mit agitatorischen Mitteln, besonders durch Schürung des Klassenhasses so zu beeinflussen, daß sie die Anhängerschaft der sozialdemokratischen Partei vermehren. Für diese Tätigkeit des Vereins hat mir der Herr Polizeipräsident namentlich in Brief-äußerungen und Vereinsflugblättern bis in die neueste Zeit zahlreiche Belege vorgelegt. Daß mit der Ausbreitung und Stärkung einer die Umwälzung der staatlichen und gesellschaftlichen Zustände erstrebenden politischen Partei ein politischer Zweck im Sinne des § 3 des Reichsvereinsgesetzes verfolgt wird, bedarf keiner Erörterung und ist in dem Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts vom 13. November 1900 („Pr. Verwalt.-Bl.“, Bd. 23, S. 101) ausdrücklich anerkannt.

Nach seinen Feststellungen über die Ziele des Vereins mußte der Herr Polizeipräsident annehmen, daß in dem von dem Verein am 10. Oktober einberufenen Versammlungen das Thema „Jugendbeschäftigung und Jugendfürsorge“ von dem politischen Gesichtspunkt einer agitatorischen Gewinnung der Zuhörer für die sozialdemokratische Partei erörtert werden würde. Dieser Schluß lag um so näher, als auch das zur Einberufung dienende Flugblatt die Klassenverfeindungen in der gekennzeichneten aufreizenden Weise in den Vordergrund treten ließ und neben den Klagen über Verblödung, Ausbeutung und Schinderei der Jugend die Behauptung aufstellte, daß täglich Tausende wehrloser Lehrlinge von ihren Meistern mißhandelt und oft in den Tod getrieben würden. Mit unverkennbarer politischer Absicht wurde in dem Flugblatt die Gleichgültigkeit der „bürgerlichen Zeitungen“ gegenüber diesen Verhältnissen zu dem Vortreiben der Arbeiterschaft nach Verechtigung des Zuchtigungsrechts der Meister gestellt.

Bei dem Vorliegen öffentlicher politischer Versammlungen im Sinne des § 5 des Reichsvereinsgesetzes ergibt sich das Recht der Anwesenheit von Beauftragten des Herrn Polizeipräsidenten aus § 13 des Gesetzes. Auch kann ich nicht anerkennen, daß hierin eine Aenderung eintrat, als sich die öffentliche Versammlung in den „Arminhallen“ durch Massenbeitritt der Erschienenen zur Freien Jugendorganisation als Vereinsversammlung konstituierte. Wenn jeder beliebige der auf öffentliche Ladung zusammengetretenen Versammlungsteilnehmer ohne weiteres die Vereinsmitgliedschaft erwerben konnte, so kann nach den über den Begriff der Öffentlichkeit und der geschlossenen Gesellschaft ergangenen Gerichtsentscheidungen keine Rede davon sein, daß die so zustande gekommene Vereinsversammlung einen geschlossenen, individuell begrenzten Personenkreis im Gegensatz zur öffentlichen Versammlung gebildet hätte. Eine andere Auffassung würde es in das Belieben der Teilnehmer öffentlicher Versammlungen stellen, die hierfür gegebenen gesetzlichen Bestimmungen durch jedesmaligen Zusammentritt zu einem Verein unwirksam zu machen.

In Vertretung: (unleserliche Unterschrift).

Wenn eine Behauptung dadurch zum Beweis würde, daß man sie wiederholt, dann könnte dem Oberpräsidenten allerdings niemand absprechen, daß er jetzt den Beweis für den politischen Charakter der Jugendorganisation geliefert hat. Aber nicht eine Tatsache kann er dafür anführen. Zwar schreibt er von geheimnisvollen Flugblättern und Briefäußerungen, die ihm der Polizeipräsident vorgelegt habe, unterläßt es aber, aus diesen „Beweisstützen“ Stellen anzuföhren, die seine Behauptung beweisen könnten. Der Mangel an Tatsachen bringt unsere Behörden, besonders die Verwaltungsbeamten, die das Recht zu Auslegungen und Feststellungen haben, nicht in Verlegenheit. Wo man Tatsachen nicht anführen kann, fängt man zu kombinieren an. Dadurch gelangt der Oberpräsident schließlich zu einem Entschcheid des Oberverwaltungsgerichts aus dem Jahre 1900, also aus einer Zeit, in der das Reichsvereinsgesetz noch nicht bestand. Ebenso gut hätte er sich auf ein Urteil aus Babylonien vom Jahre 500 v. Chr. beziehen können, denn das neue Reichsvereinsgesetz bestimmt in seinem § 3: „Jeder Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt (politischer Verein), muß einen Vorstand und eine Satzung haben.“ Es muß also der Zweck des Vereins sein, auf eine Aenderung bestehender politischer Zustände einzuwirken. Die einigermaßen klare Fassung schließt damit die Kombination des Oberpräsidenten aus, denn daß die Jugendorganisation diesen Zweck hat, wagt der Oberpräsident selber nicht zu behaupten.

Gegen den Bescheid des Oberpräsidenten ist Klage beim Oberverwaltungsgericht angestrengt, so daß die Polizei- und Oberpräsidenten Gelegenheit erhalten, ihr Tatsachenmaterial zu entgüllen.

Von den Feststellungen durch ein geordnetes Gerichtsverfahren, die ja vielleicht etwas anders ausfallen könnten, als die Dekrete einzelner, scheint der Polizeipräsident nicht viel zu halten. Vielleicht hält er es für möglich, daß sein Zweck, die Jugendorganisation zu vernichten, doch noch erreicht werden könnte. Denn sonst hätte er es doch mit der Auflösung nicht so eilig gehabt, sondern hätte die gerichtliche Entscheidung abgewartet. Die Auflösungsverfügung lautet:
Der Polizeipräsident. Berlin, den 10. Januar 1910.
Tages- Nr. 67. VII. D. 10.

Nachdem durch Erlass des Herrn Oberpräsidenten in Potsdam vom 22. Dezember 1909 — O. P. 22611 — die Beschwerde des Vereins „Freie Jugendorganisation Berlins und Umgegend“ gegen die Verfügung des unterzeichneten Polizeipräsidenten vom 20. Oktober 1909 — T. Nr. 3074 VII. D. 69 — zurückgewiesen ist, erkläre ich hierdurch den Verein „Freie Jugendorganisation Berlins und Umgegend“ für aufgelöst.

Die Auflösung erfolgt auf Grund des § 2, Absatz 1, des Reichsvereinsgesetzes vom 10. April 1908.

Der Verein ist ein politischer Verein im Sinne des § 3 a. a. O. mit dem aus den §§ 1, 3 und 4 des Vereinsstatuts sich ergebendem Ziele, eine Organisation von Jugendlichen unter 18 Jahren zu sein. Er verfolgt damit einen Zweck, der einem Strafgesetze zuwiderläuft.

Nach § 18 V des Reichsvereinsgesetzes macht sich strafbar, wer als Vorstand oder als Mitglied des Vorstandes eines Vereins entgegen den Vorschriften des § 17 dieses Gesetzes Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in dem Vereine duldet.

Nach § 18 VI a. a. O. ist zu bestrafen, wer entgegen den Vorschriften des § 17 des Gesetzes als Jugendlicher unter achtzehn Jahren in einer Versammlung eines politischen Vereins, sofern es sich nicht lediglich um Vereinsveranstaltungen zu geselligen Zwecken handelt, anwesend ist.

Gemäß § 2, Absatz 2, a. a. O. kann diese Verfügung im Wege des Verwaltungsrechtsverfahrens angefochten werden.

Nach § 18 VI a. a. O. ist zu bestrafen, wer entgegen den Vorschriften des § 17 des Gesetzes als Jugendlicher unter achtzehn Jahren in einer Versammlung eines politischen Vereins, sofern es sich nicht lediglich um Vereinsveranstaltungen zu geselligen Zwecken handelt, anwesend ist.

Schon aus diesen formalen Gründen ist die Verfügung unhaltbar, daß sie auch sachlich unbedeutend ist, haben wir schon an dem angezogenen Bescheid des Oberpräsidenten nachgewiesen. Die Jugendorganisation kann also der gerichtlichen Entscheidung mit Ruhe entgegensehen. Sie ist der feinsten Zurückhaltung, daß es unmöglich ist, wollte man nicht Willkür anwenden, Beweise für die Behauptung der politischen Tätigkeit zu erbringen. Die Ziele und Aufgaben der Freien Jugendorganisation, Pflege der Weiterbildung und Wahrnehmung des Jugendinteresses, lassen einen Verzicht auf politische Betätigung zu. Auch die ganz offenbar politische Tätigkeit anderer Jugendbünde, die zur Bekämpfung der Sozialdemokratie dienen, hat die Freie Jugendorganisation nicht zu ähnlichen Gesetzesübertretungen verleitet und wird sie auch in Zukunft nicht dazu verleiten.

Von juristischer Seite wird uns zu der Frage, ob die Auflösungsverfügung des Polizeipräsidenten sofort in Kraft tritt oder ob die Beschwerde eine aufschiebende Wirkung hat, geschrieben:

Das Vereinsgesetz kennt allerdings keine Bestimmung, die der Klage oder Beschwerde eine aufschiebbare Wirkung zuspricht. Aber nach § 53 des Landesverwaltungs-Gesetzes ruht die Verfügung solange, bis über die Beschwerde oder Klage endgültig entschieden ist.

Wir erfahren denn auch, daß die Jugendorganisation ihre Tätigkeit auch bis zu dieser endgültigen Entscheidung fortsetzen wird.

Mehr Rückschritt als Fortschritt.

Aus dem Reichstage, 15. Januar. Mehr Rückschritt als Fortschritt war das Urteil, das übereinstimmend die Genossen Stadthagen und Heine über die zur Debatte stehenden Justizgesetze fällten. Dabei wiesen sie nach, daß die spärlichen Fortschritte nur dort angebahnt sind, wo es sich um Fragen politischer Natur handelt, daß aber die bössartigsten Rückschritte in die Entwürfe hineingearbeitet sind überall da, wo sich eine stärkere Knebelung der Arbeiterklasse oder die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung erzielen läßt.

Zunächst kam Genosse Stadthagen zum Wort beim Gerichtsverfassungsgesetz und der Strafprozedurordnung. Er kennzeichnete die unheilvolle Nachstellung der Staatsanwaltschaft in unserer Rechtspflege, die weit davon entfernt, die objektivste Behörde der Welt zu sein, im Verwaltungsbüro wie ein schädlicher Fremdkörper wirke. Eine wirkliche Reform der Rechtspflege müsse die Funktionen der Staatsanwälte unabhängig gestellten Richtern übertragen. Uebrigens sei es um die Unabhängigkeit der Richter überhaupt schlecht bestellt. Es müßten Einrichtungen zur Sicherung der Unabhängigkeit der Richter getroffen werden. Vor allen Dingen müßten die Richter durch das Volk selbst gewählt und in allen Instanzen Laien zur Rechtsprechung herangezogen werden. Welche Früchte die gegenwärtige Klassenjustiz zeitigt, erläuterte Stadthagen u. a. an dem Beispiele jenes Gendarmen, der für 40 Säbelhiebe und für das Abschlagen eines Armes 30 Mark „Strafe“ zubüßte bekam. Nachdem Stadthagen noch sämtliche Bestimmungen der Gesetzentwürfe einer eingehenden Kritik unterzogen hatte, rief er den Gegnern warnend zu, sie möchten sich hüten, die Klassenjustiz noch weiter zu überspannen, die Früchte davon würde nur die Sozialdemokratie ernten.

Der Staatssekretär Visco bemühte sich, und zwar diesmal in freier Rede und deshalb verständlicher, die Argumente Stadthagens zu entkräften und den Entwurf zu verteidigen, den er nicht selbst verfaßt, sondern nur als Erbkassier übernommen hat. Dann bewies der antisemitische Abg. Graef aus Weimar, daß Leute mit höchst näsigem Intellekt sowohl ein richterliches Amt wie ein Reichstagsmandat bekommen können. Schließlich wurden die beiden Gesetzentwürfe einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Sehr rasch wurde das Haus fertig mit dem Entwurf, der Änderungen des Strafrechts vorschlägt, da er bereits in der

vorigen Session bis zur Beschlußfassung durchberaten war. Genosse Heine sprach sich für die Erleichterungen aus, die bei einigen Antragsbergehungen vorgesehen sind, brandmarkte aber scharf die Versuche, die Strafen für Preßbeleidigungen zu verschärfen, da aller Erfahrung nach das nur zur Knebelung der oppositionellen, besonders der sozialdemokratischen Presse ausgenutzt werden würde. In gleicher Weise sei die Verschärfung des Preßparagrafen zur Verfolgung der Gewerkschaften bestimmt. Unter keinen Umständen dürften diese Bestimmungen Gesetz werden.

Nach kurzer war die Debatte über das Gesetz, betreffend die Haftpflicht des Reiches für die Schäden, die von Reichsbeamten in Ausübung ihres Dienstes angerichtet werden. Mit dem Prinzip des Gesetzes waren alle Parteien einverstanden. Meinungsverschiedenheiten entstanden nur darüber, ob in dem Gesetz auch eine einheitliche Regelung der Haftpflicht der Landesbeamten und Kommunalbeamten aufgenommen werden solle. Für diese Forderung sprach sich namens der Sozialdemokratie auch Genosse Heine aus. Dieser Gesetzentwurf wurde dann einer besonderen Kommission überwiesen.

Für Montag sind Interpellationen, darunter die wegen der Fabrikarbeiter und wegen Ransfelds auf die Tagesordnung gesetzt.

Etatsberatung im Dreiklassenparlament.

Im Abgeordnetenhaus begann am Sonnabend, nachdem das Präsidium der vorigen Session wiedergewählt war, die Generaldebatte zum Etat. Die Mehrheitsparteien fühlten wieder einmal das Bedürfnis, den reaktionären Charakter Preußens auf allen Gebieten ins rechte Licht zu rücken. In der Tat bewies die Debatte, wie gemeingefährlich die konservativ-merikale Koalition ist, wie sie den Herd der Reaktion bildet und von Preußen aus allmählich in ganz Deutschland der Entwicklung Halt zu gebieten sucht.

Am rückgrütlichsten geberdete sich diesmal der Sprecher des Zentrums, Abgeordneter Herold, der endlich die Zeit für gekommen hielt, der Regierung die Leistung für die Mitarbeit seiner Partei am Zustandekommen der Reichsfinanzreform zu unterbreiten. Das Zentrum fordert nicht mehr und nicht weniger, als die Unterdrückung jeder geistigen Bewegung im Volke; es verlangt die völlige Auslieferung der Schule an die Kirche, und ist empört darüber, daß die Regierung es wagt, einige neue Kreisinspektorenstellen zu beantragen. In seiner fanatischen Wut, in seiner Wahndrüse, daß die Zeit eines neuen Kulturkampfes herangebrochen sei, verließ sich Abgeordneter Herold sogar zu niederträchtigen Beschimpfungen Ferrers. Ganz besonders richtet sich sein Verger gegen die Nationalliberalen, denen er — allerdings das schärfste, was man dieser Partei antun kann — die nationale Bestimmung abspricht, und deren Agitation gegen die Reichsfinanzreform er mit der sozialdemokratischen Agitation auf eine Stufe stellt. Dieses indirekte Lob haben die Nationalliberalen nun freilich nicht verdient; von ihrer Agitation gegen die Finanzreform hat man im Volke nicht nur nichts gemerkt, sondern im Gegenteil, sie haben ihr Möglichstes getan, der Reichsfinanzreform die Wege zu ebnen. Insofern hat Herr Herold, dessen Rede im übrigen auf eine Verherrlichung des Zentrums hinauslief, den armen Nationalliberalen schweres Unrecht angetan.

Andere Töne als der Zentrumsredner hatte vor ihm der Konservative v. Pappenheim angeschlagen. Klang durch die Worte des Abgeordneten Herold fort und fort die flehentliche Bitte hindurch, nur ja das Zentrum nicht falsch einzuschätzen, sondern seine Verdienste anzuerkennen und gebührend zu belohnen, so ließ Herr v. Pappenheim die Regierung deutlich fühlen, daß sie nach der Pfeife der Konservativen zu tanzen hat. Zwar sprach er dem neuen Ministerpräsidenten sein Vertrauen aus, aber in dieses Vertrauen mischte sich ein Küffel gegen die Regierung, weil sie nicht genug getan habe, der „Volkserhebung“ angesichts der Reichsfinanzreform entgegenzutreten und die Massen über diese Reform aufzuklären. Ueber die Wahlreform ging der Redner mit ein paar Worten hinweg. Seine Freunde sind, wie er erklärte, durch die Erfahrungen des letzten Jahres in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einer wirklichen Wahlreform nur noch bestärkt worden. Was für Erfahrungen das sind, darüber schwieg er sich wohlweislich aus. Von seinen weiteren Ausführungen sind nur noch die über die Schiffahrtsabgaben bemerkenswert, an deren Erhebung die Konservativen unbedingt festzuhalten entschlossen sind.

Im Gegensatz zu dem konservativen Wortführer erteilte der Pole Dr. von Jagdewski der Regierung für ihre Ausnahmengesetze gegen einen Teil des Volkes, insbesondere für ihr Eintreten für die Enteignungsvorlage und für das Reichsvereinsgesetz ein unumwundenes Mißtrauensvotum.

Vorsichtiger bräute sich der Nationalliberale Dr. Friedberg aus, der noch nicht recht weiß, ob er dem neuen Ministerpräsidenten Vertrauen oder Mißtrauen entgegenbringen soll. Verderben möchte er es mit ihm nicht gern, schon aus dem Grunde nicht, weil sonst die Gefahr einer weiteren Stärkung des konservativen Regiments besteht, und weil die Nationalliberalen doch auch gern aus der Regierungskrippe essen möchten. Es war ein erbauliches Schauspiel, den nationalliberalen Führer in der Rolle der „Opposition“ zu erblicken. Allzu ernst darf man sein Auftreten natürlich nicht nehmen; man weiß ja, daß die Fraktion Dreifache auch anders kann. Mit wohlverdientem Lachen quittierten unsere Genossen seine Schlupfphrasen, worin er sich gegen den Großklub — an den kein Sozialdemokrat denkt — erklärte und das Versprechen abgab, seine Partei werde nach wie vor ihren Weg geradeaus gehen.

Von Vertretern der Regierung griffen die Herren v. Rheinbaben, v. Wolke und v. Breitenbach in die Debatte ein. Ersterer stimmte in den bekannten Hurrautönen ein Loblied auf die Reichsfinanzreform an, Herr v. Wolke vertieg sich zu der fähigen Behauptung, daß die Vererbung in hohe Staatsämter nur unter dem Gesichtspunkte der Befähigung erfolge und Herr v. Breitenbach verteidigte die Ansicht der Erhebung von Schiffahrtsabgaben.

Am Montag wird die Debatte fortgesetzt. Auf der Rednerliste stehen: Freiherr v. Jodisch (N.), Dr. Wiemer (fr. Sp.), Sirsch (Soz.), Rahnke (fr. Sp.).

Die englischen Wahlen.

London, 15. Januar. Heute ist Wahltag in London. Die Agitation ist mit ganz ungewöhnlicher Schärfe geführt worden. Die Hauptstraßen gleichen Wilderausstellungen und in hochhalten Karikaturen wird der Wahlkampf geführt. Auch der Sozialismus ist beliebtes Objekt des Wilderwieses geworden. Die Liberalen haben eine Ausstellung veranstaltet, in der deutsche, französische und englische Waren gezeigt werden. Die angegebenen Preise sollen beweisen, daß das Freihandelsystem für die Masse der Konsumenten den größten Vorteil bietet. Seit Beginn der Woche ist noch ein neues Propagandamittel entdeckt worden. Allerlei Tiere, wie Hunde, Katzen, Hesel usw. werden benutzt, um Wahlreklame zu machen. Diese Tiere

werden mit dem Abzeichen der betreffenden Parteien durch die Straßen der Stadt London geführt. So konnte man gestern einen prachtvoll geschmückten Hesel sehen, welcher eine herzogliche Krone auf dem Kopfe trug mit der Aufschrift: „Stimmt für mich!“ Dieser Wahlscherz gegen die Konservativen erzielte ganz hervorragende Lacherfolge.

Die Kandidaten und ihre Anhänger setzten noch gestern abend mit größter Anstrengung die Wahlkampagne fort. In allen Straßenübergängen hatten Redner Aufstellung genommen, große Lichtreklamen sind an dem Turm des Liberalen Klubs angebracht, auf denen zu lesen steht: Wählt für die Liberalen und das Volk gegen den Grundbesitz!! Besteuert den Grundbesitz und nicht die Lebensmittel!! In letzter Stunde sind noch zwei Wahlauftritte erschienen, der eine von Chamberlain und Palfour, der andere von Palfour allein unterzeichnet.

Zum ersten Male in der englischen Wahlgeschichte sieht man die Regierung durch Vermittelung der Zeitungen einen energischen Kollektivauftrag an die Wählererschaft richten, damit sie zugunsten der Regierung stimme. „Daily Chronicle“ veröffentlicht heute morgen eine Volkschaft von Sir Edward Grey, in der es heißt: Ich hoffe aufrichtig, daß das Land dem liberalen Kabinett seine Unterstützung angeheben lassen wird, sowie auch der liberalen Partei, welche die Rechte des Volkes unterstüzt. Die liberale Regierung hat sich verpflichtet, eine feste, dauerhafte und friedliche auswärtige Politik zu verfolgen sowie eine hinreichend starke Flotte zu besitzen, um unsere Interessen zu verteidigen. Ich glaube nicht, daß diese Frage zur Grundbasis der Wahlkampagne gemacht werden wird. Lord George sagt: Ich hoffe, daß die Wähler die von unserer Vorhaben eroberten Privilegien verteidigen und sich weigern werden, die Früchte unserer Institution und unseres Handels aufzugeben für die Trugbilder, welche ihnen die Schutzzöllner in Aussicht stellen. Kriegsminister Haldane erklärt: Ich hoffe, daß kein einziger Wähler sich weigern wird, für die liberale Partei zu stimmen, auf Grund gewisser Erklärungen über die Landesverteidigung. Die jetzige Regierung hat neuere und dauerhaftere Grundlagen für die Landesverteidigung geschaffen, welche augenblicklich in besserem Zustande sich befindet, als während eines früheren Zeitraumes. Der Marineminister Mac Kenna sagt: Die Wähler können überzeugt sein, daß entsprechend der einstimmigen Ansicht des Admiralsrates alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um unsere Küsten, unser Kaiserreich und unseren Handel zu verteidigen. Churchill schließlich sagt: Alle Freunde des Fortschrittes haben die wichtigste Abstimmung ihres Lebens heute zu leisten, ich bin überzeugt, das alles zum besten ausfallen wird.

Zu den ersten der neuen Abgeordneten gehört der Sprecher des Unterhauses, Lowther, der in Penrith zum Abgeordneten proklamiert wurde. Er wird, obwohl Konservativer, auch im neuen Hause zum Vorstehenden gewählt werden. Er hatte keinen Gegenkandidaten. Ebenso haben die Universitäten Oxford, Cambridge und Dublin wieder je zwei unionistische Abgeordnete gewählt. Auch hier waren keine Gegenkandidaten aufgestellt worden.

Außer zwölf Mandaten in London (im ganzen hat die Hauptstadt 69 Sitze), kommen auch 65 in der Provinz heute zur Besetzung. In fünf „dreieidigen“ Wahlen kämpfen dabei unsere Genossen gegen Liberale und Konservative gleichzeitig. In London werden die Liberalen unzweifelhaft eine Reihe von Sitzen einbüßen. Außer London wählen heute noch die großen Städte Birmingham, Manchester, Salford, Bolton und Wolverhampton.

Parlaments-Agonie.

Paris, 13. Januar. (Fig. Bez.) In gebrühter Stimmung haben die Deputierten der bürgerlichen Mehrheit die zum letzten Male geöffneten Pforten der Kammer durchgeschritten. Das Bewußtsein einer in kläglicher Unfruchtbarkeit verbrachten Gesetzgebungsperiode lastet auf ihnen, und keine Zuversicht, einiges von dem Versäumten in feurigen Nachrausch nachzuholen, besetzt sie. Horn und Mißtrauen treibt sie gegeneinander, und Pech vor den Wählern eint sie wieder und scharf sie in Tradantentreue um die Regierung, auf deren Günst sie diesmal noch weniger als sonst verzichten können. Hatte die Linke im Wahlkampf vor vier Jahren das glückselig vollbrachte Werk der Trennung von Kirche und Staat in die Wahlschale werfen können, vermochte sie den proletarischen Wählern das Blendwerk einer ohne guten Glauben an ihre Verwirklichung beschlossenen Altersversicherung vorzulegen, so weiß das Arbeitszeugnis der auseinandergehenden Kammer unter allen, bereinigt so pompös angekündigten „Reformen“ eine einzige als vollendet aus: die Verstaatlichung der Westbahn, die sich hinterher als ein monströser Fischzug des Kapitalismus darstellt. Die Einkommensteuer und die Reform der Kriegsgerichte liegen heimlich umgebracht in einem Kommissionenzimmer des Senats, und nicht einmal das zum Schuß der in der Provinz in skandalöser Weise verletzten Wahlfreiheit wiederholt beschlossene Missetat wurde von den Senatoren erledigt. In der französischen Republik bringen Regierung und Volksvertreter gegen Annahmen des Oberhauses merkwürdig wenig Energie auf. Die gestrige Intervention des Genossen Constans zugunsten der Wahlfreiheit hat der Regierung nur einen Freibrief verschafft, der Versteppung ohne Widerstand zuzusehen.

Vriand forderte diese Erlaubnis mit Berufung auf die Deinglichkeit der im Senat seit Monaten berathenen Altersversicherung. Wollte man in seiner Rede eine Würdigung für ihre Fertigstellung finden, so hieße dies allerdings den Optimismus zu weit treiben. Wichtig ist, daß die Regierung und ein großer Teil der bürgerlich-radikalen Bedenken vor einer Wahlkampagne haben, worin diese Reform nicht auf der Ruhmestafel vollbrachter Taten für das Volk prangen kann, und wenn der Senat das Gesetz in welcher Form immer beschließt, wird die Annahme in der Kammer zweifellos ohne Diskussion schlussendlich folgen. Nur haben es die von der Meinung der Massen sehr wenig abhängigen Senatoren mit der Sicherung von Altersrenten für Proletarier gar nicht so eilig.

Wenn aber, wie sehr bemerkbar ist, die Gegner der Zwangsversicherung in der Bourgeoisie alle Kräfte zusammennehmen, um die Reform aufzuhalten, können sie selbstverständlich aus einem Reservoir schöpfen, das von sozialistischer und syndikalistischer Seite zufließen erhält. Es ist immerhin merkwürdig, daß zur Stunde die sozialistische Fraktion über ihre Haltung bei der Abstimmung über das Gesetz nicht nur nicht ins Klare gekommen ist, sondern gerade jetzt erst in einen sehr heftigen Streit über Grundfragen der Reform hineingerissen wird. Vor einigen Wochen hat die Arbeiterkonföderation in einem auffallend späten Protest eine Agitation gegen die Vorlage angekündigt. Ihr vornehmlichster Einwurf richtete sich gegen das Kapitalisationsverfahren, das als „ungeheuerliche Gaunerei“ bezeichnet wurde. Genosse Lauras wendete sich in leidenschaftlichen Artikeln gegen diese Intervention in kritischer Stunde, wobei seine überschwäng-

liche Begeisterung für das Kapitalisationsystem — er sieht in der Verwendung von Kapitalzinsen für Altersrenten ein Stück Sozialismus! — Einwendungen von sozialistischer und guesdittischer Seite hervorrief, die einen nicht minder verwunderlichen Enthusiasmus für das Deckungsverfahren offenbarten. In Wirklichkeit liegen die Angriffspunkte für eine sozialistische Kritik doch anderswo. Sicher ist das stärkste Argument gegen die Vorlage, daß um einer Rente willen, die nur den das 65. Lebensjahr überlebenden Arbeitern — etwa sieben von Hundert — zuteil werden soll, alle zu einer Steuer von 9 Frank herangezogen werden. Sollte im Senat doch noch eine Invalidenrente beschloffen werden, wäre dieser Einwand immerhin abgeschwächt. Nun hat Genosse Carlier einen Entwurf ausgearbeitet, der die Altersversicherung ohne Beitragsleistung ermöglichen würde, nämlich durch das Versicherungsmonopol des Staates. Die Aussichten dieses Entwurfs sind allerdings gering. Darum bleibt die Frage, wie sich die Sozialisten zuletzt zu der von der bürgerlichen Mehrheit vorgeschlagenen Reform stellen sollen, lebendig, wenn man vielleicht auch besser sie nicht mit derjenigen identifiziert, ob sie denjenigen, die die Altersversicherung überhaupt hinstreben wollen, Ausreden liefern sollen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Januar 1910

Der Zukunftssturm der Scharfmacher.

Die vom Zentralverband deutscher Industrieller eingesetzte Kommission zur Sammlung eines großen industriellen Wahlfonds ist fleißig an der Arbeit. Wie die „Post“ mitteilt, hielt sie am 13. d. M. in Berlin ihre erste konstituierende Sitzung ab. Die Zusammenkunft der unter Zulassung von Kooptation vorerst aus 15 Mitgliedern bestehenden Kommission ist derart erfolgt, daß alle Teile Deutschlands, insbesondere die Industriebezirke, vertreten sind. Die Kommission soll ihr Amt ganz selbständig und unabhängig vom Zentralverband versehen. Zu ihrem Vorsitzenden wurde gewählt Herr Rechtsanwalt Meyer in Hannover, Syndikus der Eisenerz-Hütte, Vorsitzender des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller; zu stellvertretenden Vorsitzenden die Herren Th. W. Schmid, Direktor der Bogländischen Spinnerei Hof in Bayern und G. Hertle, Direktor der Leipziger Baumwollspinnerei Leipzig-Lindenau. Ferner wurden in den Vorstand gewählt die Herren Scheimer, Vergrat Hilger in Berlin, Generaldirektor der Königs- und Laurahütte, und Th. Müller, Direktor der Firma Gebr. Schumm in Remscheid. Sämtliche Wahlen erfolgten einstimmig.

In der Versammlung kam einstimmig die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß unbedingt mit allen Kräften auf eine bessere Vertretung der Industrie in den Parlamenten hingewirkt werden, daß dafür jeder Industrielle entsprechende Opfer bringen muß und daß der vorgeschlagene Weg der einzige ist, der möglichst rasch zum Ziele führen kann. Bekanntlich besteht dieses hohe Ziel darin, den Reichstagskandidaten, die sich verpflichten, nach der Melodie des Zentralverbandes zu tanzen, nicht nur reichliche Gelder für ihre Wahlkämpfe zur Verfügung zu stellen, sondern sie auch in anderer Weise für ihre Folgsamkeit zu entschädigen.

Rippler, Neumann u. Co.

Die antisemitisch-antiliberal-vaterländische „Tägliche Rundschau“ gönnt der „Deutschen Tageszeitung“ nicht den Ruhm der Persiflage. Sie sucht das Dertelische Wünderblatt noch an Arbeiterfeindschaft und Gemeinheit zu überbieten, indem sie an die Anzeige, daß am Sonntagmorgen 62 Wahlrechtsversammlungen in Berlin und Umgebung stattfinden werden, folgende Satze knüpft:

„Die Sozialdemokratie hat, wie im Vorjahre, so auch diesmal ihren Strahlenrad nach wohlwogendem Plane auf den Tag des Ordensfestes gelegt, weil die dabei üblichen Abferrungen einen Zusammenstoß der aufgehängten Massen mit der Polizei ungemein erleichtern. In einer kürzlich erlassenen sozialdemokratischen „Warnung“ hieß es zwar, die „Genossen“ sollten sich zwar zu keinerlei Strahlenradoperationen „hinreißen“ lassen. Man versteht, wie das gemeint ist: die leitenden „Genossen“ wollen wohl für die Vorgänge in den Massenversammlungen, nicht aber für das derantworlich gemacht werden, was folgt. Die Arbeiter, in denen das Bewußtsein ihrer „grenzenlosen Erbitterung über ihre Ausbeutung usw.“ nach dem Aufruf des Parteivorstandes erst erweckt werden soll, werden von den Stadthagen, Heingebote-Poffmann usw. in den Versammlungen erst in „Stimmung“ gebracht; und wenn sie in der gehobenen Stimmung mit der am Abend des Ordensfestes verklärten Polizei auf der Straße in Konflikt geraten, dann ist der Zweck der Uebung erreicht: Einige arme Teufel müssen bluten, und die am sicheren Post verbliebenen Obergewissen haben ihre Märtyrer für den Wahlrechtskämpfe, auf daß endlich die „grenzenlose Erbitterung“ Platz greife.“

Die Finanzdebatte im badischen Landtag.

Nach einer Dauer von vier Tagen wurde am Freitagmorgen die allgemeine Finanzdebatte, die in Baden zugleich die Budgetdebatte ist, beendet. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand das Verhältnis der Regierung zur Sozialdemokratie und der Ausgang der letzten Landtagswahlen. Die Regierung erklärte, die Arbeiterbewegung sei eine komplizierte Bewegung, der sie die größte Beachtung widme, und die man mit ein paar Worten nicht abtun könne. Aber die Sozialdemokratie verlange, wenn es sich um positive Arbeit handele. Das beweise ihre Ablehnung der badischen Biersteuer. Dann sei sie auch antimonarchisch und antinational, und deshalb hätte die Regierung bei den Stichwahlen eine Verbindung des Zentrums und der Nationalliberalen, die sich gegen die Sozialdemokratie richtete, gern gesehen. Ein Beamter, der überzeugter Sozialdemokrat sei und sozialdemokratisch gewählt habe, müsse den Staatsdienst verlassen.

Dagegen wandten sich heftig die Genossen Kold und Dr. Frank. Die Regierung habe sich durch ihr Verhalten vor den Stichwahlen zu einer Parteiregierung gemacht und die Sozialdemokratie unter ein Ausnahmengesetz stellen wollen. Die Antwort der badischen Arbeiterschaft sei die Wahl von 20 Sozialdemokraten gewesen. Man könne die sozialdemokratische Fraktion weder ignorieren noch isolieren. Energisch müsse der Versuch zurückgewiesen werden, gegen sozialdemokratische Beamte disziplinarisch vorzugehen.

Auch die Nationalliberalen und die Demokraten traten für die Anerkennung der staatlichen Gleichberechtigung der Sozialdemokratie ein. Der Regierung sprang nun das Zentrum zu Hilfe, das sich als die einzige monarchische und staats-treue Partei hinstellte. Die sozialdemokratischen Redner gesehnten auch die Strepeloseigkeit, mit der das Zentrum bei den Wahlen behauptet, die Sozialdemokratie habe im Reichstags gegen die Unterdrückung der arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter gestimmt. Ueberhaupt gerieten Sozialdemokraten und Zentrum hart aneinander. Am schließlichen hat die Regierung abgeknippt, die sich im übrigen zu einer Politik antiliberaler Tradition bekannte, damit aber nur beim Zentrum Anhang fand.

Preussische Gefinnungsschnüffelei.

Lebt da in Korpenharpen, unweit Bochum, der Bergmann Libbarski, der den Ehrgeiz hat, Polizeisergeant zu werden. Eine Stufe der Strebeleiter hatte er schon erklommen: er war als zum Unteroffizier geeignet vom Militär entlassen worden. Dann aber sollte er erfahren, was es in Preußen bedeutet, wenn man seinem patriotischen Verein angehört und einen Schwager hat, der das sozialdemokratische „Volkblatt“ liest. Als er eine militärische Uebung mitmachen sollte und die Ernennung zum Unteroffizier in der Ferne wirkte, ersuchte das Landwehrbezirkskommando in Bochum die Heimatsbehörde um Mitteilungen über seine politische Gesinnung. Der Amtmann gab dies Gesuch an den Polizeisergeanten Rabe weiter, damit er Ermittlungen vornehme. Das Resultat war ein Bericht Rabes, in dem es hieß: „L. sei im Stillen ein geheimer Sozialdemokrat.“ (1) Er gehöre keinem patriotischen Verein an und habe Logis bei seinem Schwager, der Sozialdemokrat sei. — Das Bezirkskommando sprach nun L. von der Liste der Unteroffiziersaspiranten. Er erfuhr den Zusammenhang und verklagte darauf den Polizeisergeanten Rabe wegen — Beleidigung. Indem R. ihn als geheimer Sozialdemokraten bezeichnet habe, hätte er ihn durch üble Nachrede beleidigt. R. hätte auch wissen müssen, daß die Behauptung nicht zuträfe.

Die Regierung in Arnberg erhob zugunsten des Polizeisergeanten Rabe den Konflikt und verlangte Einstellung des Verfahrens, weil sich R. keiner Uebertretung seiner Amtsbefugnisse schuldig gemacht habe. In seiner Erwiderung bestritt der Privatkläger, Sozialdemokrat zu sein. Es müßte ihm die Möglichkeit gelassen werden, sich zu rehabilitieren.

Das Oberverwaltungsgericht hielt eine Aufklärung darüber für notwendig, wie der Polizeisergeant Rabe zu seiner im Bericht ausgedrückten Meinung gekommen sei. — Bei seiner darauf erfolgten Vernehmung auf dem Landratsamt sagte Rabe so aus: Korpenharpen sei nur ein kleiner Ort mit 65 Häusern. Er kenne die Einwohner genau. Er habe verschiedene Arbeitskollegen des Klägers befragt. Man habe ihm erwidert, auf den sei nicht zu rechnen. Man wisse nicht, was man von ihm zu halten habe. Sein Schwager halte das in Bochum erscheinende sozialdemokratische „Volkblatt“, und ein guter Freund des Klägers, der im selben Hause wohne, sei ein offener Sozialdemokrat. L. gehörte auch keinem patriotischen Vereine an, während alle Männer, die nicht Sozialdemokraten seien, bestrebt wären, dies durch die Zugehörigkeit zu einem patriotischen Verein zu zeigen. Er, Rabe, habe zu dem Schluß kommen müssen, daß Kläger in geheim Sozialdemokrat sei.

Der Kläger L. wies durch Bescheinigung nach, daß er dem nationalliberalen Volksverein Bochum angehört habe und daß er auch dem evangelischen Arbeiterverein angehört, wo er Fahnenträger gewesen sei. Außerdem legte er ein Zeugnis der Rede vor, worin ihm „gute Führung“ attestiert wurde.

Das Oberverwaltungsgericht erklärte den Konflikt der Regierung für begründet, so daß das Verfahren gegen den Polizeisergeanten Rabe endgültig einzustellen ist. Begründend wurde ausgeführt: Es scheint, als ob dem Kläger Unrecht geschehen sei insofern, als er nicht der Sozialdemokratie angehöre. Das Gericht habe hier aber nur zu entscheiden, ob der mit der Recherche betraute Polizeisergeant Rabe durch sein Verhalten die amtlichen Befugnisse überschritten oder sich der Unterlassung einer Amtshandlung schuldig gemacht habe. Beides sei zu verneinen. Wenn der Polizeisergeant hier irrte, so handele es sich nicht um ein solches Vergehen, das ihm als Schuld anzurechnen werden könnte. Er habe Erkundigungen eingezogen und sei auf Grund derselben zu dem Schluß gekommen, daß Kläger ein Sozialdemokrat sei. Diese seine Ueberzeugung habe er in dem Bericht ausgedrückt müssen. Welchem Zwecke die Recherche diene, habe Rabe gar nicht gemerkt. Der Amtmann habe ihn lediglich beauftragt, zu recherchieren.

Wenn nun, wie es scheint, der Kläger in der Tat kein Sozialdemokrat sei, so müsse es ihm überlassen bleiben, an der Stelle, wohin der Bericht des Polizeisergeanten gelangte, dies durch Vorlegung der Akte usw. nachzuweisen. Es bestände wohl kein Zweifel, daß er dann rehabilitiert werde.

Das revidierte Arbeitskammergesetz

wird, wie eine hiesige halboffizielle Korrespondenz berichtet, dem Reichstage voraussichtlich schon Anfang Februar zugehen. Ueber die Aenderungen der Vorlage weiß diese Korrespondenz zu berichten:

„Der neue Entwurf hat eine Umarbeitung erfahren, die sich zum großen Teile an die Wünsche der Reichstagskommission anlehnt. Als Aufgaben der Arbeitskammern bezeichnet der neue Entwurf: Pflege des wirtschaftlichen Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, Mitwirkung beim Abschluß von Tarifverträgen, Erhaltung von Gutachten bei Fragen über gewerbliche und wirtschaftliche Interessen der Beteiligten, ferner das Recht, selbständige Enqueten über solche Fragen herbeizuführen und Anteilnahme an der Förderung paritätischer Arbeitsnachweise. Das Wahlverfahren des Entwurfs entspricht den Kommissionsbeschlüssen, doch hat der Entwurf die Wählbarkeit der Organisationsbeamten in die Arbeitskammern nicht anerkannt. Das Gesetz soll Betriebsbeamten, Werkmänner und Techniker ausnehmen, so daß diese nicht unter das Gesetz fallen.“

Nach diesen Ausführungen scheinen die „Verbesserungen“ des Entwurfs recht bedenklicher Art zu sein.

Parteien, Regierung und Reichsfinanzreform.

München, 13. Januar. Bei ein halb Duzend Gelegenheiten ward er angefaßt, und endlich ist er da: der Tag der Abrechnung wegen der Reichsfinanzreform. Daß die Ausführungen der bürgerlichen Redner diese viel versprechenden und viel wiederholten Aufkündigungen verdient hätten, kann leider nicht gesagt werden.

Der Zentrumskoordinator Speck hatte die nicht sehr angenehme Arbeit übernommen, die Haltung seiner Partei im Reichstags zu rechtfertigen. Das Zentrum wolle das finanzielle Band, das Reich und Einzelstaaten durch die Matrularbeiträge verbindet, erhalten wissen. Sonst aber verlangt es, daß das Reich durch direkte Steuern nicht in die Finanzhoheit der Einzelstaaten eingreife. Die bayerische Regierung habe zu lange an Steuerprojekten festgehalten, die vom Zentrum als unannehmbar bezeichnet worden waren. Es gehe nicht an, in Bayern mit dem Zentrum und im Reich gegen das Zentrum Politik zu machen. Den sozialdemokratischen Grundsatz der Verstaatlichung des Privateigentums könne man nicht besser formulieren als in der Erbansfallssteuer.

Direkte Reichssteuern seien der Anfang des Endes der Selbständigkeit der Einzelstaaten. Er schließt unter dem Veilfall seiner Freunde und der Heiterkeit der Linken mit dem Gedanken: Das Volk verlangt vor allen Dingen Gerechtigkeit in der Politik.

Wie die Ausführungen des Herrn Speck fast ausschließlich gegen die Liberalen gerichtet waren, so die Dr. Casseimanns gegen das Zentrum. Er bezeichnete, wie schon früher Dr. Heim, die Geschichte mit dem „Familienfuss“ als den größten Schwindel und vergaß ganz dabei, daß seine eigene Partei diesen „größten Schwindel“ eine Zeitlang mitgemacht hat. Es sei ein Unglück für

ein Land, wenn in ihm das Zentrum herrsche. Das Zentrum sei die ältteste Partei, denn sie hätte schon zu Jesu Zeiten existiert. Nur habe man sie damals „Pharisäer“ genannt.

Von der sozialdemokratischen Fraktion trat Genosse Timm auf den Plan. In großen Zügen besprach er die Geschichte und Vorgeschichte der Reform und hielt an der Hand eines großen Materials dem Zentrum seinen Volkserrat vor Augen. Große Heiterkeit erregt eine Stelle aus der Versammlungsrede eines Zentrumskoordinatoren: „Man rede jetzt dranhin viel von Tabak, Bier und Schnaps, aber man meine damit den — lieben Gott.“

Der Ministerpräsident verteidigte die Stellungnahme der bayerischen Regierung nach rechts und nach links, sprach in gewählter Sprache und sagte nichts, was nicht alle Welt schon längst wüßte.

Preussischer Kurs.

Breslau, 15. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Polizei hat Neben der österreichischen Genossen Kenner und Zoll aus Gründen öffentlicher Ordnung und Sicherheit verboten.

Ein preussischer Polizeistreich.

Aus Frankfurt a. M. meldet ein Telegramm: Die sozialdemokratische Partei hatte für morgen (Sonntag) im Livoli-Garten eine Wahlrechtsdemonstration und eine Versammlung unter freiem Himmel geplant. Der Polizeipräsident hat jedoch die Erlaubnis zu dieser Wahlrechtsdemonstration verweigert.

Zentrums-Gesinnung.

Das Zentrum will im preussischen Abgeordnetenhaus den Kampf für eine Verheine mit frischen Kräften aufnehmen. Der Abg. Roeren hat dort folgenden von der gesamten Zentrumskoalition unterstützten Antrag eingebracht:

„Die Königl. Staatsregierung aufzufordern, Maßnahmen zur Herbeiführung eines wirksamen Schutzes gegen die schmerzlichen Schädigungen zu treffen, die unserem Volksleben durch die zunehmende Verbreitung der öffentlichen Unsitlichkeit und insbesondere der heranwachsenden Jugend durch die überhandnehmende Pornographie und Schundliteratur zugefügt werden.“

Es wäre entschieden verständlich, wenn die Zentrumskoalition zunächst versuchen wollten, die Sittlichkeit im Kreise ihrer eigenen Anhänger zu heben. Die Berichte aus dem vor einer Erwahl stehenden Reichstagswahlkreise Wülheim-Bippertich-Summersbach beweisen aufs neue, daß nirgends die Sitte besser gedeiht, als in den schwarzen Domänen des Zentrums. Wenn das Zentrum das sittliche Niveau der Bevölkerung heben will, sollte es in jenen Kreisen beginnen.

Zentrum und Arbeiter.

In Lindlar, Kreis Wipperfürth, hatte der Gemeinderat wegen eines Konfliktes mit dem Bürgermeister sein Amt niedergelegt, so daß für sämtliche Gemeindevorsteher Neuwahlen zu erfolgen hatten. Das Zentrum stellte in der dritten Abteilung wegen der großen Zahl der in der Gemeinde anwesenden Arbeiter insgesamt drei Arbeiterkandidaten auf. Das paßte aber dem bäuerlichen und bürgerlichen Anhang nicht und so erhielt einer der aufgestellten Gegenkandidaten 75 Stimmen, während der dritte Arbeiterkandidat gegen 100 Stimmen unterlag. Die wohlhabenden Zentrumskreise wollen eben die Arbeiter lediglich als Stimmvieh gelten lassen.

Oesterreich.

Gegen die ungarische Regierung.

Budapest, 15. Januar. Von der Volkspartei ist eine Motion eröffnet worden, um sämtliche Parteien neuerdings in eine Koalition gegen die Kabinetsbildung des Grafen Khuen-Hedervary zu vereinigen. Die Verfassungspartei unter Führung des Grafen Andrássy lehnte jede Teilnahme ab, dagegen haben die Parteien Kossuths und Juschs sowie die liberale Volkspartei Delegierte abgesandt, die mit den Einberufern über ein gemeinsames oppositionelles Vorgehen zu verhandeln beabsichtigen.

Frankreich.

Das Altersversicherungsgesetz.

Paris, 15. Januar. Der Allgemeine Arbeitsverband hat in Paris einen Aufruf ansetzen lassen, in dem der gegenwärtig im Senat zur Beratung stehende Gesetzentwurf für die Altersversicherung als ein Schwindel und als eine Betrügerei an den arbeitenden Klassen bezeichnet wird.

Für die freie Schule.

Paris, 14. Januar. Deputiertenkammer. Bei der Beratung des Etats des Unterrichtsministeriums forderte Dessoix in einer Interpellation die Regierung auf, dem Kampfe gegen die Latenschule ein Ende zu machen und die Ausübung der Rechte des Staates in den Privatschulen sicher zu stellen. Gérard-Varet fragte über das von den Bischöfen an die Kalkulation gerichtete Manifest und sagte, die gegenwärtige Agitation bedeute den Todeskampf des geistlichen Unterrichts. Der weltliche Unterricht werde über die Anfeindungen seiner Widersacher triumphieren.

Spanien.

Die Offiziersdemonstration.

Paris, 15. Januar. Wie der „Agence Havas“ über Hendaye aus Madrid gemeldet wird, ist die Zahl der von dem Kriegsminister bestrafte Offiziere nicht höher als vierzig. Das Gerücht von einem Austrittsgesuch des Kriegsministers wird dementiert. Alle Mitglieder des Kabinetts bleiben in dieser Frage, deren Wichtigkeit übertrieben wurde, solidarisch. In den großen Städten des Landes und in den Garnisonen herrscht vollkommene Ruhe.

Amerika.

Eine neue Bottschaft.

Washington, 14. Januar. Präsident Taft überhandte dem Kongress eine Bottschaft, in welcher er die Erhaltung der Wälder und der anderen natürlichen Hilfsquellen des Landes empfiehlt und anregt, in Zukunft die Bergwerksgerechtigkeiten auf den Regierungsländereien, die für die Landwirtschaft freigegeben sind, zurückzuhalten. Ferner empfiehlt die Bottschaft die Ausgabe von Bonds, welche die Summe von 50 Millionen Dollars nicht überschreiten, zum Zweck der Vervollständigung der Bewässerungsanlagen, die bereits in Angriff genommen sind. Alsdann befragte er die Vertiefung der inländischen Wasserwege und zu diesem Zweck in erster Linie den Bau von Deichen am Ohio auf der Strecke zwischen Pittsburg und Cairo, um eine Minimaltiefe von neun Fuß zu erhalten. Die Kosten werden auf 63 Millionen Dollars geschätzt.

Die Höllefraktionen des Zuckertrugs.

New York, 14. Januar. Die Große Anklagejury ermittelte die Klage gegen den Sekretär der American Sugar Refining Company Charles A. Heide und vier Angestellte dieser Gesellschaft wegen falscher Eintragungen in vier Fällen für zulässig sowie in zwei Fällen wegen versuchter Steuerhinterziehung beim Abwiegen des Einfuhrzuckers.

Gewerkchaftliches.

Christlich evangelische Bescheidenheit.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ veröffentlichte, wie erinnerlich, vor kurzem eine Zusammenstellung, derzufolge das Jahr 1909 mit einem sicheren Mitgliederzuwachs der freien Gewerkschaften abschließen konnte. Diese Tatsache hat, wie es scheint, die Herren aus dem christlichen Lager nicht schlafen lassen. Diesmal sind es die Gewerkschaftsdrucker evangelischer Couleur, die ob dieses Wachstums in aller christlicher Bescheidenheit neidisch wurden. Das heißt, sie ließen es sich nicht merken; nur die Tatsachen reden eine so deutliche Sprache. Es handelt sich um den im August 1890 in Erfurt gegründeten Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine, der ja geschaffen wurde, um zugleich gegen die Sozialdemokraten und gegen die christlich-katholischen Brüder zu wirken. Er stand von Anfang an unter dem Schutze des Liberalismus, deswegen hat sich die Leitung der evangelischen Arbeitervereine auch jetzt die „Kölnische Ztg.“ zur „bescheidenen“ Mittelung herausgesucht. In der Nr. 29 der „K. Z.“ wird nämlich stolz berichtet, daß der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine „einen erheblichen Zuwachs an Mitgliedern und an Vereinen“ zu verzeichnen habe. Der Zuwachs verteilt sich also einmal auf neu eingetretene Mitglieder, und dann auch auf mit dem Gesamtverbande neu verschmolzene, schon bestehende Vereine. Da scheint nun den Deutschen ein kleiner Fehler unterlaufen zu sein. Sie sprechen fröhlich von Wachstum; wenn aber die Zahlen von 1907 dagegen gestellt werden, so ergibt sich etwas anderes. Die Zahlen von 1907 entnehmen wir einer Statistik, die der Delegiertenversammlung des Gesamtverbandes in Dortmund 1907 vorgelegt worden ist. Die „Kölnische Zeitung“ trompetet stolz: „Am 31. Dezember 1909 zählte der Verband 207 Vereine mit 43.086 Mitgliedern!“ Und der Delegiertenversammlung 1907 wurde eine Statistik vorgelegt, nach der im Gesamtverband 91.106 Mitglieder vereinigt waren —? Da scheint der christlich-evangelische Gesamtverband der Arbeitervereine, um die Freunde und Gönner nicht zu erschrecken oder sicher aus irgend einem anderen christlichen, uns unbekanntem Grunde, vorsichtig nach unten gewachsen zu sein. Es ist allerdings auch möglich, daß der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine die jetzige Zahl nur aus übergrößer Bescheidenheit recht gering angibt, um später recht groß scheinen zu können. Der Gedanke vom Selbsterhöhen und Erniedrigwerden liegt sehr nahe. Näher liegt allerdings die Vermutung, daß in der Statistik für die Delegierten im Jahre 1907 einige „kleine“ Rechenfehler vorhanden sind. Auf jeden Fall wäre es das Beste, wenn die „Kölnische Zeitung“ uns einige Aufklärung geben würde.

Berlin und Umgegend.

Ein paritätischer Arbeitsnachweis für das Gastwirts-gewerbe

Wie wir seinerzeit mitteilen, für Berlin geplant. Die Gehilfenvereinigungen hatten sich bereit erklärt, zu den Unkosten die Summe von mindestens 14.000 M. pro Jahr zuzusteuern, obwohl sie grundsätzlich der Auffassung sind, daß die Gemeinde die Pflicht habe, die Mittel hierfür bereitzustellen. Der Berliner Magistrat sollte angegangen werden, 5000 M. beizutragen. In keinem Gewerbe wäre die Einrichtung eines solchen Arbeitsnachweises notwendiger als hier. Im Gastwirts-gewerbe werden alljährlich Zehntausende von Vermittlungen vorgenommen, zum größten Teil durch die gewerbmäßigen Stellenvermittler, für welche „Arbeit“ diesen Millionen aus den Taschen der Stellungslocher zufließen. Auch die unheilvolle Verschwendung des Arbeitsmarktes, die den Stellungsuchenden zwingt, täglich einige Dutzende Vermittlungsgesellen aufzusuchen, von denen viele mit Gastwirts-gewerben verbunden sind (obgleich dies gesetzlich verboten), wäre damit wenigstens vermindert.

Man hätte erwarten sollen, daß die Gastwirte, die so schon die Bezahlung ihrer Angestellten dem Publikum überlassen, einen Teil der durch den paritätischen Arbeitsnachweis entstehenden Kosten übernehmen.

Nicht! In einer Konferenz der Vorstände aller hiesigen Gastwirtsvereinigungen, die in diesen Tagen stattgefunden hatte, wurde eine Resolution angenommen, in der den in Betracht kommenden Korporationen empfohlen wird, die Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises zurzeit abzulehnen. Zur Begründung wird angeführt, daß die durch die Reichsfinanzreform eingetretene enorme Belastung des Gewerbes sie zur Ablehnung zwingt. Außerdem „in Rücksicht darauf, daß die große Anzahl der nichtorganisierten Gastwirte zu den Lasten nicht herangezogen werden kann“.

Die beteiligten Vereine sind mittlerweile sämtlich dem Beschlusse der Konferenz beigetreten. Es mag ohne weiteres zugegeben werden, daß die Gastwirte durch die „Steuerreform“ sehr hart betroffen werden; wobei aber auch nicht verschwiegen werden darf, daß die Mehrzahl der Gastwirte den reaktionären Parteien nachlaufen, somit nicht schuldlos sind an ihrer eigenen Belastung und an des deutschen Volkes Überhaupt.

Nichtabsetzbarer bleibt die Ablehnung der paar Tausend Mark ein Akt des engstirnigen, fäuligen Geizes. Die Gehilfen aber sollten daraus die Lehre ziehen, daß die Unternehmer selbst zu dem geringsten Zugeständnis gezwungen werden müssen durch die Macht der Organisation.

Achtung, Galanteriearbeiter und Arbeiterinnen. (Klempnerbranche.) Bei der Firma Karl Maschig, Holzrahmenfabrik, Engel-Heer 1c, hat wegen Reduzierung der Akkordlöhne um 50 Proz. ein Teil des Personals die Arbeit eingestellt und wurde der andere Teil ausgesperrt. Der Betrieb ist gesperrt! Vor Arbeitsaufnahme wird gewarnt.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Buchbinder-Verbandes.

Der Streik der Fensterverarbeiter bei der Firma „Blitzplan“, Inhaber Schlegel, Weinmeisterstraße, der am 15. Dezember begann, ist beendet. Am Sonnabend fand vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts unter Leitung des Herrn v. Schulz und im Beisein von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Verhandlung statt, die damit endete, daß die Bestimmungen eines Tarifvertrages mit obgenannter Firma und dem Deutschen Transportarbeiterverband, worin die Lohn- und Arbeitsbedingungen der in Frage kommenden Fensterverarbeiter festgelegt sind, vereinbart wurde. Die Arbeit wird am Montag, den 17. d. M., früh wieder aufgenommen. Nachregelungen finden nicht statt.

Deutsches Reich.

Die neue Gewerbeordnung in Steindruckereibetrieben.

Die Unternehmer im graphischen Gewerbe können sich belämmert durchaus nicht mit der neuen Bestimmung der Gewerbeordnung befremden, der zufolge die Arbeiterinnen am Sonnabend eine halbe Stunde früher Arbeitslohn haben müssen. Die vom Schutzbund für das Steindruckergewerbe für ganz Deutschland aufgestellte Arbeitsordnung soll jetzt in einigen Bezirken anscheinend unter allen Umständen durchgedrückt werden; so vereinzelt in Berlin, Leipzig, vor allem aber in den Kunststätten von Nürnberg, Fürth, Schwabach. Nicht nur sämtliche Firmen des Schutzbundes, sondern auch die übrigen Firmen des Gewerbes sind betroffen. Derantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil veranm.: G. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

gaben dort die Arbeitsordnung aus, sondern auch solche, die dem Verbands bisher fernstanden. Die Unternehmer geben vor, daß nur der starke Stellenwechsel der Arbeiterinnen getroffen werden solle, aber niemand glaubt an einen solchen harmlosen Zweck. In allen Betrieben wurde von den organisierten Arbeitern gegen die Arbeitsordnung Protest eingelegt.

Vergarbeiter geht nicht nach Kanada.

Von Glace Bay auf Kap Breton in Kanada erhalten wir eine von 21 Vergarbeitern unterzeichnete Zuschrift, in der vor Auswanderung deutscher Vergarbeiter dorthin gewarnt wird. Der vom 15. Dezember 1909 datierte Brief hat folgenden Wortlaut:

Werte Genossen!

Wir Unterzeichneten ersuchen Sie folgendes in der Arbeiterpresse zu veröffentlichen.

Nach Glace Bay auf Kap Breton in Kanada werden von der Dominion Coal Company fortgesetzt Arbeiter in Deutschland angeworben. Hier herrscht aber seit dem 4. Juli 1909 Streik und ist keine Aussicht vorhanden, daß er dieses Jahr noch beendet wird. Aller Voraussicht nach wird sich der Kampf noch bis tief in das nächste Jahr hinein erstrecken. Es werden namentlich Vergarbeiter aus Röhre und Umgegend nach hier angeworben. Wir sind ebenfalls nach hier angeworben worden, ohne zu wissen, daß hier ein Streik besteht. Wir haben von Bochum aus unsere Lieberwärtigen nach hier erhalten. Auf die Frage, ob etwa hier eine Lohnbewegung bestände, wurde uns erklärt, daß man von einer solchen nichts wisse. Wir sind darauf am 22. September 1909 nach Röhre abgereist und am 8. Oktober hier angekommen und streiken seit dieser Zeit mit. Noch immer folgt ein Transport dem andern nach hier von dort, und was das Traurigste ist, sie spielen alle Streikbrecher. Wir möchten die Vergleute von Röhre und Umgegend wie überhaupt unsere Kameraden warnen, nach hier auszuwandern, wenn sie ihre Familien nicht in die größte Not bringen wollen. Wir bitten, diese Zeilen als Warnung zu veröffentlichen.

Mit kameradschaftlichem Gruß
(folgen 21 Unterschriften, sämtlich von Vergarbeitern aus Röhre und Umgegend).

Hier kann man nur wiederholen, was schon so oft bei ähnlichen Anlässen geschrieben und gesagt wurde: Wandert nicht aus, ehe nicht alle Bedingungen einer wirklich besseren Existenz sichergestellt sind und die Organisationsleitung keine Bedenken entgegenstellt. Wer den Agenten folgt und ihnen ohne weiteres glaubt, ist verloren.

Die Sticker von Eisenhütten (sächsisches Erzgebirge) wollen ebenfalls in eine Lohnbewegung zwecks Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintreten. In den nächsten Tagen findet bereits eine Versammlung statt, in der zur Lohnangelegenheit Stellung genommen werden soll. Es sollen Lohnsätze ähnlich denen im Vogtlande aufgestellt werden. Die Bewegung dürfte auch auf die anderen erzgebirgischen Stickerorte, in denen noch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit vorherrschend sind, übergreifen.

Vom Knechtsinn der Gelben.

Bei der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg hatte der Arbeiterausschuß des Werkes Nürnberg an die Direktion verschiedene Wünsche gerichtet und den Generaldirektor, Oberbaurat v. Nippel, daran erinnert, daß er anlässlich der Aussprechung der bayerischen Metallarbeiter im Jahre 1906 das Versprechen gegeben habe, die Arbeitszeit noch weiter zu reduzieren, wenn bei 57 Stunden Arbeitszeit die gleiche Arbeit produziert werde wie zuvor bei 59 Stunden pro Woche. Nach einigen Tagen wurde dem Arbeiterausschuß mitgeteilt, daß den Wünschen der Arbeiter zum größten Teile Rechnung getragen worden sei und eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 56 Stunden eintrete, so daß an den Sonnabenden schon mittags um 1 Uhr Feierabend sei. Der Lohnausfall wurde durch einen Zuschlag von 2 Pf. pro Stunde gedeckt. In der Schwesterfabrik Augsburg, bekannt durch den gelben Terror, beträgt die Arbeitszeit 58 Stunden pro Woche, ist also länger wie im Werk Nürnberg, das vor der letzten Regelung nur 57 Stunden gearbeitet hatte. Um nun eine Einheitlichkeit in der Arbeitszeit für beide Werke zu erzielen, wurde der Arbeiterausschuß des gelben Werkes durch den Werk Nürnberg darüber befragt, wie er sich zu einer Verkürzung der Arbeitszeit stelle. Diese Gelben haben nun erklärt, daß sie die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit nicht anerkennen könnten, es wäre ihnen lieber, wenn die Direktion ihr Wohlwollen den Arbeitern gegenüber durch Schaffung von weiteren Wohlfahrts-einrichtungen bezeugen würde.

Daraufhin wurde die Arbeitszeit im Werk Augsburg wie bisher belassen — die Direktion hatte natürlich keine andere Antwort erwartet. Die „Wohlfahrts-einrichtungen“ sind denn auch nicht ausgeblieben. So wurde den alten Arbeitern, die nach vieljähriger Arbeit in der Firma von dieser eine Pension erhalten, mitgeteilt, daß fernerhin eine Kürzung der Pension eintreten müsse, und zwar teilweise bis zur Höhe von einem vollen Drittel. So belohnt der Unternehmer gelben Knechtsinn — zum Schaden der Gesamtarbeiter-schaft, die menschenwürdige Arbeitsbedingungen verlangt, auf zweifelhafte Wohlfahrts-einrichtungen aber gern verzichtet.

Ausland.

Der Streik des Budapest Opernhäusers ist beigelegt worden. Der Direktor des Opernhäusers, Meszars, hat den Mitgliedern versprochen, die Forderungen des Personals der neuen Regierung zu unterbreiten.

Die kommunale Unterstützung der ausgesteuerten Arbeitslosen in Dänemark.

Das im Mai 1909 vom Dänischen Reichstag beschlossene Rotgesetz, wonach die Kommunen den ausgesteuerten Mitgliedern der Arbeitslosenkassen dem Status der Klasse entsprechende weitere Unterstützung bis zur Höhe der bereits bezogenen Summe gewähren, läuft am 1. April 1910 ab. Die Arbeitslosigkeit ist in diesem Winter keineswegs geringer als die, die vor einem Jahre herrschte und Veranlassung zu jenem Rotgesetz gab. Allein in Kopenhagen wurden im Monat November des verflochtenen Jahres schon 11.545 Arbeitslose gezählt, gleich 15,10 Proz. der vorhandenen Arbeiter und Arbeiterinnen. Im selben Monat 1908 waren es rund 13.000 oder 14,77 Proz. Daß der Prozentsatz diesmal höher, und demgegenüber die Zahl der Arbeitslosen etwas geringer war als damals, liegt daran, daß inzwischen eine große Zahl Arbeitsloser abgereist ist. So haben z. B. zirka 1500 dänische Zimmerer und ebenso viele Maurer vor der Arbeitslosigkeit in ihrem Heimatlande die Flucht ergriffen, um im Auslande Arbeit zu suchen.

Auf Grund des Rotgesetzes hatte die Stadt Kopenhagen allein bis zum 11. Januar schon 140.000 Kronen für die Arbeitslosenunterstützung der Ausgesteuerten ausgegeben, und es ist zu erwarten, daß die Summe bis zum Frühjahr auf eine halbe Million steigt, was ungefähr einer Krone auf den Kopf der Bevölkerung ausmacht. Sollte eine Stadt wie Berlin (ohne die Vororte) dasselbe leisten, so wären mindestens 2 Millionen dazu erforderlich, ganz abgesehen davon, daß in Dänemark noch dem dauernden Besch über die anerkannten Arbeitslosenkassen Staat und Gemeinden zusammen die Hälfte der staatlichen Arbeitslosenkassenunterstützung der nicht ausgesteuerten Mitglieder zahlen.

Am Donnerstag waren in Kopenhagen die Vertreter der anerkannten Arbeitslosenkassen Dänemarks versammelt, um darüber zu beraten, was weiter getan werden kann, den Arbeitslosen Hilfe zu leisten. Es wurde einstimmig beschlossen, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aufzufordern, dahin zu wirken, daß das Rotgesetz vom 3. Mai 1909 noch weiterhin und solange in Kraft bleibt,

als die herrschenden Verhältnisse es erfordern, und daß auch in anderer Weise von der Öffentlichkeit so viel wie nur möglich gegen die Arbeitslosigkeit getan werde.

Folgen des englischen Kohlenarbeiterstreiks.

Das große Stahlwerk Middlesbrough stellt für unbestimmte Zeit die Arbeit ein. 20.000 Arbeiter werden entlassen. Die Maßnahme ist eine Folge des Streiks von 60.000 Bergleuten in North Cumberland und North Durham. Infolge des Streiks leidet das Stahlwerk an Kohlenmangel.

Ausnahmegesetze gegen die Gewerkschaftsbewegung in Rumänien.

Dem rumänischen Parlament ist soeben ein Gesetzentwurf des Handels- und Industrieministeriums zugegangen, das der aufstrebenden Arbeiterbewegung dieses Landes den Garau machen soll. Zunächst wird allen Staats-, Gemeinde- und Angestellten öffentlicher Anstalten der Beitritt zu jedweder gewerkschaftlicher Organisation schärflich untersagt, jeder Streik streng unter Androhung sofortiger Entlassung und Verlust aller Ansprüche auf Pension usw. verboten. Das Streikrecht aller anderen Arbeiterkategorien wird dadurch beschränkt, daß „mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft wird, wer durch Gewalttätigkeit oder Drohung Arbeitsniederlegung verschuldet oder verlängert, um dadurch den Arbeitern eine Herabsetzung oder den Unternehmern eine Erhöhung der Löhne aufzuzwingen“. Alle Personen, die solcher Vergehen schuldig sind, aber nicht selbst zu dem in Mitleidenschaft gezogenen Betriebe gehören, können nur mit der Höchststrafe belegt werden. Die schon ungeheuerliche Theorie dieses geplanten Ausnahmegesetzes wird zweifelsohne in der Praxis in wunder zugunsten des Unternehmertums sich umsehen, denn der Entwurf enthält ferner die draconische Bestimmung, daß der Bezirksrichter ermächtigt sein soll, in dringenden Fällen völlig selbständig und ohne jede Möglichkeit der Zulassung mildernder Umstände die Liebertreter des Gesetzes abzuurteilen. Ob der Plan der Regierung und ihrer Auftraggeber, der rumänischen Scharfmacher, gelingt, wird wesentlich von dem Verhalten der „liberalen“ Partei abhängen, erscheint aber gerade deshalb leider sehr wahrscheinlich.

Aus Industrie und Handel.

Eine interessante Konkurrenz.

Wie die „Köln. Westf. Ztg.“ mitteilt, hat der Braunkohlenbrikettverein in Köln beschloffen, seine Preise für Braunkohlenbriketts in dem Absatzgebiete der nördlichen Rheinprovinz um 2 M. pro Tonne zu ermäßigen, und zwar einerseits in Konkurrenz gegen die außerhalb des Vereins stehende neue Gewerkschaft Neurath, andererseits aber wohl auch in Konkurrenz gegen das Rheinisch-Westfälische Kohlenbrikett. Man beabsichtigt, mit dieser Preisermäßigung zweifelsohne dem Braunkohlenbrikett am Niederrhein einen größeren Absatz zu verschaffen, der bisher durch die ungünstigen fruchtlichen Verhältnisse und die Konkurrenz der Ruhrkohle beeinträchtigt war.

Industrielle Expansion. Die Generalversammlung der Bergwerksgesellschaft Selskirchen beschloß den Ankauf von mehreren Grundstücken im Werte von 4.000.000 M. oberhalb Selskirchen.

Kampf an der New Yorker Baumwollbörse. Seit einigen Tagen führt die Baifsepartei einen heftigen Kampf gegen die Hauffiers. In Bremen warf die Detoute den Preis vorläufig erst von 77 auf 79 1/2 Pf. pro Kilogramm. Durch die Unsicherheit über die weitere Entwicklung stockt das Geschäft. Manche Spinnereien müssen mit schweren Verlusten rechnen, indem sie zu hohen Preisen sich eingebracht haben, bei weiter reichender Tendenz am Rohwollmarkt aber auch ein starkes Nachlassen der Verkaufspreise eintreten muß.

Geschädigte Zündholzarbeiter. 156 Arbeiter und Arbeiterinnen einer Zündwarenfabrik in Welle, Provinz Hannover, haben an den Reichsanwalt eine Eingabe gerichtet, um ihn zu veranlassen, für die Arbeiter-schaft der Zündholzfabriken Deutschlands ebenfalls eine Entschädigungssumme für nachweisbar eingedämpfte Löhne auszusuchen, wie es bei den Tabakarbeitern der Fall gewesen ist.

Rupfertrust.

Ueber die Bestrebungen zur Bildung eines amerikanischen Kupfertrusts weiß die Zeitschrift „Wirtschaft und Technik“ zu berichten, daß der Trust über ein Kapital von 1—2 Milliarden Dollar verfügen werde, wovon mindestens 500—600 Millionen nicht auf das Konto amerikanischer Uebertreibung zu setzen sind. Bis jetzt haben sich die Amalgamated Copper Company und die Cole-Grant-Gruppe, beide von Rockefeller abhängig, sowie ferner der Guggenheim-Konzern mit einer Jahreserzeugung von zusammen 680 Millionen englische Pfund zusammengeschlossen. Würde hierzu noch die United Metals Selling Company mit 100 Millionen Pfund Jahreserzeugung kommen, so würden in dem Trust etwa 800 Millionen Pfund Kupferjahreserzeugung vereinigt sein, während die gesamte amerikanische Produktion sich gegenwärtig auf etwa 1200 Millionen Pfund beläuft. Für das Zustandekommen des Trusts spricht noch die Tatsache, daß das Vanthaus Morgan, das sich anfangs ablehnend gegenüber den von Rockefeller geleiteten Trustbestrebungen gezeigt hat, neuerdings sich einer Finanzierung des Kupfertrusts gefügiger erweist, zumal es selbst an den Unternehmungen der Guggenheims finanziell interessiert ist.

Die Weiterzeugung von Kupfer ist von 718.000 Tonnen im Jahre 1906 zunächst auf 703.000 Tonnen im Jahre 1907 zurückgegangen, und dann im Jahre 1908 wieder auf 740.000 Tonnen zu steigen, während gleichzeitig der Wert des produzierten Kupfers von 1906 auf 1908 von 1,26 Milliarden Mark auf 0,9 Milliarden Mark zurückgegangen ist.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Englische Wahlergebnisse.

London, 15. Januar. (B. T. Z.) Bis 10 Uhr abends waren elf Unionisten, drei Liberale, ein Kandidat der Arbeiterpartei und fünf Nationalisten gewählt. Die Liberalen gewinnen einen Sitz in Manchester (Nordwest).

Abends 10 1/2 Uhr. Bisher sind gewählt 14 Unionisten, 9 Liberale, 5 Kandidaten der Arbeiterpartei und 5 Nationalisten. Die Unionisten gewinnen einen Sitz, die Liberalen zwei Sitze.

Zum Vergarbeiter-Ausstand.

New Castle, 15. Januar. (B. T. Z.) Auf der heutigen Versammlung der Bergwerksbesitzer und des Vergarbeiterverbandes von Northumberland einigte man sich dahin, daß, um zu einer Verständigung zu gelangen, weitere Konferenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf den einzelnen Werken abgehalten werden sollen.

Sydney, 15. Januar. (B. T. Z.) Die Abstimmung der Vergleute des Südvievers ist zugunsten der Entscheidung des obligatorischen Lohnamtes ausgefallen.

Eine folgenschwere Explosion.

Lissabon, 15. Januar. (B. T. Z.) In dem Dorfe Aldeias bei Goubias wurde das Haus eines Fabrikanten von Feuerwerkskörpern durch eine Explosion zerstört. Der Fabrikant, seine Frau und seine beiden Kinder wurden unter den Trümmern als Leichen aufgefunden. Verschiedene Personen erlitten Verletzungen. Die Häuser sind im weiten Umkreis beschädigt.

Quittung.

Im Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende Beiträge ein:

- Amstadt 94,80. Groß-Berlin a Konto seiner acht Wahlkreise 5000.— (darunter Abteilung 18, 4. Kreis, durch Kähler 94,40, ...)

Für die gemäßigten Mannfelder Bergleute gingen im Dezember ein:

- Zu der Expedition des „Vorwärts“: Von Ritzl, der Rixdorfer Jugendorganisation durch H. Sch. 4.—; Sparverein Bettelplennig 9,05; ...

Berlin, den 12. Januar 1910.

Für den Vorsteher: A. Gerisch, Lindenstr. 60.

Reichstag.

17. Sitzung. Sonnabend, den 15. Januar, vormittags 11 Uhr.

Ein Bundesratsmitglied: Dr. Lisca.

Auf der Tagesordnung steht die

Fortsetzung der ersten Beratung der Gesetzentwürfe betreffend die Strafprozedurordnung und Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Dem Entwurf wurde gestern von einigen Seiten hohes Lob spendet in bezug auf die Technik und die Sprache. Diese formalen Schönheiten haben aber einen sehr unangenehmen Beigeschmack: man fühlt heraus, daß die Verfasser des Entwurfs mit außerordentlicher Eile an den eigentlichen Klagen über die schlechte Justiz vorbe-

gehen und auch da nicht auf sie eingehen, wo sie anerkennen müssen, daß das bestehende Recht schwere Mängel hat. Der Entwurf enthielt ja einer Kommission, in welcher Vertreter der Arbeiter nicht waren; es sahen darin Vertreter aller linken Parteien mit Ausnahme derjenigen der Arbeiter.

Hätte der Entwurf zum Ziel gehabt, den Strafprozeß so zu gestalten, daß er als besonders schwere Waffe gegen die Arbeiter gebraucht werden kann und daß das Strafverfahren gegenüber dem bestehenden noch verschlechtert werden soll, so hat er diesen Zweck vollkommen erreicht. Mit großer Geschwindigkeit und formaler Gewandtheit sind dem Entwurf Schönheitspfänderchen aufgesteckt, die aber nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, daß er

einen reaktionären und gerechtigkeitsfeindlichen Charakter

trägt. Einer der bekanntesten Strafrechtlehrer sagt, daß das Strafrecht und der Strafprozeß immer mehr gebraucht werde als Waffe gegenüber den aufstrebenden Klassen. Der vorliegende Entwurf hat diese Richtung vollzogen. Der Rest von Garantien, der gegenwärtig noch für eine unparteiische Rechtsprechung besteht, wird beseitigt, und die Sache wird noch mehr geebnet für eine reine Klassenjustiz.

Es wird jetzt endlich auch von anderen Seiten die Tatsache anerkannt, daß das Vertrauen in die Rechtsprechung erschwunden ist. Man sollte man doch annehmen, daß in der Vorlage berichtigt würde, den Gründen des ungeheuren Mißtrauens und der Empörung über die heutige Rechtsprechung nachzuforschen und sie zu beseitigen. Das geschieht aber in dem Entwurf nicht. Wenn gestern der national-liberale Redner Dr. Feinze ausführte, der Richter müßte charaktervoll und selbständig sein, so unterzeichnen wir das und fügen hinzu: vor allem muß er unabhängig sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und ich hätte gewünscht, daß diese Frage in den Vordergrund gestellt würde. Aber der Entwurf spinn nur den Faden weiter, der früher schon so oft von uns getadelt werden mußte, er fragt nicht, ob die Richter unabhängig sind, sondern die Aufmerksamkeit ist darauf gerichtet, ob sie zuverlässig sind! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Konzeptionen, die der Entwurf gibt, sind nur Scheinlösungen. Die wesentlichen Organe der Rechtspflege sind Richter und Staatsanwaltschaft. Daß die Staatsanwaltschaft ein unabhängiges Organ ist, wird niemand behaupten. Gleichgültig, ob Sie das Legalitätsprinzip erweitern oder abändern wollen, die Staatsanwaltschaft ist auf jeden Fall ein Fremdkörper in einem System, das Gerechtigkeit üben will; denn sie ist ein von der Verwaltungsbehörde abhängiges Organ, und sie ist verpflichtet, Anklage zu erheben nach Anweisung der vorgesetzten Behörde, auch wenn in der Erhebung der Anklage nach der Meinung des Staatsanwalts eine Ungerechtigkeit liegt. So muß es ja auch sein, wenn die Staatsanwaltschaft eine Verwaltungsbehörde sein soll; ihre Befestigung und ihre Ersetzung durch unabhängige Richter ist die erste Forderung, die wir früher gestellt haben und die wir auch weiter stellen müssen. Heute steht es so, daß

die Verwaltungsbehörde die Herrin des ganzen Strafprozesses ist, daß sie ihn geradezu beherrscht. Ob Sie der Verwaltungsbehörde den Namen „Staatsanwaltschaft“ geben, das ist dabei ganz gleichgültig. Und an diesem System wird durch den Entwurf leider gar nicht gerüttelt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine Behörde, die nach Anweisung Anklage zu erheben verpflichtet ist, kann nichts anderes als

die unobjektivste Behörde der Welt

sein. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Liegt denn irgend ein Grund vor, weshalb die Arbeit der Anklageerhebung nicht dem Gericht überlassen wird? Durch die Hineinschiebung der Staatsanwaltschaft müssen mit Notwendigkeit die Richter moralisch degradiert werden, das hat bei der Beratung der Justizgesetze immerzu auch der Minister v. Trautmann anerkannt. Die Hauptbeschwerden richten sich gegen die Staatsanwaltschaft, sie aber gerade soll nach dem Entwurf bleiben, wie sie ist, und sogar noch eine Verstärkung ihrer Macht bekommen! Da wäre es doch nabeliegender gewesen, zu fragen, ob nicht Instanzen geschaffen werden sollen, welche berechtigt und verpflichtet sind, die Rechte der Arbeiter wahrzunehmen. Als man die Bestimmungen dahin abänderte, daß man sagte, gewisse Delikte sollen strafbar sein, aber nur, wenn es der Staatsanwaltschaft paßt, hätte es doch nahe gelegen, solche Bestimmungen zu treffen. Wenn Kappallen nicht bestraft werden sollen, warum wird dann nicht der Weg beschritten, sie ganz anzuschalten? Aber es handelt sich bei allen den Bestimmungen, bei denen es der Staatsanwaltschaft überlassen werden soll, ob sie Anklage erheben will oder nicht, nur um solche, die sich gegen die Arbeiter richten. Es handelt sich z. B. um Verlegungen der Vorschriften über den Achtuhr-Vorabend, um Verlegungen der Bestimmungen über Sonntagsruhe, weiter um unzulässige Lohnabzüge. Sind Sie der Ansicht, daß man Unterschlagungen von einem Pfennig verfolgt, wenn die Unterschlagung nicht gegen einen Arbeiter verübt wird, daß man aber Unterschlagungen von 10 Mark nicht verfolgt, wenn sie gegen einen Arbeiter gerichtet sind, schon, dann sagen Sie das offen und ehrlich! Wollen Sie aber allgemein ein, daß geringfügige Delikte nicht verfolgt werden, warum greifen Sie denn dann gerade die Delikte gegen die Arbeiter heraus? Da hätten Sie doch den Organen der Arbeiter selbst die Möglichkeit und das Recht zur Erhebung der Anklage geben sollen! Statt dessen bleibt der Staatsbürger weiter bedrömmelt, und nur der Staatsanwalt darf Anklage erheben.

Bei einer ganzen Reihe von Verlegungen der Arbeiterschutzbestimmungen erhält der Staatsanwalt das Recht, Anklage zu erheben oder nicht, nach seinem Belieben. Wollen Sie jene Bestimmungen in m u n g e n nicht, schon, dann sagen Sie es und beseitigen Sie sie. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann gestatten Sie die widerrechtliche Zurückhaltung von Quittungsarten, die Zurückhaltung von Beiträgen zur Krankenversicherung seitens des Arbeitgebers usw. Ich bin durchaus damit einverstanden, daß Kappallen nicht verfolgt werden. Aber wie steht es denn heute damit? Gerade heute werden Kappallen oft verfolgt, wo es keineswegs notwendig ist, und dabei handelt es sich nicht immer bloß um die Staatsanwaltschaft, sondern auch um andere Behörden. Ich will nur an einen Fall erinnern: Drei Arbeiter der Eisenbahnverwaltung, vollkommen unbescholtene Männer, hatten die Schienen zu reinigen und waren dabei ein Weidbierglas auf ihren Wagen. Diese vollkommen unbescholtene Männer wurden deshalb auf die Anklagebank geschleppt, obwohl die Staatsanwaltschaft sich doch selbst hätte sagen können, daß eine Erhebung der Anklage nicht nötig war, daß die Leute sogar verpflichtet waren, das Weidbierglas von den Schienen zu entfernen. Sie sind ja auch freigeprochen worden, aber das Erheben solcher Anklagen muß Mißtrauen gegen die Justiz erwecken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch andere Behörden, z. B. der Postinspektur, sind von ähnlich kleinkindem Geiste befeelt. Der Weg, den Sie beschritten haben, um solchen Dingen entgegenzutreten, ist nicht der richtige, und ich bin auch nicht überzeugt, daß Sie etwas anderes beabsichtigen haben, als politische Erfolge herbeizuführen.

Die Richter nicht unabhängig

sind, ist leider eine Tatsache. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich meine da nicht nur die Unabhängigkeit gegenüber äußeren Einflüssen, sondern ich meine augenblicklich die Unabhängigkeit gegenüber der Verwaltung. Diese Unabhängigkeit muß fehlen, wenn der Richter so sein soll, wie Herr Feinze ihn gestern schilderte: ein selbständiger Richter. Jetzt Vismarck wollte vor allem aber zuverlässige Richter haben. Als der preussische Justizminister ihm die preussischen Richter als „zuverlässig“ pries, erwiderte er: Ja, wenn sie alle so wären wie Teufel, so wäre er zufrieden! Auf die badischen Richter z. B. konnte man gar nicht rechnen: sie seien nicht zuverlässig!

Innerhalb einer Gesellschaft, in welcher der Klassenkampf herrscht, können wir ja auch gar keine unabhängigen Richter haben. Aber soweit sollte man wenigstens gehen, besonders nachdem wir anlässlich des Rottowitzer Falles gehört haben, was die Regierung über die Unabhängigkeit der Beamten denkt — soweit also sollte man gehen, wie man im absoluten Preußen gegangen ist. Heute kann man gegen einen Richter wegen seines Verhaltens innerhalb und außerhalb des Dienstes vorgehen, und was das bedeutet, haben Sie aus den Ausführungen der Herren Staatssekretäre über die Beamten im allgemeinen ersehen können, und Sie können es auch ersehen aus einer Aeußerung, die der Präsident des ostpreussischen Oberlandesgerichts, Herr v. Holleben, im Herrenhaus machte. Er erklärte es für

ganz selbstverständlich, daß er die Richter durch die Gendarmen und den Landrat überwachen lasse.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Richter stehen also gewissermaßen unter Polizeiaufsicht.

Wir werden unsere früheren Vorschläge wiederholen und verlangen, daß vor allem in die Vorlage hineinkommt, daß Richter nicht wegen politischer und religiöser Ansichten verfolgt werden dürfen. Die Fälle, in denen das geschehen ist, sind keineswegs selten. Ich erinnere an den Prozeß Quast, an den Prozeß Walde; ich erinnere daran, daß in Münster der Richter Alexander deswegen diszipliniert wurde — das wird die Herren Freisinnigen besonders interessieren —, weil er für die Freisinnigen agitiert hatte, und deshalb wurde gegen ihn in erster Instanz auf Dienstentlassung erkannt, in zweiter Instanz auf Verweis! Bei unserer Regierung, die mal so denkt, mal so, kann jede Partei herankommen, insbesondere auch die Herren vom Zentrum. Es kann sehr wohl geschehen, daß ein Richter diszipliniert wird, weil er einen Voten oder für das Zentrum gewählt hat. Liebersehen Sie nur das, was der Staatssekretär im Rottowitzer Falle gesagt hat, so, daß es auch für die Richter gilt! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie wirklich unabhängige Richter haben wollen, auch unabhängige nach oben, dann müssen Sie Schutzmaßnahmen treffen. Daß damit die Klassenjustiz nicht aufgehört wird, daß die Interessen der herrschenden Klassen auch dann werden wahrgenommen werden, ist ja leider nicht auszusprechen; aber wir werden dann wenigstens als Richter Leute haben, die eine Gesinnung haben, Leute, die sich nicht sagen müssen: Wenn ich mich außerhalb des Dienstes nicht so benehme, wie es der Verwaltungsbehörde paßt, komme ich um mein Amt. Man darf auch nicht sagen, daß das Disziplinargesetz gegen Richter in den letzten 20 Jahren nicht angewendet ist. Es kann sehr wohl wieder geschehen. Nehmen Sie also die Anträge, die wir in dieser Richtung schon früher gestellt haben, an.

Die Richter kennen die materiellen Verhältnisse, die Gedanken- und Gefühlswelt der werktätigen Bevölkerung nicht. Können sie, wie die Dinge heute stehen, nicht kennen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wirklich unabhängige Richter würden sich allerdings bemühen, in das Empfinden des werktätigen Volkes sich einzuleben. Aber diese Unabhängigkeit ist es ja eben, die fehlt. Sie kann erst Platz greifen, wenn die Trennung der Justiz von der Verwaltung nicht bloß auf dem Papier steht. Es ist sehr anerkennenswert, daß die österreichischen Richter den Ruf nach wahrer Trennung der Justiz von der Verwaltung mit allem Nachdruck erheben.

Es ist völlige Enttäuschung der Wahrheit, wenn unsere Gegner immer und immer wieder behaupten, wir Sozialdemokraten würden der Richterhaft bewußt die Weidbierzeugung vor. Sogar in Urteilen hoher Gerichtshöfe ist dieser Vorwurf gegen uns erhoben worden. Aber zu Unrecht. Wir haben trotz mancher Gleichnisse, die den Verdacht bewußter Parteilichkeit nahelegen, immer und immer wieder betont, daß es sich zumeist um eine unbewußte, aus dem Klassenstandpunkte entspringende Parteilichkeit handelt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß in der Theorie der Staatssekretäre und auch der preussische Justizminister für die

„Gleichheit vor dem Gesetz“

eintreten, wer zweifelt daran? Aber wie ist es mit dieser Gleichheit in Wirklichkeit beschaffen, wenn ein Gendarm für 80 Schläge und für Abschlagen eines Armes, also für brutale Robeiten sondergleichen, (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten) ganze 30 W. Strafe erhält (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und der Staatsanwalt gar noch die Klage gegen einen solchen Gendarmen, wie er selbst sagt, mit lebhaftem Bedauern erhebt! (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die ungeheure, weit über unsere Kreise hinaus als verhängnisvoll betrachtete Macht der Staatsanwaltschaft wird durch die in der vorliegenden Novelle vorgesehene Verlegung gegen Strafkammerurteile mehr scheinbar als wirklich eingeschränkt. Wirkliche Abhilfe kann nur schaffen die strenge Durchführung der Uebertragung der Rechtspflege an Richter, die vom Volke aus allen Schichten des Volkes gewählt werden. Weit entfernt davon, dieser Forderung irgendwie entgegenzukommen, sollen nunmehr eine große Anzahl Fälle der Entscheidung eines einzigen Amtsrichters ohne Zuziehung von Schöffen übertragen werden. Das bedeutet für diese Fälle einfach die Aufhebung der Rechtsgarantien. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ferner trachtet man danach,

die Kompetenz der Schwurgerichte

einzuengen. Teils durch die Praxis, teils durch Gesetz sind weite Kreise der Bevölkerung, die Arbeiterklasse, die Volksschullehrer, der ganze weibliche Teil der Bevölkerung von der Zuziehung zum Geschworenen- und Schöffenamt ausgeschlossen. Wesentlich über einen entscheidenden Einfluß auf die Zusammenlegung der Geschworenen- und Schöffenslisten die sogenannten Selbstverwaltungskörper aus. Wir wissen aber, wie diese durchweg, namentlich aber in Preußen, aus völlig plutokratischen Wahlsystemen hervorgehen. Würden die Selbstverwaltungskörper demokratisch organisiert sein, so würden selbst bei Beibehaltung des bisherigen Modus die Schöffen- und Schwurgerichte ein anderes, der wirklichen Zusammensetzung des Volkes mehr entsprechendes Aussehen zeigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Höchst bedenklich ist auch

die Art, wie die Schöffen ausgewählt

werden. Wenn sie auch künstlich vom Landgericht gewählt werden sollen, dann wird keine Verbesserung eintreten, dann werden sie auf ihre politische Gesinnung hin genau so durcgsiebt werden wie bisher, dann wird das wertvolle Volk nach wie vor vom Amte eines Schöffen ausgeschlossen bleiben. Wenn der Herr Justizminister davon spricht, daß nur zuverlässige Schöffen ausgewählt werden sollen, dann meint er jedenfalls, daß sie politisch zuverlässig sein sollen. Und je nachdem, ob die Regierung schwarz oder blau-schwarz ist, werden auch die Schöffen schwarz oder blau-schwarz sein sollen. Für solche Schöffen oder danken wir! Das Volk will unabhängige und freie Schöffen, die aus freier Wahl hervorgegangen sind. Ich kann mich von dem idealistischen Standpunkte nicht losagen, daß in die Gerichtssäle die Politik nicht hineingehört. An der Stelle, wo wirkliche Gerechtigkeit walten soll, muß die Politik schweigen. Das ist auch die Auffassung, auf der der alte Richter stand. Heute ist es freilich anders geworden. Heute kommt ja in den Urteilen sogar eine ganz andere Auffassung zum Ausdruck.

Eine weitere Herabdrückung der Bedeutung der Laienrichter erblicke ich darin, daß dem Einzelrichter eine Reihe von Kompetenzen überwiesen wird, die bisher dem Schöffengericht zustand, und daß ein sogenanntes

„Schnelles Verfahren“

eingerrichtet werden soll. Wir haben uns dagegen immer verwahrt, weil dieses „schnelle Verfahren“ nur den Zweck hat, in politisch bewegten Zeiten mißliebige Personen möglichst schnell vor den Stuhl zu ziehen, um sie abzuurteilen. Wir verlangen, daß die Laienrichter in allen Instanzen zugezogen werden. Die

Bedeutung der Laienrichter muß wesentlich darunter leiden, wenn in Fällen der Freisprechung der Staatsanwalt gegen das Urteil Berufung einlegen und damit die Sache zur nochmaligen Entscheidung vor ein Berufsrichterkollegium bringen kann. Dann kommt ja das berühmte Dreimännerkollegium, und wir wissen, was wir von ihm zu halten haben. Es hieße, mit Gewalt die Augen zu verbinden, wenn man nicht zugeben wollte, daß in Deutschland eine Menge Menschen unangemessen vor Gericht gestellt werden, nicht weil sie etwas begangen haben, sondern damit sie bestraft werden, weil sie sich aus anderen Gründen mißlieblich gemacht haben. Das gilt im gewerkschaftlichen und im politischen Leben. Sonst wäre es nicht denkbar, daß sich Interpretationen gebildet hätten, die eine ganz neue Gerichtspraxis zur Folge haben. Wir sind ja so weit gekommen, daß Arbeiter bestraft werden, weil sie von dem ihnen gewährtsten Revisionsrecht Gebrauch gemacht haben! Das

Vertrauen gegen die Rechtsprechung

ist so stark geworden, daß hervorragende staatsverhaltende Juristen davor gewarnt haben, in dieser Weise weiter zu verfahren, weil damit nur den Sozialdemokraten Wasser auf die Mühle geföhrt werde.

Besüglich der

Berufung

müssen wir verlangen, daß sie lediglich dem Angeklagten zu stehen soll. Das gemeine deutsche Recht bestimmte, daß der Staatsanwalt sein Recht auf Berufung hatte. Warum kann das nicht auch im heutigen Recht so sein? Warum soll denn, wenn ein unabhängiges Gericht seine eheliche Meinung ausgesprochen hat, daß der Angeklagte freizusprechen ist, ein administrativer Beamter, ein Polizeimeister, kommen und erklären dürfen: das war nur ein Entschreiben, ich appelliere an die höhere Instanz! Will man aber nicht soweit gehen, daß man dem Staatsanwalt überhaupt das Recht der Berufung nimmt, dann muß man wenigstens den Standpunkt einnehmen, daß er das Recht der Berufung nur haben soll, wenn neue Tatsachen oder Beweismittel vorliegen. Geht es das nicht, dann wird durch die Strafprozeßordnung dem Publikum nicht Rechtfertigung verliehen, sondern das Gegenteil.

Eine Verschlechterung gegenüber dem Bestehenden möchte ich auch darin erblicken, daß nunmehr als Berufungsinstanz das berühmte Dreimännerkollegium fungieren soll, während der Angeklagte bisher den Schutz des fünf Männerkollegiums genoss. Beim fünf Männerkollegium müssen vier von der Schuld überzeugt sein, wenn es zu einer Verurteilung kommen soll. Beim Dreimännerkollegium aber wird der Angeklagte schon verurteilt, wenn nur zwei ihn für schuldig halten. Das ist ein außerordentlicher Nachteil. Wir sind der Ansicht, daß es besser ist, eine einzige, aber gute, als zwei oder mehrere schlechte Instanzen zu besitzen. In der neuen Strafprozeßordnung sind fast alle Garantien für eine objektive Rechtsprechung, die bisher bestanden, entfernt worden. Das wichtige Recht des Angeklagten, daß er verlangen kann, alle herbeigeführten Zeugen seien zu vernehmen und alle Beweismittel seien zu erheben, ist gefallen! Es soll nunmehr im Belieben des Gerichts stehen, ob alle Zeugen vernommen werden sollen oder nur einzelne. Das hat dann auch zur Folge, daß die Revision, die sich ja bisher hauptsächlich auf die Beschränkung der Beweisüberhebungen stützte, in vielen Fällen nicht mehr wird erhoben werden können. Auch das Wiederannahmeverfahren soll bedauerlicherweise nicht erweitert, sondern verengt werden! Die Bestimmung, daß Richter, die am Öffnungsbefehl beteiligt waren, an der Hauptverhandlung nicht mehr teilnehmen dürfen, ist ebenfalls gefallen und damit eine weitere Garantie für die Unvoreingenommenheit der Richter beseitigt.

Im französischen Recht wird der in Untersuchungshaft Gezogene darauf aufmerksam gemacht, daß ihm das Recht zusteht, sich einen Verteidiger zu nehmen. Nichts dergleichen bei uns. Nur nicht den Beschuldigten auf Momente hinweisen, die ihm zum Vorteil und zur Verschärfung gereichen könnten! Die Bestimmungen über

die Untersuchungshaft

weisen vielleicht ein besseres Deutsch als die alten Bestimmungen auf, im übrigen aber sieht genau dasselbe drein wie früher! Ja, sie sind womöglich noch verschlimmert worden. Erblieben ist die Kollisionshaft im ganzen Umfang. Ich erinnere nur an den Ausspruch: „Der Mißbrauch der Untersuchungshaft treibt jährlich tausende treuer Staatsbürger in die Arme der Sozialdemokratie!“ Wir haben Mittel zur Einschränkung der Untersuchungshaft angegeben, aber sie sind nicht durchgesetzt worden. Die willkürlich bei der Verhängung der Untersuchungshaft verfahren wird, zeigt der Königsberger Geheimbundprozess. Dort wurde erklärt, die Angeklagten seien sämtlich Sozialdemokraten, das genüge, um gegen sie die Untersuchungshaft zu verhängen. Ich hoffe, daß sich in der Kommission eine Weisheit finden wird, die sich für den Wegfall der Kollisionshaft als Grund der Untersuchungshaft erklärt. Zum mindesten müßte doch bewiesen werden, daß der Angeklagte wirklich den Versuch gemacht hat, auf Zeugen einzuwirken. — Besüglich des Flüchtigverdachts als Grund der Untersuchungshaft ist eine Verschärfung eingetreten, denn es ist bestimmt, daß wegen Flüchtigverdachts die Haft verhängt werden kann, wenn auf das betreffende Verbrechen eine Strafe von einem Jahr oder darüber steht. Wie soll nun bei der Ungenauigkeit unserer Strafsummlung der Untersuchungsrichter oder Staatsanwalt wissen, ob im gegebenen Falle ein Jahr verhängt werden wird? — Hier sind Ratgeber dringend notwendig. Ohne hohsthaft zu sein, möchte ich den Herren, die den Entwurf gemacht haben, daß sie ein panemal in Untersuchungshaft gezogen würden, dann würden sie erfahren, wie vollkommen nutzlos selbst jemand, der juristisch geschult ist, in den ersten Tagen der Untersuchungshaft ist. Die Richter sind gegenwärtig so überlastet, daß es gewöhnlich geraume Zeit dauert, bis sie sich mit dem Untersuchungsfall näher befassen können. Bei der ersten Vernehmung werden dem Angeklagten eine Reihe von Paragraphen vorgelesen, gegen die er sich angeblich verhalten haben soll, und die Frage an ihn gestellt, ob er dagegen etwas zu erklären habe. Dann wird der Referendar mit der Aufnahme des Protokolls beauftragt und der Häfling wieder abgeführt. Selbst Zuständigkeitsfragen, die der Untersuchungsrichter dem Häfling macht, kommen häufig nicht zur Ausführung. So erlaubt in Potsdam der Untersuchungsrichter einem Manne, der plötzlich verhaftet wurde, daß er es telefonisch seiner Frau mitteilen dürfe; der Befähigungsinspektor aber erklärte, als der Häfling von dieser Erlaubnis Gebrauch machen wollte, barich: Hier gibt es nichts zu telefonieren! Und so mühte der Untersuchungsgefängnis darauf verzichten, denn mit dem Untersuchungsrichter kam er während einer Reihe von Tagen nicht mehr zusammen, um sich etwa bei ihm zu beschweren.

Es ist auch kein Schutz dagegen getroffen, daß die polizeilichen Sicherungen länger dauern, als es absolut notwendig ist. Ich erinnere an einen Fall in Frankfurt a. M. Da wurde ein Richter diszipliniert, weil er gegen den Antrag und die Befehlswidrigkeit, die sich die Polizei hatte zuschulden kommen lassen, eingeschritten war. Es geht auch nicht an, daß der Staatsanwalt ohne richterliche Kontrolle das Recht haben soll, den Untersuchungsgefängnis bis zu zwei Monaten in Haft zu lassen.

Eine weitere Verschlechterung ist

die Beschränkung der Öffentlichkeit.

Die neue Strafprozeßordnung will den Ausschluß der Öffentlichkeit gestatten, wenn nur einer der Beteiligten es verlangt; dadurch würde insbesondere der Presse die Ausbeutung der Mißstände im Deutschen Reich nahezu unmöglich gemacht werden. Derjenige, der die Mißstände begangen hat und nun angeblich beleidigt ist, würde einfach erklären: ich wünsche den Ausschluß der Öffentlichkeit, und dagegen wäre dann nichts zu machen. Das ist ein Mißbrauch des formalen Rechts.

Besüglich der

Jugendgerichte

erkenne ich gern an, daß der Entwurf nunmehr den Fragen der Beerdigung nicht verläßt, die sich damit befaßt, wie die heutige Behandlung der Jugendlichen geändert werden kann. Wähler

war die Behandlung der Jugendlichen nur geeignet, Verbrecher zu züchten. Man scheint zur Erkenntnis zu kommen, daß der eigentliche Verbrecher die Gesellschaft ist, für die das arme Mitglied bestraft wird. Die Zahl der verurteilten Jugendlichen hat ja seit 1907 ziemlich abgenommen, aber was übrig geblieben ist, ist gerade noch gefährlich! Wenn man die Statistik betrachtet, so findet man, daß die Abnahme noch erheblich größer wäre, wenn nicht die Häufigkeit in Betracht käme. Die Zahl der jugendlichen Verbrecher hat 1906 den höchsten Stand erreicht. Im gleichen Jahre hatten wir die höchsten Getreidepreise! Man kann statistisch nachweisen, daß schon 5 Pfennig teureres Brot die Zahl der Diebstähle wesentlich steigert. 1906 wurden 55 870 Jugendliche wegen Verbrechen und Vergehen verurteilt, 1907 ist die Zahl auf 54 110, das ist um 2,1 Proz. gefallen. Das Hauptverbrechen dieser jugendlichen Verurteilten stellen diejenigen, die wegen Diebstahls verurteilt wurden. Was wird aber da alles als „Diebstahl“ angesehen! Hier müßte eingegriffen werden. Vor allem sollte man das Alter, das zur Verurteilung erforderlich ist, auf 16 Jahre hinaufsetzen. Die Verbrechen unseres Strafsystems fällt besonders bei den Verurteilungen ins Auge. Im Jahre 1906 waren 17,7 Proz. der verurteilten Jugendlichen bereits vorbestraft, 1907 ist dieser Prozentsatz gestiegen. Sehr notwendig wäre es, daß die Regierung den Staatsanwälten das Recht nehmen würde, darüber zu erkennen, was mit den jugendlichen Verurteilten zu geschehen hat. Die richtige Instanz, die für die Verfassung der jugendlichen Verbrecher zu sorgen hätte, wäre die Vormundschaft, und ich bitte dringend, diese Frage zu erwägen. Man darf sich auch nicht auf die Erziehungsanstalten verlassen. Was wir in der letzten Zeit aus den Erziehungsanstalten gehört haben — ich erinnere nur an die Vorgänge in Mielzig, an die Kolanderstraße Anstalt und andere —, war nicht geeignet, unsere Ansichten über die Erziehungsanstalten zu ändern. Die barbarischen, hundertfältigen Grenelaten, die da gegen die Jugendlichen verübt worden sind, lassen es wünschenswert erscheinen, eine anders geartete Fürsorgeerziehung zu erfinden. — Es ist kein Anfang zu einer Verfassung gemacht, es liegt in der Tat eine erhebliche Unterlassung gegenüber den Jugendlichen vor.

Zum Schluß noch wenige Worte über

die Stellung der Presse.

Sie hat eine schlechtere Stellung bekommen, als sie vorher gehabt hat. Der „fliegende Gerichtsband der Presse“ ist nicht ausgeschlossen, und es wird notwendig sein, in der Kommission klarzustellen, daß zu ihm nicht zurückgekehrt werden soll. Noch viel schlechter steht die Presse durch das „schleumige Verfahren“, das darin besteht, daß ein Redakteur ohne Zustellung einer Anklage vor den Richter gezerrt wird und bevor er recht weiß, was eigentlich los ist, er schon verurteilt. Dieses Automobiltempo der Verurteilung wird in Zukunft gegen die der Regierung unangenehme Presse angewendet werden. Da muß also ein Miegel vorgeschoben werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso ist es eine Verschlechterung, daß die Möglichkeit gegeben ist, die Presse dem Laienrichter zu entziehen und den Redakteur dem Einzelrichter zu übergeben, wenn Weltstrafe zu erwarten ist, von wo er dann dem Dreimännerkollegium übergeben würde.

Ferner ist gesprochen worden von einer Verbesserung der Bestimmungen über den

Zeugnispflicht der Presse.

Der § 49 schafft jedoch keineswegs Verbesserung. Aber die Anstandspflicht nicht nur der Presse, sondern jedes anständigen Menschen zu erfüllen, darf nicht erschwert werden. Nach § 49 soll die Auskunft über die Person des Verfassers oder Einsenders eines Artikels verweigert werden dürfen, wenn ein Redakteur der Druckschrift als Täter bestraft ist oder seiner Verurteilung kein Hindernis entgegensteht, und zwar trifft dies Recht für Redakteure, Verleger, Drucker sowie für die bei der technischen Herstellung beschäftigten Personen zu. Dieses Recht besteht aber heute schon. Jeder Verleger, jeder Drucker, ja jeder Briefträger, der mit der Zeitung zu tun hat, kann nach der Auslegung des Reichsgerichts als „Mittäter“ in Frage kommen und ist als solcher berechtigt, sein Zeugnis zu verweigern. Es kommt darauf an, dieses Recht zur Zeugnispflichtverweigerung nicht nur in den angeführten Fällen zu geben, sondern vor allem da, wo eine moralische Pflicht zur Verweigerung vorliegt; hier muß der Redakteur das gleiche Recht haben wie der Weisliche. In jedem Zivilprozess kann der Zeuge seine Aussage verweigern, wenn das Zeugnis ihm zur Unehr gereicht. Zur Unehr eines Redakteurs aber gereicht es, anzugeben, von wem ein Artikel stammt. Außerdem bezieht sich auch der § 49 nicht auf die sogenannte Untersuchung gegen „Unbekannt“, nicht auf die sogenannte Disziplinaruntersuchung. Nehmen wir z. B. an, es erscheint ein Artikel über Mißstände auf der Kieler Werft, um auf die Beseitigung dieser Mißstände hinzuwirken, und die Werftleitung eröffnet darauf ein Disziplinarverfahren wider „Unbekannt“ und verlangt vom Antragsrichter die Vernehmung des Redakteurs, so muß dieser den Redakteur vernehmen und das Zeugnis eventuell durch Strafverurteilung erzwingen. Und an diesem Zustand soll nach der Vorlage nichts geändert werden! Es ist aber dringend erforderlich, hier einen Miegel vorzuschleichen, damit der Zweck der Vorlage nicht erreicht wird, der Zweck nämlich, daß Mißstände, die der Regierung unangenehm sind, nicht zur Sprache kommen dürfen.

In Verbindung damit muß aber der Zeugnispflicht angewendet werden gegen diejenigen Personen, welche heute ihr Zeugnis zu Unrecht verweigern können. Beamte können das Zeugnis verweigern, wenn das „Wohl des Reiches oder eines Einzelstaates“ in Frage kommt. Dieser Paragraph ist dazu mißbraucht worden, in jedem Fall, wo es der Behörde unangenehm ist, daß etwas in die Öffentlichkeit kommt, den Beamten anzuweisen, sein Zeugnis zu verweigern; insbesondere ist das geschehen, um Spiegler vor Entlassung zu schützen. (Sehr wahr! d. d. Soz.) Bei den Prozessen, die sich an die Wahlrechtsdemonstration angeschlossen, war unter zwingenden Beweis gestellt worden, daß Polizeibeamte in Zivil sich unter die Arbeiter gemischt und sie zu Gewalttätigkeiten provoziert haben. War dies nicht wahr, so lag für die Beamten gar kein Grund vor, das Zeugnis zu verweigern. Es wurde aber den Beamten verboten, Auskunft zu geben. Daraus ist also zu schließen, daß das wahr ist, was unter Beweis gestellt wurde! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aus welchem Grunde soll denn da, wo Sie sonst mit Zwangsmitteln zur Ermittlung der Wahrheit vorgehen, gerade den Behörden das Recht gegeben werden, die Wahrheit zu verhalten, und zwar zugunsten eines unschuldigen Angeklagten? Weshalb sollen wir den

Schlag der Epistel,

dieses Abkündigen der Gesellschaft, weiter zulassen? Nein, das muß entschieden geändert werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der ganze Entwurf ist gerichtet

gegen die arbeitende Klasse.

Das Strafrecht und der Strafprozess werden mißbraucht von der herrschenden Klasse, um angewendet zu werden gegen die vordringlichste, aufstrebende, um Teilnahme an der Kultur ringende Arbeiterklasse. — Ich habe Ihnen nur an einem kleinen Teil der Bestimmungen des Entwurfs gegetzt, daß auch hier wieder das Klassenrecht neu stabilisiert und erweitert

werden soll. Wenn die heute bestehenden Garantien genommen werden und die hier vorgeschlagenen Verschlechterungen angenommen werden, so ist es sehr leicht, wenn man zuverlässige Richter hat — das sind diejenigen, die charaktervoll sind —, es ist dann sehr leicht, einen jeden zu verurteilen, nicht wegen der begangenen Tat, sondern weil die Person des Angeklagten verurteilt werden soll; es wird dann noch leichter sein als bisher, zum Rechtsprinzip zu machen, was der Justizminister Schönfeldt als Prinzip einer guten Rechtspflege hinstellte: Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe! Für ein solches

Strafsystem der doppelten Aufklärung

wird meines Vaters selbstverständlich nicht zu haben sein. Wir werden, wie in früheren Jahren, versuchen, in der Kommission

Vorschläge zur Beseitigung der erheblichsten Mißstände zu machen. Ich hoffe, daß Sie sich insbesondere zu dem Gedanken freundlich stellen, daß wirklich unabhängige Laien in vermehrter und sogar ausschließlichem Maße zur Beurteilung von Delikten berufen werden. Von neuem will ich den Herren, die sich freundlich zu dem Entwurf gestellt haben, in Erinnerung rufen, daß der Entwurf das Produkt einer Kommission ist, in der alle Parteien außer den Sozialdemokraten vertreten waren, die also die Aufgabe hatte, ein Instrument zur Massenjustiz zu schaffen, und ich möchte Ihnen warnend zurufen: Ueberspannen Sie die Massenjustiz nicht! Diese Massenjustiz muß Ihnen selbst schädlich sein; denn wenn Sie den weitestgehenden Raum der Willkür geben, wie es hier in diesen Vorschlägen wieder geschieht, wenn nicht unparteiische, unabhängige, sondern nur genehme, „zuverlässige“ Richter Recht sprechen, so müssen Sie auch den Leuten, die der Sozialdemokratie noch fern stehen, die Erkenntnis einhämmern, daß die Justiz, wie sie ist, Vertrauen nicht verdient und auch gar nicht haben will, weil Justiz und Gerechtigkeit in diesem Klassenstaat zwei verschiedene Begriffe sein sollen. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär des Reichsjustizamts Bides:

Der Abgeordnete Stadthagen hat behauptet, daß der preussische Justizminister gestern gesagt habe, das Vertrauen zur Justiz sei gestiegen. Der Justizminister hat mir gesagt, daß ein gewisses, natürlich unberechtigtes (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Vertrauen stellenweise eingetreten sei. Um der Kritik an der Tätigkeit der Strafkammer entgegen zu treten, hat man ja gerade die Einführung der Berufung vorgeschlagen!

Weiter hat Herr Stadthagen einen Fall erwähnt, in dem ein längst verstorbenen Oberlandesgerichtspräsidenten einen Amtsrichter durch den Landrat habe überreden lassen. Auch davon kann gar keine Rede sein. (Abg. Stadthagen: Er hat es ja selbst erzählt.) Er hat erzählt, er wäre eines Tages in ein Städtchen gekommen und hätte dort gehört, daß der Amtsrichter sich außerordentlich unzuverlässig benommen habe, und da hätte er den Landrat aufgesucht, um Erfindungen über den Fall einzulegen. Ob das sehr geschicklich war, ist eine andere Frage, aber von einer Überredung durch den Landrat kann keine Rede sein. Und ich möchte wohl den preussischen Justizminister sehen, der erfähre, daß ein Oberlandesgerichtspräsident derartiges täte. Ich bin überzeugt, daß er ein ernstes Wort mit ihm sprechen würde.

Auf alle sachlichen Ausführungen des Abg. Stadthagen kann ich jetzt selbstverständlich nicht eingehen; die sachlichen Vorschläge werden in der Kommission erörtert werden. Ich muß aber meiner Bewunderung Ausdruck geben, daß Herr Stadthagen sagt, der Entwurf sei gegen die Arbeiter gerichtet, sei gerechtigkeitsfeindlich und beseitige die Massenjustiz. Ich kann den Entwurf ruhig loben, da ich an seiner Herstellung nicht beteiligt war, und jenen Vorwurf muß ich entschieden zurückweisen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Inzwischen war mir, daß eigentlich auch der Abg. Stadthagen für die Einschränkungen des Legalitätsprinzips eingetreten ist. Wenn er meint, es wäre vielleicht richtiger, die Strafbestimmungen wegen Verletzung der Arbeiterkündigungsgesetze davon anzunehmen, so läßt sich darüber in der Kommission verhandeln. Es wäre dann vielleicht konsequenter, sie nicht vor den Einzelrichter, sondern vor das Schöffengericht zu bringen.

Was dann die Auswahl der Laien anbetrifft, so bin ich selbstverständlich sehr dafür, daß die Laienrichter allen Berufen der Bevölkerung entnommen werden, auch aus Arbeiterkreisen. Ich glaube, es wird das Vertrauen in die Justiz wachsen, wenn auch mal ein Arbeiter als Schöffe in die Schöffengerichte hineinkommt. Selbstverständlich müssen solche Arbeiter nicht „zuverlässig“ sein, sondern es müssen unabhängige Leute sein, die sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt sind und die zu dieser Tätigkeit auch die notwendige Intelligenz haben.

Die Anwesenheit des Abg. Dr. Müller-Reintgen, als ob heutzutage jugendliche Gefangene in Verührung mit Dirnen und Zuhältern kommen könnten, steht nicht im Einklang mit der Wirklichkeit. Prinzipiell ist die Frage der jugendlichen Verbrecher nur bei einer materiellen Umgestaltung des Strafrechts zu regeln.

Abg. Graf (Wirtsch. Bg.): Wenn Herr Stadthagen zur Vorbereitungskommission zugezogen worden wäre, hätte sie kaum schon jetzt ihre Arbeiten beendet. Die Arbeiterkammer wird in keiner Weise durch die deutsche Rechtsplege demütigt. Wäre das der Fall, so würden die bürgerlichen Parteien ebenso dagegen auftreten wie die Sozialdemokratie. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen ist Herr Stadthagen ja nicht allzu tragisch zu nehmen. Man nimmt ihn in der eigenen Partei nicht zu tragisch. Ich erinnere an das Wort Richard Fishers: „Wenn Stadthagen etwas bestriftet, so ist das keine Bestrafung!“ (Weiterer rechts. Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Wir wollen nicht, daß die Kompetenz der Schwurgerichte auf Verbrechen ausgedehnt wird. Wir möchten nicht die Freisprechungen des „Simplicissimus“ auch in Norddeutschland erleben! (Hört! hört! links.) Es kann gar nichts schaden, wenn die Öffentlichkeit bei Sensationsprozessen mehr eingeschränkt wird. (Weisfall rechts.)

Sehr bedenklich ist es, die Mitwirkung der Laien bei der Beurteilung der gegenständlichen Uebertretungen auszuschließen. Gerade hier liegt die Gefahr einer Politik der Kadelstiche gegen die Arbeiterbewegung, auch gegen die christlich-nationalen, vor. Vor der Populärdisziplin der französischen Gerichte bewahre uns der Himmel. Mögen Richter und Anwaltsstand das Vertrauen rechtfertigen, das diese Kabelle in sie setzt. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Brunnermann (Wp.) freut sich über die Zuziehung des Laienelements zu den Strafkammern, aber es scheint ihm nicht angebracht, die Strafkammern mit zwei Juristen und drei Laien zu besetzen. Zwei Juristen sind selten derselben Meinung (Gerechtigkeit) und der Zwiespalt der gelehrten Richter könnte leicht die Schöffen verwirren. Wir würden die Befragung mit einem Richter und vier Schöffen vorziehen. Das würde sich auch aus Sparmaßregeln empfehlen. Ferner empfiehlt sich die Vereinfachung des Urteils, damit die Richter mehr Zeit auf die Urteilsfindung als auf die Urteilsfassung verwenden können.

Abg. Dr. Maß (fr. Wp.):

Man kann aber den „Simplicissimus“ denken wie man will, aber die Freisprechung des „Simplicissimus“ entsprach durchaus dem süddeutschen Volksempfinden. (Zustimmung links.) Wir freuen uns über die Fortschritte dieser Kabelle umso mehr, als die Strafprozeßordnung entschieden das mangelhafteste der deutschen Justizgesetze ist. Man sollte die Gelegenheit benutzen, die Frau an zum Schöffenanitz, besonders aber zu den Jugendgerichten hinzuzuziehen. Ich bin überzeugt, daß man mit diesem Versuche die glänzendsten Erfahrungen machen würde. Entschieden wenden wir uns dagegen, daß auf Antrag eines Beteiligten bei Verleumdungsprozessen die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden soll. Gewiß sind Mißstände zutage getreten, aber dürfen wir auf Grund solcher Einzelercheinungen ein wichtiges Palladium der Rechtsplege opfern? Auf diesem Wege gibt es keinen Halt. Hat man angefangen, die Öffentlichkeit zu beschränken, so wird bald dazu kommen, sie abzuschaffen! Wäre es etwa von politischen Nutzen gewesen, wenn der Dabiel-Process bei verflochtenen Ähren verhandelt worden wäre? (Sehr gut! links.) Und gerade auch bei Verleumdungsprozessen kann das Sterkrecht der Öffentlichkeit nicht entbehrt werden. Wie oft wird einer wegen formaler Verleumdung verurteilt, der in der Öffentlichkeit mit Recht als der wahre Sieger angesehen wird. (Sehr gut! links.)

Ferner haben wir uns dagegen zu wenden, daß die Erhebung oder Nichterhebung der Anklage einfach in das Ermessen des Staatsanwalts gestellt wird. Der Verdacht liegt leider nahe, daß Sozialdemokraten und auch wohl Freisinnige mit etwas anderem Maße gemessen werden als Thron- und Markgrafen. (Sehr wahr! links.) Auf der Mediten ist sicher Rechnung vorhanden, wenn die Regierung dahingehende Vorschläge macht, das Schwurgericht durch das sogenannte „große Schöffengericht“ zu ersetzen. Wir unsererseits müssen uns auf das entscheidende gegen alle Bestrebungen auf Abschaffung des Schwurgerichts erklären.

Dringend nötig ist es, den Gewissensbedenken geistig hochstehender Leute, wie z. B. der Nonnen, entgegen zu kommen und den Nichtgottgläubigen eine

andere Form des Eides

zu ermöglichen. Pöfische Überzeugung verdient dieselbe Berücksichtigung wie das religiöse Gefühl. (Sehr richtig! links.)

Die Bestimmung der Einschränkung der Rechte der Verteidigung verleihe ich auf die Ausführungen, die schon vor 20 Jahren eine Autorität wie der Reichsgerichtsrat Stenglein gegen solche Bestrebungen gemacht hat. Der deutsche Anwaltsstand verdient das Vertrauen nicht, das die Verfasser der Novelle ihm entgegenbringen. Ich muß dringend bitten, die Beschränkung des schriftlichen Verkehrs zwischen dem Angeklagten und seinem Verteidiger, wie sie im Entwurf vorgesehen ist, zu beseitigen, ebenso die unzulässige Verschleierung in den Bestimmungen über das Wiederaufnahmeverfahren.

Im allgemeinen ist der Entwurf eine geeignete Grundlage. Wir hoffen, in der Kommission zu einer Verständigung über die Streitpunkte zu gelangen. (Lebhafte Weisfall links.)

Hiermit schließt die Diskussion.

Abg. Stadthagen (Soz. zur persönlichen Bemerkung): Der Staatssekretär meinte, daß sei für eine Einschränkung des Legalitätsprinzips eingetreten. Das ist ein Mißverständnis. Ich habe mich gegen den Vorschlag, soweit er sich auf Arbeiterangelegenheiten bezieht, geäußert und im übrigen mich gar nicht über § 163 ausgelassen, sondern bin für die Befreiung der Staatsanwaltschaft überhaupt eingetreten. Es folgt die

erste Beratung des Gesetzentwurfs über Aenderung des Strafgesetzbuches (keine Strafgesetznovelle).

Staatssekretär Lisco:

Es handelt sich hier um einige Aenderungen des geltenden Strafrechts, die allgemein als reformbedürftig betrachtete Punkte betreffen und über die sich kaum Meinungsverschiedenheiten politischer und religiöser Natur erhoben haben. Gewiß ist inzwischen der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches an die Öffentlichkeit getreten; es wird aber wohl noch ziemliche Zeit dauern, bis er Gesetz wird. Darum bringt die Regierung wieder den Entwurf ein, der schon in der vorigen Session dem Reichstag unterbreitet und damals zum großen Teil bereits in der Kommission beraten worden ist. Da Plenarbeschlüsse nicht vorliegen, haben die Aenderungsanträge der Kommission keine Aufnahme in den Entwurf gefunden; doch sind die Verbündeten Regierungen gern zu jedem Entgegenkommen bereit. Bedenken haben die Bestimmungen über Strafverschärfungen gegen Verleumdungen erregt. Es wird aber in keiner Weise den berechtigten Interessen der Presse zu nahe getreten. Es kann jedoch nicht geleugnet werden, daß sich in der letzten Zeit eine gewisse Sorte Menschen entwickelt hat, die die Ehrabschneiderei gewerbsmäßig betreiben. (Rufe bei den Sozialdemokraten „Wahrheit“.) Ich bitte um wohlwollende Beurteilung und Billigung des Entwurfs. (Weisfall.)

Abg. Engelen (Z.) verzichtet angesichts der Tatsache, daß der Entwurf bereits in der vorigen Session das Haus beschäftigt hat, auf längere Ausführungen und spricht sich im allgemeinen trotz einiger Einzelbedenken im Sinne des Entwurfs aus.

Abg. Bernack (L.) (schmer verständlich) scheint sich etwa im Sinne des Vorredners auszusprechen.

Abg. Dr. Delage (natl.) spricht sich ebenfalls im allgemeinen für Annahme des Entwurfs aus, bittet aber, erst die Kapitel über Verleumdung und Exorzismus auszuschließen, um so schneller eine Einigung über den Rest der Vorlage zu erzielen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.) beklagt, daß die Vorschläge der Kommission keine Aufnahme in den neuen Entwurf gefunden haben und bittet ebenfalls dringend, die Bestimmungen über Verleumdung und Exorzismus zurückzuführen, aber die sich keine Einigung erzielen lasse. (Weisfall links.)

Abg. Heine (Soz.):

Auch meine Fraktion ist für Ueberweisung der Sache an eine Kommission. Jedoch möchte ich bitten, eine besondere Kommission für dieses Gesetz zu ernennen; dann ist keine Fraktion vorhanden, die diesen Herren beizustimmen, die auch in die Kommission für die Strafprozessordnung hineingelassen werden, während andererseits auch keine dazu genötigt ist.

Der Staatssekretär hat diese Vorlage von seinem Vorgänger so, wie sie ist, übernommen, aber ich hätte gewünscht, daß er diese Erschaffung nur mit der Billigung des Reichstages angetreten hätte; denn wenn man das Gesetz als Ganzes betrachtet, ergibt sich eine erhebliche Unterbilanz. Es sind darin recht gute und treffliche Vorschriften, aber was dann angeht, ist und was für die Regierung die Hauptsache gewesen ist, die Bestimmungen über die Verleumdung, sind derart streng und unannehmbar, daß, wenn sie nicht abgeändert werden, man das ganze Gesetz vertwerfen muß. Seit dem vorigen Jahre hat sich die Sachlage dadurch erheblich verändert, daß der Vorentwurf für ein Strafgesetzbuch bekannt geworden ist. Dieser Vorentwurf ist noch keine Vorlage, aber da er publiziert ist, dürfen wir annehmen, daß die Verbündeten Regierungen im wesentlichen auf seinem Standpunkt stehen. Dieser Vorentwurf bringt nun für mehrere in dem Interimsentwurf enthaltene Materien erhebliche Aenderungen der Verleumdungsbestimmungen. Man sieht in der jetzigen Vorlage, dem Altbestand der Erblichkeit des Staatssekretärs, zweifach gegenüber. Als praktischer Kriminalist habe ich natürlich den Wunsch, die Verbesserungen des Entwurfs möglichst schnell jedem Angeklagten zugute kommen zu lassen. Als Jurist und Mitglied der gesetzgebenden Körperschaft aber habe ich doch große Bedenken, die Begriffsbestimmungen gewisser Gesetze so schrittweise umzuwandeln. So soll hier der Minderdiebstahl allgemein aus dem Diebstahl ausgeschieden werden. Man sieht aber aus dem Vorentwurf, daß man sehr gut noch weiter gehen kann. Die ganze Verleumdungsbestimmung ist in dem Interimsentwurf anders gefaßt als in dem Vorentwurf. Wenn wir also in fünf bis sechs Jahren das ganze Strafgesetzbuch bekommen, so wird der Begriff wieder zu ändern sein, und das ist für die Juristen und Gesetzgeber eine bedenkliche Sache. Trotzdem würde ich mich mit der Behandlung der Sache jetzt befassen und das Spätere abwarten. Ich würde es aber für gut halten, den Vorentwurf bei der Beratung mitanzugehen, weil er in manchen Punkten in der Mitte und Begriffsbestimmung weiter geht als dieser Interimsentwurf.

Im einzelnen kann man ja im Plenum und bei der vorhergehenden Stunde nicht darauf eingehen. Aber ganz unannehmbar ist für meine Fraktion und für mich

die Bestimmung über die Verleumdung.

Schon bei der Beratung der Strafprozessordnung ist auf die Mängel eingegangen, die aus der Beschränkung des Wahrheitsbeweises und der Öffentlichkeit erwachsen. Beides hängt eng miteinander zusammen. Es können sich aus der Öffentlichkeit und im Wahrheitsbeweise Mängel ergeben, und in beiden Punkten will der Entwurf die Revoluzzerpresse bekämpfen. Dazu aber bedarf es nicht der hier vorgeschlagenen Aenderung des Strafgesetzbuches. Es sind Ihnen allen ja solche Prozesse bekannt. Man will gegen die Revoluzzerjournalisten mit großen Geldstrafen vorgehen. Was würden Sie aber bei heranziehenden Wintern, die auf der Straße vertrieben werden, Wäthern vom Schlage der „Wahrheit“ und dem Wai des verflochtenen Herrn Alwardt mit Gelbproben erreichen? Die leben ja doch nur von Schanden und von dem, was sie anderen reiten abzuwindeln! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Ergebnis wird nur sein, daß kolossale Geldstrafen gegen die politische Presse verhängt werden, und das ist meines Erachtens auch der Zweck der Sache. Der Zweck der Regierung ist, die öffentliche Kritik noch mehr lahmzulegen, als es zur Stunde Deutschlands bereits geschieht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Verleumdungsprozesse zwischen alten Weibern, überhaupt Verleumdungsprozesse gewöhnlicher Art interessieren die Öffentlichkeit nicht. Aber die Bestimmungen über Verleumdungen werden bei uns benutzt, um die Presse zu knebeln. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die politischen Prozesse spielen sich bei uns in der Form von Verleumdungsprozessen ab. Es ist so weit gekommen, daß in einer Reichsgerichtsentscheidung festgestellt ist, die Vertretung öffentlicher Interessen den Behörden gegenüber stünde der Presse nicht zu, sondern gegen die Behörden habe man das Recht der Verleumdung bei den zuständigen Instanzen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Diese unerhörte Entscheidung, die zu meiner Ueberzeugung von der öffentlichen Meinung sehr ruhig hingenommen ist, zeigt uns, worauf unsere Jurisdiktion hinausgeht. Diesen ganzen Gesetzentwurf, die Reg. Eulenburg, wie er mit Recht genannt ist, hätten wir nicht bekommen, wenn nicht gewisse Erweiterungen vor Gericht in hohen Kreisen peinlich berührt hätten. Man will den Wahrheitsbeweis gegenüber gewissen Personen in hohen Stellen abkneifen. Vor einem Jahre konnte man noch zweifeln, und man konnte meinen, daß eine gewisse Sentimentalität es bewirkte, daß man in Verfolg des Eulenburg-Prozesses bei solchen Dingen die Öffentlichkeit ausschalten wollte. Jetzt aber, nach der Veröffentlichung des Vorentwurfs, ist jeder Zweifel ausgeschlossen. Er ist von zwei Seiten beherzigt. Auf einer Seite enthält er eine Menge Milderungen und zeitgemäße Vorschläge, schlägt man aber um, so findet man auf dem politischen Gebiete die trübseligste Reaktion, man findet Vorschläge, die weit hinausgehen über das, was die Umstarvorlage brachte, weit hinaus über das, was unter dem Sozialistengesetz geschah. Die

Knebelung der öffentlichen Kritik

und die Befreiung der Bureaucratie, das sind die Gesichtspunkte, von denen der Vorentwurf ausgeht. Die böse Absicht der politischen Unterdrückung ist so klar, die Reichsbehörde, die einen solchen Entwurf vorgelegt hat, ist des bösen Willens derartig überläßt, daß auch bei diesem Interimsentwurf vom guten Glauben keine Rede sein kann. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Darum wollen wir das Gute nehmen, was der Entwurf bringt. Wir lehnen es aber entschieden ab, auch nur in eine Beratung der Bestimmungen über die Verleumdungen einzutreten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das beste wäre, es so zu machen wie im vorigen Jahre: über die ersten Paragraphen zu beraten und gesondert Bericht zu erstatten und das übrige der verdienten Vergessenheit zu übergeben.

Staatssekretär im Reichsjustizamt Lisco: Der Vorentwurf zum Strafgesetzbuch ist nicht im Reichsjustizamt ausgearbeitet, sondern ist nur eine Privatarbeit mehrerer Juristen. Weder die Reichsregierung noch irgend eine andere Regierung hat bisher zu diesem Entwurf Stellung genommen! Die Reichsregierung beabsichtigt auch dies erst zu tun, nachdem die öffentliche Kritik, besonders die Strafrechtslehrer und die einzelnen Bundesregierungen, sich dazu geäußert haben.

Abg. Dr. Varenhorst (Rp.): Der vorliegende Entwurf hat uns im vorigen Jahre zwei Tage beschäftigt. In Bezug auf die Tierquälerei und die Mißhandlung von Kindern bringt er erhebliche Fortschritte, geht mir aber noch nicht weit genug. Öffentlich gelungt es in der Kommission, in dieser Richtung weiter zu gehen.

Damit schließt die Diskussion. Der Entwurf wird unter Abkündigung des Antrages auf Ueberweisung an eine besondere Kommission an die Kommission für die Strafprozessordnung überwiesen. Es folgt die

erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Haftung des Reichs für seine Beamten.

Staatssekretär Lisco: Auch dieser Entwurf hat dem Reichstage im vorigen Jahre schon vorgelegen und ist hier beraten worden. Die dabei zutage getretenen Wünsche, das Gesetz auch auf die Bundesstaaten auszuweiten und die bestehenden Spezialbestimmungen durch die hier angegebenen zu ersetzen, werden wohl am besten in der Kommission erörtert, welcher der Entwurf wohl unzweifelhaft wieder überwiesen werden.

Abg. Dr. Ritter (Z.) beantragt, den Entwurf an die Kommission für die Strafprozessordnung zu überweisen.

Abg. Wiese (L.) schließt sich diesem Antrage an, würde aber noch lieber die Einsetzung einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern sehen.

Abg. Dr. Jung (natl.) bittet, eine besondere Kommission zur Beratung dieses Entwurfs niederzusetzen.

Abg. Gylling (fr. Sp.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an, würde aber eine Kommission von 21 Vertretern vorschlagen.

Abg. Heine (Soz.): Die Forderung der Haftung des Staates für seine Beamten ist eine alte Forderung meiner Partei; wir haben immer verlangt, daß die Materie reichsrechtlich und nicht landesgesetzlich geregelt wird, um dem reaktionären Partikularismus keinen Spielraum zur Verhängung zu geben. Dem Antrage auf Kommissionsberatung schließen wir uns an.

Die Diskussion schließt und die Vorlage wird an eine 21gliedrige Kommission verwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Montag 1 Uhr. (National-liberale Interpellation über Privatbeamtenversicherung; sozialdemokratische Interpellation über die Unterstützung der Tabakarbeiter und die Vorgänge in Mansfeld.)

Schluß 9 1/2 Uhr.

Diamantenhändler Dernburg.

„Diamantregie des südwestafrikanischen Schutzgebietes“ steht auf einer am Hause Behrenstraße 7 angebrachten Tafel in Goldbuchstaben zu lesen. Dorthin kanten die Mitglieder der Budgetkommission des Reichstages am Sonnabend, einer Einladung des Staatssekretärs Dernburg folgend, ihre Schritte, um die Diamantvorräte und die Einrichtungen für die Wertbestimmung der einzelnen Steine usw. zu besichtigen. Im dritten Stockwerk des genannten Hauses stehen in einer Reihe von Zimmern Tische, an denen einige Beamte mit der Sortierung der ungeschliffenen Steine beschäftigt sind. Die Abschätzung — so wurden die Reichstagsboten durch den Staatssekretär Dernburg und den Direktor Gerlich belehrt — erfolgte nach der Größe und der Farbe. Später werden die Steine wieder „gemengt“ und in Lose verteilt, so daß jedes Los ungefähr denselben Prozentsatz nach Größe wie Farbe wertvoller wie minderwertiger Steine enthält. Die Preise werden nach dem für die einzelnen Qualitätsorten aufgestellten Engrospreise berechnet und dann wird der Durchschnitt genommen. Steigen die Preise, so findet eine prozentuale Erhöhung aller Lose statt.

Wie groß der Wertunterschied der einzelnen Steine ist, zeigt sich darin, daß eine einzige Sendung in 20 bis 25 Kategorien geteilt wird. Während das Karat bei einem großen besten Stein mehrere Hundert Mark kostet, wird das Karat eines minder wertvollen und kleineren Steines, wie sie z. B. zu Glasdiananten verwendet werden, mit 12 M. und auch noch niedriger bezahlt. Von den geschliffenen Diamanten kostet das Karat über die Hälfte mehr als bei ungeschliffenen, weil ja durch das Schleifen fast die Hälfte des Gewichts verloren geht. Einige den Abgeordneten präsentierte große geschliffene Diamanten von 2 1/2 Karat sollen das Stück 2400 M. kosten.

Der Abfah ist, so wurde den Abgeordneten mitgeteilt, zu Anfang sehr schwierig gewesen, weil das Londoner und Amsterdamer Syndikat unannehmliche Bedingungen stellte. Jetzt ist aber eine große Firma aus dem Syndikat ausgetreten, außerdem denken viele kleinere und kleine Firmen ihren Bedarf in Berlin, so daß die Nachfrage zur Zeit größer ist als das Angebot. Die deutsche Produktion beträgt etwa den zwanzigsten Teil der Weltproduktion. Schleifereien haben wir in Deutschland nur einige kleine in Hanau, die aber zum größten Teil für die Herstellung von Glasdiananten arbeiten. Nach dieser den Mitgliedern der Budgetkommission zuteil gewordene Belehrung würde also die Kolonialverwaltung für Südwestafrika mit den Diamantenfunden ein Geschäft machen, denn der Gewinn soll ja im Interesse der genannten Kolonie verwendet werden. . .

Aus der Partei.

Erfolge des Schnapsbottchs.

Daß der Beschluß des Leipziger Parteitagess Beachtung findet, zeigt sich sehr augenfällig im Giechener Gewerkschaftshause. Während im Monat Dezember 1908 noch 22 Liter Branntwein aller Art (Kognak, Rum usw. inbegriffen) verbraucht wurden, reichten für den Monat Dezember des letzten Jahres ganze acht Liter!

Möge das Beispiel der Giechener Arbeiterschaft recht viel Nachfolge finden.

Der Sozialdemokratische Wahlverein Karlsruhe

Schloß sich in seiner Vereinsversammlung mit Mehrheit der Auffassung an, die die Pforzheimer Parteigenossenschaft unlängst über die außerordentliche Landeskongress zu Offenburger einstimmig gegen die Zulässigkeit ihrer Tagesordnung und Kompetenz kundgegeben hat. Genosse Rechtsanwalt Karum legte Verwahrung ein gegen das vom badischen Landesvorstand gemählte Verfahren zur Umgehung des Parteitags. Von anderen Genossen wurde von Diktatur gesprochen, wenn man über die Köpfe der Parteigenossenschaft hinweg Beschlüsse faßt. Die Genossen Eugen Ged und Abg. Billi verteidigten den Landesvorstand; ersterer erklärt, daß dieser Weg der Beschlussfassung auch früher in außerordentlichen Fällen beschritten wurde. Die vom Karlsruher Verein gefaßten Beschlüsse lauten:

I.

Die heutige Versammlung verlangt, daß der nächste ordentliche Parteitag im Februar stattfindet. Diesem Parteitags sind alsdann die Beschlüsse der Offenburger Konferenz zur Beschlussfassung vorzulegen.

II.

Die in der heutigen Vereinsversammlung erschienenen Genossen sprechen dem Genossen Trinius (ParteiSekretär) hinsichtlich seiner Tätigkeit, sowohl was Fleiß und Energie, als auch was Fähigkeit anbelangt, ihr uneingeschränktes Vertrauen aus. Sie wünschen, daß nicht nur das mittelbadische Parteisekretariat erhalten bleibt, sondern auch, daß Genosse Trinius die Stellung des Parteisekretärs behält.

III.

Die Versammlung beauftragt den Vorstand des 10. badischen Reichstagswahlkreises, der in Kürze einzuberufenden Kreis-Konferenz die Einführung des 10-Pfennig-Wochenbeitrages vorzuschlagen.

Von der schweizerischen Parteipresse. In Winterthur ist die seit sechs Jahren erscheinende „Arbeiter-Zeitung“ aus Privatbesitz in den Besitz der Arbeiterschaft übergegangen, die zu diesem Zwecke eine besondere Vereinigung gründete. Diese muß für die Abtretung des Blattes den beiden Privatbesitzern 20 000 Fr. bezahlen.

Jugendbewegung.

Die Polizei auf dem Kriegsspfade gegen die Jugendbewegung.

Die großen Taten der Berliner politischen Polizei haben anscheinend auch befruchtend auf die Staatsfänger der Vororte gewirkt. Am Sonnabend früh um 7 1/2 Uhr wurde an fünf Stellen in Richtenberg, Kummelsburg und Wiedorf zu gleicher Zeit gehaust. Die Wohnungen der Genossen Kahler und Düwells wurden von 10 Beamten „gesüht“. Die Bemühungen, Material, das zur Politischerklärung von Jugendorganisationen dienen könnte, zu erlangen, war natürlich ergebnislos. Der wichtigste Fund war eine Einladung zu einer Vergnügungs-Kommissionsitzung, auf deren Tagesordnung u. a. auch der Punkt „Wahlen“ stand. Wahlen? Im Zeichen des Wahlrechtskampfes ist die Angst der Polizei schon vor dem bloßen Wort Wahlen begrifflich. Düwells und Kahler haben übrigens sofort Beschwerde wegen der durchaus ungehörigen und gefehltwidrigen Hausdurchsuchung erhoben. Düwells hatte vor sechs Wochen die Aufforderung erhalten, die Vorstandsmitglieder und Statuten des Vereins der Forderung von Wahlen, der nicht mehr besteht, der Polizei bekannt zu geben. Nach Ablauf der Wartefrist teilte Düwells der Polizei mit, daß er mal Vorsitzender des Vereins gewesen sei und müsse er sich daher schon aus diesem Grunde verjagen, der freundlichen Aufforderung zu entsprechen. Was geschieht? Die Polizei haust! Da ist ja kein Mensch vor solchen Verhaftungen sicher. Kahler beschwerte sich darüber, daß das Material eines Vereins, der erst am letzten Sonntag gegründet worden ist, gegen den irrenden polizeilichen Maßnahmen, Politischerklärung oder dergleichen, noch gar nicht vorliegen können, beschlagnahmt worden ist.

Wenn die Polizei es sich zur Aufgabe gemacht hätte, nachzuweisen, daß freie Jugendorganisationen erizingsberechtiget sind und die zur Lebensfähigkeit notwendige Durchschlagskraft haben, sie könnte ihren Befähigungsnachweis nicht besser erbringen, als durch ihre jetzigen Heldentaten. Die Jugendorganisationen werden sicherlich den Nachweis erbringen, daß sie von der Polizei nicht unterschätzt werden. Die rauhe Luft polizeilicher — Aufmerksamkeit beweist nur, der Jugendlichen können und wollen im Kampfe gegen feindliche Gewalten zu stehen.

Ein Erfolg „staatsbürgerlichen Unterrichts“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ vom 15. Januar berichtet über ein Vorkommnis bei dem staatsbürgerlichen Unterricht in einer Bezirksschule in Leipzig. Der Direktor habe in aller Form eine Landtagswahl veranstaltet und vier Kandidaten aufstellen lassen. Es kam zur Stichwahl und gewählt wurde von den Schülern ein — Sozialdemokrat. Die „Deutsche Tageszeitung“ jammert, dieses „merkwürdige“ Vorkommnis sei ein Beweis dafür, wie solch staatsbürgerlicher Unterricht nicht erlernt werden müsse. Ihr Schmerz ist allerdings begrifflich. Wenn der Lehrer ein Pädagoge nach dem Herzen der Tageszeitung sein sollte, hätte er doch mindestens durch genügenden Druck, nach dem Beispiel der Junker und Behörden, ein Wahlergebnis herbeiführen müssen, das vor den Augen der Agrarier Gnade findet.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Jülich-Köln-Südwestfalen-Sommersfeld (Kreisverein Berlin). Dienstag, 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Generalsammlung bei Schöner, Köpenickerstr. 47.

Neubische Kranen- und Sterbefälle Nr. 5, gegr. 1705. Heute: Zahl- und Kuponzahlung 2-7 Uhr, nachdem Generalsammlung bei Schöner, Köpenickerstr. 47.

Wieder Schönhausen. Eine Versammlung der freien Jugendorganisation findet heute nachmittags 4 1/2 Uhr bei Radetz, Kaiser-Waldstr. 10, statt. Vortrag des Herrn Redakteur John über „Ghana 1110“. Die Arbeiterschaft wird gebeten, ihre schulentlassenen Kinder auf diese Versammlung aufmerksam zu machen, welche dieselbe selbst zu besuchen.

Schöneberg. Heute Sonntag, nachm. 5 Uhr, findet im „Wilhelmshof“, Ebersstr. 80, eine Jugendversammlung statt. Vortrag des Gen. G. Bernstein über: „Friedrich von Schiller“ und Realisation.

Witterungsübersicht vom 15. Januar 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur in C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur in C
Strombe	758.8	3 bedekt	5	3.0	Spatandba	740.0	2 bedekt	—	—7
Darmburg	760.0	4 bedekt	5	3.0	Petersburg	753.0	2 bedekt	—	—3
Berlin	760.0	2 bedekt	6	3.0	Stettin	769.0	4 bedekt	—	—8
Frankfurt	760.0	4 wolfig	6	3.0	Berden	759.0	3 heiter	—	—4
München	760.0	6 Regen	3	3.0	Paris	771.0	2 bedekt	—	—9
Wien	760.0	5 bedekt	4	3.0					

Wetterprognose für Sonntag, den 16. Januar 1910. Zunächst zeitweilige aufhellung, später wieder lebhaft südwestliche Winde, zunehmende Erwärmung, Trübung und Niederschläge. Berliner Wetterbureau.



A. WERTHEIM

G. m. b. H.



LEIPZIGER STR.

ROSENTHALER STRASSE

Versand-Abteilung Berlin W. 66.

ORANIEN-STRASSE

Extra-Preise nur für Montag und Dienstag Porzellan

Weisses Porzellan

Speiseteller <small>gerippte Form</small> tief	15 Pf.
Speiseteller flach	12 Pf.
Dessertteller	9 Pf.
Kompotteller	6 Pf.
Bratenschüsseln oval	22 Pf. bis 1.25
Bratenschüsseln rund	65, 85 Pf.
Kompottieren	15 bis 85 Pf.
Kartoffelnäpfe rund	55 Pf. bis 1.00
Kartoffelnäpfe eckig	1.25 bis 1.60
Terrinen	1.15 bis 2.35
Saucieren	53 Pf. bis 1.00
Kaffeekannen	40 Pf.
Teekannen	38 Pf.
Milchtöpfe	15 Pf.
Zuckerdosen	15 Pf.
Tassen	13, 16 Pf.

Tassen <small>Golddekoration, mod. niedrige Form</small>	18 Pf.
Tassen <small>mit feiner farbiger Dekoration</small>	28 Pf.

Tafel-u. Kaffeegeschirr Rotband

<small>mit Goldverzierung</small>	
Speiseteller tief od. flach	35 Pf.
Dessertteller	30 Pf.
Kompotteller	25 Pf.
Bratenplatten oval	55 Pf. bis 3 Mk.
Bratenplatten rund	1.40
Saucieren	85 Pf., 1.20, 1.50
Beilageschalen	50 Pf.
Kompottieren	48 Pf. bis 1.60
Kartoffelnäpfe	2.25, 2.70
Salzgefäße	35 Pf.
Senfgefäße	1.00
Terrinen	3.60, 4.40
Kaffeekannen	75 Pf. bis 2.00
Milchtöpfe	25 bis 80 Pf.
Teekannen	1.85
Zuckerdosen	95 Pf., 1.25
Tassen	38, 45 Pf.

<small>Hieraus zusammengestellt:</small>		
30 teil.	60 teil.	78 teil.
Tafelservice	20.00	35.00 50.00

Marke „Rosenthal“ Tafel-u. Kaffeegeschirr „Rosea“

<small>zartes Rosenmuster.</small>	
Speiseteller tief oder flach	55 Pf.
Dessertteller	32, Kompotteller 23 Pf.
Bratenschüsseln	1.30 bis 4.75
Bratenschüsseln rund	2 Mk.
Beilageschalen	95 Pf.
Butterdosen	1.50, Eierbecher 23 Pf.
Kartoffelnäpfe	3.05
Kompottieren	95 Pf., 1.35
Senfgefäße	95 Pf., Salzgefäße 53 Pf.
Terrinen	4.35, 5.65 Saucieren 1.85
Kaffeekannen	1.65 bis 2.75
Milchtöpfe	50, 68, 80 Pf.
Kuchenteller	1.35, 1.65
Teekannen	1.75, 2.05, 2.15
Kaffee- od. Teetassen	35, 55 Pf.
Zuckerdosen	1.05, 1.20

<small>Hieraus zusammengestellt:</small>		
30 teil.	60 teil.	80 teil.
Tafelservice	21.50 43 Mk.	62 Mk.
Kaffeesservice	6 Mk.	10.80

Tafel- und Frühstücksgeschirr „Juliane“

<small>mit blasser Randdekor.</small>	
Speiseteller tief oder flach	30 Pf.
Dessertteller	25 Pf.
Kompotteller	18 Pf.
Bratenschüsseln oval	1 Mk. bis 3.45
Bratenschüsseln rund	1.35
Beilageschüsseln	60 Pf.
Saucieren	1.20
Salzgefäße	30 Pf.
Senfgefäße	60 Pf.
Kompottieren	90 Pf., 1.10
Kartoffelnäpfe	2.85
Terrinen	3 Mk., 4 Mk.
Eierbecher	15 Pf.
Butterdosen	85 Pf.
Tassen	30 Pf.

Kaffeesservices	
für 6 Personen	4.50, für 12 Personen 7.50
Tafelservices	
20 teilig	16 Mk.
60 teilig	31 Mk.
78 teilig	45 Mk.

Kaffeesservice

für 2 Personen	1.40, 6 Personen 2.10, 3.75
moderne glatte Form, schöne neue Dekore	für 6 Pers. 4.15, 4.75
für 12 Personen	5.75 bis 8.90

Frühstück-Service „Regina“

für 12 Personen, 48 teilig	13.80	
für 6 Personen, 27 teilig	8.20	
<small>bestehend aus:</small>		
1 Kaffeekanne	12 Tassen	12 Eierbecher
1 Teekanne	2 Dessertteller	2 Kompottieren
1 Topf	2 Kuchenteller	2 Beilageschalen
1 Zuckerdose	1 Butterdose	1 Menage

Ein grosser Posten feiner Thüringer Porzellan-Figuren und Nippes zur Hälfte der früher. Preise

Glaswaren

<small>Neu eingeführt: „Presskristall Krone“</small>	
Salatschalen rund	10 bis 48 Pf.
Salatschalen geschweift	13 bis 65 Pf.
Kuchenteller	50, 60 Pf.
Kompotteller	10 Pf.
Butterglocken	35 Pf.
Eisschalen	16 Pf.
Tafelaufsätze	1.30
Rahmservice	60 Pf.
Bierkrüge	80 Pf.
Käseglocken	43 Pf.
Fruchtschalen	1.15
Zuckerschalen	18, 22 Pf.
Blumenvasen eckig	23, 42 Pf.
Butterdosen gepresst	22 Pf.
Käseglocken gepresst	35 Pf.
Kompotteller gepresst	4 Pf.
Wassergläser gepresst	5, 7 Pf.
Bierbecher	5, 6 Pf.
Bierbecher mit Goldrand	7, 10 Pf.
Bowlkannen geschliffen	48 Pf.
Bowlkannen geschliffen	72 Pf.
Wasserflaschen geschliffen	38, 48 Pf.
Sturzflaschen mit Becher, glatt	18 Pf.

Trinkgarnitur „Pola“ <small>mit Goldrand.</small>	
Rotweingläser	28 Pf.
Rheinweingläser	28 Pf.
Madeiragläser	25 Pf.
Likörgläser	23 Pf.
Bowlengläser	33 Pf.
Champagnerkelche	33 Pf.
Sektchalen	40 Pf.
Bierbecher	25 Pf.
Selsterbecher	23 Pf.
Kristall-Trinkgarnitur „Sapho“ <small>mit graviertem Kelch.</small>	
Rotweingläser	38 Pf.
Rheinweingläser	38 Pf.
Madeiragläser	35 Pf.
Likörgläser	33 Pf.
Bowlengläser	45 Pf.
Sektkelche	38 Pf.
Selsterbecher	26 Pf.
Wasserbecher	32 Pf.
Bierbecher	35 Pf.
Sturzflaschen mit Becher geschliffen	38, 48 Pf.
Käseglocken geschliffen	45 Pf.
Weinrömer	16 bis 50 Pf.

Steingut

Englisches Bauernmuster	
Tafel- und Frühstücksgeschirr „Booth“	
Speiseteller tief oder flach	38 Pf.
Dessertteller	33 Pf.
Kompotteller	28 Pf.
Terrinen	4.75, 5.75
Saucieren	1.95
Bratenplatten oval	75 Pf. bis 3.10
Bratenplatten rund	1.65
Kartoffelnäpfe	3.10
Dessertplatten <small>rund u. eckig</small>	1.65, oval 2.10
Beilageschalen	75 Pf.
Kaffeekannen	1.65, 1.90
Teekannen	1.45, 1.65
Milchtöpfe	35 Pf. bis 1.25
Tassen	38 Pf.
Kuchenteller	45 Pf.
Zuckerdosen	1.65
<small>Hieraus zusammengestellt:</small>	
für 6 Pers.	für 12 Pers.
Tafelservice	22.00 41.00 54.00
für 6 Pers.	12 Pers.
Kaffeegeschirr	6.50 11 Mk.

Blaues Zwiebelmuster	
Speiseteller tief oder flach	9 Pf.
Dessertteller	8, Kompotteller 7 Pf.
Bratenschüsseln oval	20 bis 90 Pf.
Kartoffelnäpfe	70, 90 Pf.
Saucieren	65, 90 Pf.
Milchtöpfe	22 bis 70 Pf.
Satz Kompottieren <small>6 Stück</small>	95 Pf., 1.35
Kaffeebecher	8, 9, 10 Pf.
Tassen	13 Pf.
Vorratstonnen	32 Pf.
Gewürztonnen	13 Pf.
Mesten für Salz und Mehl	65 Pf.
Flaschen für Essig oder Öl	32 Pf.
Toiletten-Eimer <small>Robrbügel</small>	
weiss	2.25, 2.50, m. Goldrand 3.00
Waschschüsseln 1.35	
Wasserkrüge bunt 1.35	
Waschgarnitur 95 Pf. <small>4 teilig</small>	
mit Gold oder mod. Randdekor. 5 teilig	
3.40, 3.75, 4.75, 6.75	

Ein Posten Kristall-Bowlkelche 22 Pf.

Ein Posten Kristall-Bierkelche 22 Pf.

Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung: Sonnabend, den 15. Januar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben, v. Arnim, Zusekom, Weseler, Sydow, v. Rolitte, v. Troitz u. Solz, v. Breitenbach.

Zunächst ehrt das Haus das Andenken der verstorbenen Abgeordneten Schmidt-Eberfeld (fr. Sp.) und König-Guben (natl.) in der üblichen Weise.

Abdann werden als Präsident Abg. v. Ardenner (L.), als 1. Vizepräsident Dr. Porzsch (Z.) und als 2. Vizepräsident Dr. Krause (natl.) durch Jurauf wieder gewählt. Ebenso werden die bisherigen Schriftführer wiedergewählt.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen beginnt die erste Lesung des Etats.

Auf Vorschlag des Abg. Kirch (Z.) beschließt das Haus, daß die Materien der bevorstehenden Zentrumsinterpellationen über die Nationalen Vorgänge und den Besonderen nachweis im Ausschuss der Reichsberatung nicht behandelt werden sollen.

Abg. v. Pappenheim (L.) spricht die Erwartung aus, daß der Ministerpräsident bald einen Stellvertreter ernennen werde, da er jedenfalls neben seiner Tätigkeit als Reichstanzler für die Erledigung der besonderen preussischen Angelegenheiten nicht immer die nötige Zeit werde finden können. Die Stellung unserer Partei einer

Wahlrechtsänderung

gegenüber ist früher von uns klar gekennzeichnet. Wir haben diesen Forderungen nichts hinzuzufügen und an ihnen nichts einzuschränken. Die Erfahrungen des letzten Jahres haben uns wesentlich in unserer Stellung bekräftigt. Wir warten ab, wie die Vorlage der Regierung ausfallen wird und werden danach unsere Stellung einnehmen. Auf die Finanzen in Preußen hat die Reichsfinanzreform wesentlich eingewirkt. Ich kann der preussischen Regierung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie für die Verbreitung des richtigen Verständnisses der Reichsfinanzreform recht wenig getan hat. (Lebhafte Zustimmung rechts. Gelächter links.) Angesichts der Finanzlage wird vor allem auf eine vorsichtigeren Wirtschaft in den großen Betriebsverwaltungen das Augenmerk zu richten sein. Sie beweist zugleich, daß wir bei den Beamtenbesoldungen bis an die Grenze des Möglichen gegangen sind. Hoffentlich wird das Verständnis dafür auch in den Beamtenkreisen selbst sich immer mehr ausbreiten. Die Frage der Schiffahrtsabgaben muß jetzt endlich zur Entscheidung kommen. (Sehr richtig! rechts.) Gegenüber einer Bemerkung des Herrn Finanzministers möchte ich zum Schluß feststellen, daß der von ihm angegebene Weg der Bewilligung neuer Steuern zur Deckung des Defizits für uns ganz ungangbar ist. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben:

Ich bin in meiner Etatsrede auf die Frage der Reichsfinanzreform an sich nicht eingegangen und werde es auch heute nicht tun. Ich glaube, das ist der beste Weg, um neue Bedürfnisse zu vermeiden. Daß die Reichsfinanzreform bedauerlicherweise von einzelnen Kreisen zum Gegenstand einer Verheerung gemacht worden ist, ist richtig, und ebenso trifft es zu, daß dem Publikum zum Teil Preisauflagen zugemutet worden sind, die über das Drei- bis Zehnfache der Zoll- und Steuererhöhungen hinausgehen. Der Vorwurf aber, daß die preussische Regierung nicht genügend Klarstellung veranlaßt habe, dürfte nicht berechtigt sein. Es handelt sich nicht um ein preussisches Gesetz, sondern um eine reine Aktion des Reiches, und seitens des Reichsfinanzamts sind tatsächlich wiederholt gehelmte Darstellungen darüber erschienen, wieweit die Preissteigerungen über das Maß der Höhe und Steuern hinausgegangen sind. Im übrigen meine ich, daß wir jetzt nicht rückwärts, sondern vorwärts schauen sollten, wenn der Zweck der Reichsfinanzreform wirklich erreicht werden soll.

Minister v. Breitenbach: Mit Herrn v. Pappenheim bin ich der Meinung, daß es in hohem Maße erwünscht ist, die Frage der Schiffahrtsabgaben endlich zum Abschluß zu bringen. Der Bundesrat wird sich jedenfalls in nicht allzu ferner Zeit darüber schlüssig werden. Partikularistisch-fiskalische Tendenzen können der

preussischen Vorlage nicht vorgeworfen werden. Um einem solchen Vorwurf aus dem Wege zu gehen, schlägt sie ja die Bildung von großen Zweckverbänden vor. Die Berechtigt der Standpunkt der preussischen Regierung ist, beweist wohl auch die Tatsache, daß ein großer Teil der Handelskammern, darunter vor allem auch die Handelskammer in Hamburg, sich mit ihrem Entwurf einverstanden erklärt hat. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. v. Jagzewski (Polen): Dem neuen Herrn Ministerpräsidenten können wir Polen noch seiner bisherigen Tätigkeit leider wenig Vertrauen entgegenbringen. In der Zurücksetzung der Polen unter dem neuen Vereinsgesetz ist bedauerlicherweise eine Änderung nicht eingetreten. Ganze Provinzen sind ausgeschlossen von der Bestimmung des Vereinsgesetzes, die den Gebrauch der polnischen Sprache in Versammlungen zuläßt. Dem neuen Kultusminister gegenüber müssen wir erneut unsere Forderung betonen, daß der Religionsunterricht in der Volksschule an polnische Kinder in ihrer Muttersprache erteilt werden muß. Dadurch wird die Förderung der deutschen Sprache nicht beeinträchtigt. Wenn die Volksschulen mehr besetzt sein würden, für das Leben zu lehren, würde ihr Nutzen ein größerer sein. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Was die Finanzreform anlangt, so wundere ich mich, daß eine so starke Partei wie die konservative so ängstlich nach der Regierung schreit. (Sehr gut! links.) Nach unserer Meinung war die Finanzreform in sozialpolitischer Beziehung die unglücklichste, die man sich denken konnte. (Lebhafte Zustimmung links.) Dies der Bevölkerung klar zu machen und ihr zu sagen, daß eine wirklich sozialpolitische Finanzreform durch das Bündnis der Konservativen und des Zentrums verhindert worden ist, war unsere Pflicht. (Sehr richtig! links.) Von einer Verheerung auf unserer Seite kann dabei keine Rede sein. Aber auch ich stimme mit dem Herrn Finanzminister darin überein, daß es besser ist, nunmehr das Vergangene ruhen zu lassen. Mit den Schiffahrtsabgaben haben wir uns feinerzeit abgefunden, um überhaupt eine Verbesserung der Wasserstraßen durchzusetzen. Wenn sie eingeführt werden, so ist für uns die Vorbedingung, daß die Einnahmen aus diesen Abgaben wieder verwendet werden zur Verbesserung der Wasserstraßen. Ueberrascht hat mich etwas der scharfe Ton, den der Herr Finanzminister in dieser Frage anschlug; er war wohl veranlaßt durch die badische Denkschrift. Wenn die Mißstimmung zwischen Baden und Preußen durch unseren Befanden wieder beseitigt ist, so freue ich mich dabei vor allem auch darüber, daß der Befandte doch auch einmal etwas zu tun gehabt hat. (Heiterkeit.) Den warmen Worten, die der Herr Finanzminister wieder für die Landwirtschaft gefunden hat, stimme ich zu. Wenn er Herrn Bredt in dieser Beziehung zitiert hat, so wünschte ich, daß er auch mit der weiteren Förderung des Herrn Bredt einverstanden ist auf Zurückweisung der demagogischen Behauptungen des Bundes der Landwirte. (Sehr gut! links.) Notwendig wäre eine Einschränkung des Aufsichtsbereichs über die Selbstverwaltungsbehörden. Die rechtliche Stellung der mittleren Staatsbeamten, der Kommunalbeamten müßte einer Revision unterzogen werden. (Sehr richtig! links.) Diese Beamten müssen größere politische Bewegungsfreiheit haben. Den neuen Herrn Ministerpräsidenten werden wir nach seinen Taten beurteilen. Gegenüber seiner Rede im Reichstag müssen wir feststellen, daß wir tatsächlich in Preußen nicht eine objektive Regierung, sondern

ein konservatives Parteiregiment

haben. (Lebhaftes Bravo! links.) Das kommt auch bei der Ernennung der höheren Verwaltungsbeamten zum Ausdruck. Das sollten auch die Konservativen selbst nicht billigen. Hat doch Herr v. Heubrand im Reichstag selbst erklärt, er halte es für selbstverständlich, daß auch andere bürgerliche Parteien an der Verwaltung beteiligt werden. (Hört! hört! links.)

Bemüht haben wir eine Auskunft über das Schicksal unseres Beschlusses, betreffend die Freifahrtarten für Abgeordnete. Das ist keine ganz würdige Behandlung des Hauses. (Sehr richtig! links.) Es macht einen geradezu peinlichen Eindruck, wenn wir Abgeordnete immer wieder auf diese Frage zurückkommen müssen. (Sehr richtig! links.) Aus unserer Initiative heraus ist der Antrag gekommen, die Gehälter der Herren Staatssekretäre zu erhöhen. Um so mehr können wir erwarten, daß die Regierung sich endlich einmal entschließt, uns auf unseren Wunsch wenigstens eine Antwort zu geben, dessen Erfüllung für viele von uns von einer recht erheblichen Erleichterung wäre. (Lebhafte Zustimmung

links.) Was die allgemeine politische Lage anlangt, so werden wir mit den Parteien, die uns von rechts und links am nächsten berühren, gern zusammenarbeiten. Unnatürliche Koalitionen verschmähen wir; von einem Großblod ist keine Rede. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Minister v. Nolffe: Die Kommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform ist in voller Tätigkeit, und ich kam mit Dank aussprechen, daß ein reiches Maß von Anregungen aus ihrer Mitte an mich herangefloren ist. Fertig ist der Ausschuss, der sich mit Vereinfachung des Geschäftswesens beschäftigt hat. Zu Geschäfts-vorlagen wird es auf dem Gebiete der Verwaltungsreform vielleicht in dieser Session noch nicht kommen. Herr Friedberg hat gesagt, es wäre auffallend, daß alle neu ernannten höheren Verwaltungsbeamten früher Mitglieder der konservativen Partei gewesen wären. Ich muß den darin liegenden Vorwurf ablehnen. Wenn eine Befähigung eintritt, richten wir uns nicht danach, ob der Betreffende ein Parlamentarier oder sogar ein Konservativer ist, sondern es entscheidet lediglich die Tüchtigkeit und Fähigkeit des betreffenden Mannes. (Schallendes Gelächter links.)

Abg. Gerold (Z.): Wie legen auf die Verteidigung der Finanzreform durch die Regierung keinen Wert. Wir sind selbst in der Lage, die Mochmächtigkeit dessen, was wir zuhande gebracht haben, vor der Öffentlichkeit zu verteidigen. (Bravo! im Zentrum.) Die Ungleichheit im Lande mit der Steuerreform ist nur dadurch zu erklären, daß die Majorität, die im Reichstag die Verantwortung für die Reformierung der Finanzen übernommen hat, eine so kleine war. Das beweist, wie groß der Fehler des Fürsten Kälow war, daß er von vornherein die Steuerreform nur mit einem Teil der positiven Parteien zustande bringen wollte. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Nationalliberalen haben lediglich aus parteipolitischen Gründen gegen die Finanzreform gekämpft. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum, große Unruhe bei den Nationalliberalen.) Die Agitation der Nationalliberalen im Lande gegen die neuen Steuern hat sich in nichts von der der Sozialdemokratie unterschieden. (Sehr wahr! im Zentrum.) So hat diese „nationale“ Partei in einer der wichtigsten Nationalfragen völlig versagt. (Rufen bei den Nationalliberalen.) Herr Friedberg sagt, wir hätten die Steuern abgewälzt auf die Untermittelten. Und doch waren die Nationalliberalen bereit, diese neuen Lasten in noch höherem Maße den Untermittelten aufzuerlegen! (Hört! hört! im Zentrum. Jurauf links: Erbschaftsteuer!) Gegen die Erbschaftsteuer ist gerade aus Ihren Reihen schärfste Opposition erhoben. Noch vor der entscheidenden Abstimmung waren in Ihrer Fraktion 37 Stimmen gegen die Erbschaftsteuer, 37 dafür, und infolge des scharfen Fraktionszwanges sind dann drei Ihrer hervorragendsten Mitglieder aus der Partei ausgeschieden. Sie waren nur gegen die beschlossenen Besteuerungen, weil von ihnen die Kreise betroffen wurden, die Sie in erster Linie vertreteten. (Wiederprüd bei den Nationalliberalen.) Das hat einer Ihrer besten Freunde, der dann ausgeschlossen wurde, öffentlich ausgesprochen, als er von der „Aufsichtsratspolitik“ in Ihren Reihen sprach. (Hört! hört! im Zentrum.)

Herr Friedberg sagte: Wir bleiben treu unserer Tradition. Wenn man nur wüßte, welches diese Tradition ist! (Große Heiterkeit im Zentrum.) Herr Friedberg erklärte ferner: In den großen Blod gehen wir nicht hinein. Aber wie war es denn in Baden, in Hessen? (Jurauf links: Bayern!) In Bayern ist das Zentrum nur zur Erreichung eines ganz bestimmten Zweckes mit den Sozialdemokraten zusammengegangen. 1907 hat ein hervorragender Führer der Sozialdemokratie dem Zentrum allerdings ein Kompromiß angeboten, und wenn das akzeptiert worden wäre, dann wäre die Blockmehrheit nicht in den Reichstag eingegangen. Aber damals hat das Zentrum erklärt: Mit der Sozialdemokratie gehen wir nicht in die Wahlen. (Hört! hört! im Zentrum.) An eine Bewilligung neuer Steuern denken wir in absehbarer Zeit nicht, ebenso wie das Reich mit den jetzt bewilligten Mitteln auskommen muß.

Was die bevorstehende

Wahlreform

betrifft, so treten wir unter allen Umständen für das geheime Wahlrecht ein (Bravo! im Zentrum), nicht nur für die Landtagswahlen, sondern auch für die Kommunalwahlen! Gerade die Verhältnisse in Ostpreußen haben gezeigt, wie notwendig das geheime Wahlrecht auch in den Kommunen ist. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Auf dem Gebiete der Volksschule wollen wir den Einfluss der Kirche auf die Schule. Wir halten fest an der geistlichen

Kleines feuilleton.

Eine Wilhelm Holzamer-Gedächtnisfeier. 1907, am 28. August, starb Wilhelm Holzamer, der auch unser Mitarbeiter gewesen, nach kurzer Krankheit im Alter von 36 Jahren. Viel zu früh erlitten der Tod seiner Hand die Feder, der die Welt feinfühnige lyrische Poesien sowie gehaltvolle Romane und Romane verdankte. Sein „Peter Koller, die Geschichte eines Schmieders“ und einige kleinere Erzählungen sind ja in der „Neuen Welt“ erschienen. In seinem Nachlaß fand sich dann noch ein Roman: „Der Entgelte“, ein Werk voll tiefer Persönlichkeitsoffenbarung. Längst ist Holzamer von uns geschieden. Sein bestes Werk: seine Werke ließ er zu grunde. Aber weil er auch ein Proletarier bis zum Ende geblieben war, so hinterließ er seinen so plötzlich verwaisten Kindern nichts als die aus seinen erzählenden Schöpfungen etwa zu erwartenden Erträge. Da war es denn eine edelmütige Tat, daß verschiedene Freunde des Verstorbenen einen Fonds zum Besten seiner Kinder gründeten. Um diesem Fonds neue Mittel anzuführen, wurde Sonnabend nachmittag eine würdige Gedenkfeier in den Kammerspielen veranstaltet.

Julius Hart hielt einen warm empfundenen Vortrag über Holzamers Leben und Schaffen. Daran schlossen sich Vorträge von Holzamers Geschichten, aus welchen die Komponisten gefunden haben, durch Lily Durieux, Wald Friedrichs-Härtiges und Hjalmur A. Berg. Es war eine gar seltsame Dichteredung. Nur einige Dugend Zuhörer hatten sich eingefunden, um ihr Scherlein beizutragen. Aber aus den Regionen der oberen Jehnaufer, die sonst doch immer mit ihrem Wohlwollensstimm zu prunken pflegen, wenn es gilt, den Reichum ihrer Toilettens zu offenbaren, hatte säuerlich einer den Weg nach der Schumannstraße genommen.

Karl Hoeder f. Der Münchener Maler, das Gründungsmitglied der Sezession, Professor Paul Hoeder, ist im 56. Lebensjahre im Münchener Kranfensause gestorben. Hoeder war hauptsächlich Figurenmaler und einer der ersten Freilichtmaler, die unter der starken Einwirkung neuzarngischer Kunst schufen. Große Ehrlichkeit im Beobachten und Schildern der Natur zeichnet seine Bilder aus, von denen das bekannteste die „Könne im Laubgang“ war, deren bide weiße Lichter auf Wäden, Bank und Gewand der Könne vorbildlich werden sollten. Die Neue Pinakothek enthält von Hoeders Hand ein „Holländisches Bauernmädchen“ und eine „Madonna“. Der Künstler war ein geborener Lehrer der Malerei, und zahlreich sind seine Schüler. Fast alle Mitglieder der Gruppe „Scholle“, wie Ruy, Georgi, Eichler, Büttner, Wehler, Münzer sind Hoeder-Schüler, ebenso Reznitzel, Angelo Paul, Rudolf Niffel und Wilhelm Schulz. Hoeder, ein geborener Schlesiener aus Oberlangenan, übernahm 1891 ein staatliches Lehramt. 1900 legte er seine Professur an der Münchener Kunstakademie nieder und lebte abwechselnd in Italien und seiner schlesischen Heimat.

Was die englische Wahl kostet. 23 337 160 M. hat das englische Volk bei der Wahl im Jahre 1906 für den Wahlmechanismus aufgebracht. In dieser Wahl, so führt M. P. Holt in einem englischen Blatte aus, sind alle Kosten vom Druck der Wahlzettel bis zu der

lechten Briefmarke inbegriffen. Aber diese Kosten sind bei aller Genauigkeit der Berechnung noch nicht alles, was im Wahlkampf ausgegeben wird, denn sie umfassen nur die Zahl der beiden großen sich bekämpfenden Parteien. Dazu treten die Aufwendungen, die die zahlreichen Industrie- und Handelsorganisationen auf eigene Hand machen und die die Summe von 20 000 000 M. überschreiten sollen. Der Kandidat, der in den Wahlkampf tritt, darf vor persönlichen Geldopfern nicht zurückschrecken, wemgleich er selbst Ausgaben nicht machen darf. Von dem Tage an, da er die Kandidatur annimmt, steht er gewissermaßen unter der finanziellen Oberhoheit seines Wahlagenten, der alles weitere besorgt. Er eröffnet bei einer Bank ein Konto und teilt dem Agenten alle Vollmacht. Der Wahlkommissar verlangt von jedem Kandidaten eine Garantie für dessen Beteiligung an den offiziellen Wahlkosten, und wer diese Garantie nicht leistet, wird ohne weiteres ausgeschlossen. Die Oberhoheit des Wahlagenten erstreckt sich während der Wahlzeit selbst auf die persönlichen Ausgaben des Kandidaten. Die Summe, die für die Propaganda ausgegeben werden darf, richtet sich nach der Zahl der Wähler. Für 20 000 Wähler dürfen zum Beispiel in einer Stadtgemeinde 18 200 M. und in einer Landgemeinde 35 500 M. ausgegeben werden. 1906 wurden bei den Wahlen offiziell ausgegeben: durch die Agenten 2 926 740 M., für Unteragenten und Woten 2 505 000 M., für Drucksachen, Porto, Telegramme und Anzeigen 3 255 520 M., für öffentliche Versammlungen 600 000 M., persönliche Ausgaben der Agenten 1 260 000 M. usw.; an den Wahlkommissar wurden 4 158 740 M. abgeführt. Insgesamt wurden 5 645 104 Stimmen abgegeben, so daß jede Stimme auf rund 4 M. 10 Pf. zu stehen kam. Die Arbeiterpartei hat indes in vielen Fällen die Wähler mit einem Propagandaaufwand von rund 1 M. pro Kopf zur Wahlurne führen können.

Theater.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Die Großstadtluft ist ein echter Blumenhaub; aber aus besseren Jahren. Aherhand Humor und wichtige Laune, vermischt mit kleinen satirischen Widerhalten, dabei verblüffende Situationskomik bis zum Schluß; das alles gibt einen Blumenstrauß, der wohl noch einige Zeit seine Frischeit bewahren wird. Es ist reichlich gefordert, daß sich die Zuschauer vor Lachen aus ihrer Haut schütteln, wenn nämlich gut gespielt wird. Nun, dies Lob verdient das ganze hier mitwirkende Künstlerensemble; weshalb Namen zu nennen überflüssig ist. Man darf der wieder erwachten Regsamkeit fröhlichen Fortgang wünschen.

Humor und Satire.

Nach Schluß der Versammlung. Es kam aus dem Versammlungstokal — Aha! schon verblüffend! — Ein Mann, der benachteiligt völlig neutral. — Das behaltet ihn mächtig! — Er ging ganz ruhig des Weges dahin — Das bekommt ihm schwerlich! — Nach dem Abendessen stand ihm der Sinn. — Höchst staatsgefährlich! —

Da kommt ein Schuttmann und atolliert ihn — Nicht-Staune, noch kurz man! — Und schreit und pakt ihn und arretiert ihn. — So schäht ihn der Schuttmann! — Doch konnte ich Jengen der Wöfewicht pocken, — Betreffs seiner Reinsheit — Denn wurde der Unschuld'ge freigesprochen. — So eine Gemeinheit! —

Rum aber, o Defer, spühe die Dären: — Mein Herzlein, es blüht! — Berlin heißt die Stadt, in der dies passoren. — Das hat niemand vernunnet! — Und doch ist es Wahrheit, was Ihr vernommen, — Die Tränkin, sie stehen — Ein preussischer Schuttmann hat Unrecht bekommen! — Es geht abwärts mit Preußen! — (Karikatur in der „Jugend“.)

Notizen.

Im Institut für Meeressunde spricht Dienstag, den 18. Kapitän zur See a. D. R. Wittmer über: „Striegsschiffbesuchungen, ihre Ergänzung und Ausbildung“, Mittwoch, den 19. Dr. Benke unter Vorführung von Demonstrationen und Lichtbildern über: „Stachelhäuter und Würmer“. Einladungen zu 25 Pf. in der Geschäftsstelle des Instituts.

Leistikow in Berlin. Um der Berliner Bevölkerung Gelegenheit zu geben, Walter Leistikow, den Meister der märkischen Malerei, kennen und lieben zu lernen, hatte sich nach dem Tode des Künstlers ein Komitee gebildet mit dem Plan, einige besonders wertvolle Werke aus Leistikows Nachlaß zu erwerben und sie der Stadt Berlin zum Geschenk anzubieten. Das Komitee erhielt von einigen Berliner Kunstfreunden die Mittel, um zwei besonders schöne Gemälde „An der Lößleh“ und „Gerhabe bei Sonnenbeleuchtung“ und eine Gouache erwerben zu können. Die Bilder wurden der Stadt als Geschenk überreicht und vom Magistrat dankend angenommen. Sie werden im Märkischen Museum der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Künstliche Ruinen. Die badische Regierung hat eine Denkschrift über den Otto-Deinrichsbau des Heidelberger Schlosses aufarbeiten lassen, in dem sie neue Vorschläge zur Erhaltung macht. Der Zustand der Ruine — nach berühmten preussischen Mustern — ist dank dem Druck der Öffentlichkeit im badischen Landtage bekannlich vermindert worden. Jetzt schlägt die Regierung vor, die losen Teile der Mauern abzutragen, die schlechten Steine zu ersetzen und das ganze neu aufzubauen und mit Gipskonstruktionen zu schützen. — Auch dieser Renovierungsvorschlag, dessen Notwendigkeit von Fachleuten bestritten wird, ist mit gehöriger Skepsis aufzunehmen.

Schulaufsicht, die allein diesen Einfluß verbürgt. (Sehr richtig im Zentrum.) Auch die Kreisfachinspektoren müssen durch Weisliche ersetzt werden. (Hört! hört! links.) Stelle man doch Weisliche im Hauptamt als Kreisfachinspektoren an! (Gelächter links.) Auch geistliche Direktoren an den Lehrerseminaren sind notwendig, denn alle Schulaufsicht ist vergeblich, wenn wir nicht Lehrer haben, die von dem christlichen Geist ihrer speziellen Konfession voll und ganz durchdrungen sind. (Waboo! im Zentrum.) Warum stellt man nicht, wie das früher die Regel war, auch als Regierungsschulräte Weisliche an? (Waboo! im Zentrum. Hört! hört! links.) Wir müssen den positiven Glauben stärken, denn die Umsturzbestrebungen wachsen nicht nur von der Sozialdemokratie aus, sondern auch von oben. Wie war es bei dem Ferkerrummel, wo Künstler, Dichter, Professoren mit wahrer Begeisterung für einen Anarchisten in die Schanze traten! (Hört! hört! im Zentrum. Gelächter links.) Möge die Regierung sich erinnern, daß ein Volk, das an Gott und die Ewigkeit glaubt, die festeste Stütze der Staatsordnung ist. Wenn auch das Zentrum stets für die Rechte der Katholiken gekämpft hat, so ist es deshalb doch keine konfessionelle Partei. (Lachen links.) Wir haben auch Protestanten in unserer Mitte. Auch unsere Schulpolitik hat sich glänzend bewährt, wir haben eine neue gesamte Kulturerziehung zu verzeichnen. Nur an einem Hebel krankt unser Vaterland: an der Kluft zwischen den Konfessionen, die der evangelische Bund vor allem zu erweitern trachtet. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß auch auf diesem Gebiete eine Verständigung möglich ist. Eine Verständigung kann aber nur erfolgen auf dem Boden der freien Entwicklung. (Lebhaftes Waboo! im Zentrum.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Montag 11 Uhr. (Abg. Friedberg (natl.) stellt in persönlicher Bemerkung fest, daß das angebl. Wort von der „Auffichtsreform“ der Rationalisten“ bei der Finanzreform nicht gefallen sei.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Die Frau im Klassenkampf.

Neber vorstehendes Thema sprach am Freitag in einer überaus stark besuchten Versammlung in Stellers Festsaal Genossin Therese Schlegel-Eckstein aus Wien. Die Rednerin führte aus:

Ich komme aus einem Lande, das besonders ausgezeichnet ist durch niedrige Löhne und hohe Lebensmittelpreise, und in welchem die organisierte Arbeiterschaft einen unendlich schweren Kampf gegen Junker- und Pfaffenherrschaft zu führen hat. Sie haben eben die Segnungen einer sogenannten „Finanzreform“ erhalten, wir stehen unmittelbar davor, und in beiden Fällen gilt es, den arbeitenden Schichten erhöhte Lasten aufzubürden, um Militarismus und Marinismus ins Herlose zu steigern. Wir haben die Wahlpolitik, die in ganz Europa betrieben wird, im abgelaufenen Jahre besonders hart zu fühlen bekommen, als wir von den Schrecken des Kriegsdramas heimgesucht wurden und unsere Söhne unter Gefahren und Beschwerden des Lagerlebens in den Donauländern kampieren mußten, trotzdem es schließlich nicht zum Krieg kam. Da hieß es, wir Oesterreicher seien ja so friedliche Leute, aber das kleine Serbien fordere uns in so frecher Weise heraus, daß wir es uns nicht dürften gefallen lassen. In Wahrheit aber besteht der größte Teil des Serbenvolkes aus schwerbedrückten armen Teufeln, die gewiß viel dringender nach Brot als nach Blut verlangen. Sie hoffen das mächtige Oesterreich, aber mit gutem Recht, denn die österreichische Junkersippe erwürgt die kleinen Völker an der Donau, um sie zu hindern, daß sie ihre landwirtschaftlichen Produkte billig an das österreichische Proletariat verkaufen und so die kolossalen Profite der Großgrundbesitzer verringern.

Auch Sie haben ihre liebe Mühe, die Geister des Proletariats und besonders der Frauen von dem „rud durch die kirchliche Autorität zu befreien, aber unsere Arbeit ist da eine noch unendlich mühevollere. Wenn es uns wirklich gelingt, erfolgreich an den Verstand zu appellieren, immer raubt uns der sinnendebedelnde Mystizismus der Messe und des Weichheits einer Teil unserer neu gewonnenen Anhänger und besonders der Anhängerinnen wieder.

Dazu kommt bei uns Oesterreichern noch die Schwierigkeit der nationalen Verschiedenheiten. Unser Proletariat bildet für sich eine Internationale, und unsere Partei läßt es sich angelegen sein, die internationale Verbrüderung auch innerhalb der österreichischen Staatsgrenzen auf das Sorgfältigste zu pflegen. Leider aber müssen wir gestehen, daß die Erkenntnis von der Unüberwindlichkeit des Proletariats, wenn es geeinigt ist, und seiner Schwäche, wenn es sich in feindliche Gruppen spaltet, bei den Herrschenden auf noch viel verwegeneres Verstandnis getroffen hat, als bei der Arbeiterschaft. Noch sind breite Massen unserer verschiedensprachigen Arbeiterschaft der nationalen Verheerung nicht unzugänglich, und die Wortführer bürgerlicher Parteien sorgen dafür, daß der chauvinistische Prudenzhaß wachgehalten werde.

Aber trotzdem geht es auch bei uns rüstig vorwärts. So hat auch die proletarische Frauenbewegung, die auch bei uns nur ein Teil der sozialdemokratischen Bewegung ist, in den letzten Jahren gute Fortschritte gemacht. Die Erkenntnis, daß alles, was im politischen Leben vorgeht, die Arbeiterfrau genau so nahe berührt als den Mann, dringt in immer breitere Massen, und der Kampf gegen die spezielle Entredung der Frau ist auch bei uns zur ersten und dringenden Parteifrage geworden.

Wie könnte es auch anders sein? Die Lebensbedingungen, welche die Arbeiterschaft heute am unmittelbarsten berühren, werden ja von der Frau noch schwerer empfunden als vom Manne. Sie wird als Lohnarbeiterin viel härter ausgebeutet als der Mann, und als Mutter muß sie es doppelt hart empfinden, daß die Steuergebler, die vorzugsweise aus den Töchtern der arbeitenden Klassen gepreßt werden, zum größten Teil dazu dienen müssen, dem Reichbedürfnis der Herrschenden zu genügen, während es auf allen Gebieten an Einrichtungen fehlt, die das Los der Arbeitenden erträglich gestalten würden.

Zu allen Zeiten hat das politische Leben und die Gesetzgebung auf das Los der Frau gerade so gut eingewirkt wie auf das des Mannes, aber als die große Mehrzahl der Frauen sich noch innerhalb ihrer vier Wände beschäftigte und nur der Mann zu erwerben brauchte, da fehlte den Frauen der direkte Zusammenhang mit dem öffentlichen Leben. Sie sahen, was außerhalb des Hauses vorging, mit den Augen des Mannes und heiden mußte es natürlich erscheinen, daß der Mann die Interessen der Frau nach außen hin vertrat. Die grohndustrielle Entwicklung aber hat dieses Verhältnis vollständig umgewandelt. Unsere Gesetzgebung jedoch hat von jener Umwälzung bisher so gut wie keine Notiz genommen und versagt der Frau noch immer alle politischen Rechte. Der ausgeklärte Arbeiter aber weiß heute sehr wohl, daß die soziale Bedrückung und politische Entredung der Frau ein unerträgliches Schwerkrieg für den Aufstieg seiner ganzen Klasse bedeutet.

Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen behaupten über den Parteien zu stehen. Es geht ihnen dabei wie dem Fuchs, der die Trauben futter findet, die ihm zu hoch hängen. Sie stehen über den Parteien, weil sie in den bürgerlichen Parteien nicht als gleichberechtigte Mitglieder Aufnahme finden und ihren Forderungen dort nicht Rechnung getragen wird. Die bürgerliche Frauenbewegung hat den politischen und wirtschaftlichen Aufstieg des Bürgertums als ein schwacher Nachschuß begleitet, und so wie das Bürgertum, nachdem es seine Expansionskämpfe mit Hilfe des Proletariats geschlagen hatte, den Arbeiter unbarmherzig unter seine Herrschaft beglie, so wußte es auch nichts von Freiheit und Gleichheit den Frauen der eigenen Klasse gegenüber, und der in der Ideennwelt des Kleinbürgertums gefangene Angestellte bekämpft noch heute auf der einen Seite die Frauenarbeit, die ihm in den Kammern, Bureaus und Kaufhäusern Konkurrenz macht und möchte die Kollegin an den Kochtopf weisen, während es ihm höchst erwünscht ist, wenn die Schwester oder die Tochter und sehr oft auch die Gattin durch eigenen Erwerb zu den Kosten des Haushaltes beiträgt. Das ist nur einer der vielen Widersprüche, aus denen es für das Kleinbürgertum keinen Ausweg gibt.

Auch die Arbeiter leiden unter der Konkurrenz der billigen weiblichen Arbeitskraft, aber sie wissen, daß die Frauenarbeit nicht

mehr aus der Produktion auszuschneiden ist, sondern alle Kraft eingesetzt werden muß, um ihren Preis zu erhöhen. Die Arbeitskraft der Frau ist ja nur darum so billig zu haben, weil der Unternehmer sich noch nicht gezwungen sieht, für die vollen Kosten ihrer Wiederherstellung aufzukommen. Selbst der schwache unorganisierte, noch so widerstandsunfähige Arbeiter muß unbedingt so viel Lohn erhalten, daß er damit sein Leben fristen kann. Die Frauenarbeit aber muß nicht von ihrem Ausbeuter voll erhalten werden. Jumeist trägt dieser nur einen Teil jener Kosten, während ein anderer Teil vom Vater oder Gatten der Arbeiterin bestritten wird. Das bedeutet aber, daß die Arbeiterin, um leben zu können, nicht nur Lohnslavin sein, sondern auch noch ihre häusliche Mühe- und Sorgeverwaltung sowie ihr Weibstum und ihre Mütterlichkeit für ihr karges Brot hingeben muß. Und die dreifache Ausbeutung trägt ihr nur zu oft dreifache Erniedrigung ein. Solange aber das Kapital über so ganz wehrlose Ausbeutungsobjekte verfügt, kann es dem Widerstand der stärkeren Arbeiterelemente um so hartnäckiger begegnen. Diesen Zusammenhang sehr früh erkannt zu haben, ist eines der herrlichsten Verdienste unserer Vorkämpfer, und in dem Maße, als die Erkenntnis von der Wichtigkeit der Frauenbewegung nicht nur in die Köpfe, sondern auch in die Lebensgewohnheiten des Proletariats eindringt, erfährt es auch die Bedeutung der eigentlichen Frauenfrage, die eine Arbeiterfrage und eine Menschheitsfrage von höchster Bedeutung ist und lautet: Wie kann die Frau zugleich wirtschaftliche Selbständigkeit und bürgerliche Gleichberechtigung erlangen und doch sorgsame Mutter und Erzieherin sein?

Diese Frage greift gleich vielen anderen, an deren Lösung wir schon heute eifrig arbeiten müssen, doch zugleich hinaus über die heutige Gesellschaftsordnung.

Die Arbeiterfrau soll heute Amme, Pflegerin, Lehrerin und Erzieherin, dabei Köchin, Schenkerfrau, Wäscherin und Erhalterin ihrer Kinder sein. In Wahrheit aber kann sie nichts von alledem ganz und ordentlich sein. Am wenigsten Erzieherin, denn sie ist selbst nicht erzogen worden und weiß nicht was Erziehung ist. Wenn es trotzdem im Proletariat so viele wackere, im besten Sinne wohl-erzogene Menschen gibt, so liegt die Erklärung darin, daß das Beispiel einer der allerwichtigsten Erziehungsfaktoren ist und das Beispiel aufopfernder Pflichttreue und hingebender Liebe geben tausende Proletarierinnen ihren Kindern. Aber in einer komplizierteren und in raschem Umschwung begriffenen Welt, wie es die unsere ist, genügt die Erziehung durch das Beispiel nicht mehr. Wir können nicht so leben und handeln, wie wir unsere braven Mütter und Großmütter haben leben und handeln sehen. Grenz-überläufer Arbeiter darf und nicht mehr als Tugend gelten, denn durch ihn schädigen wir die minder Leistungsfähigen in unseren Reihen. Anpruchslosigkeit, wie sie bisher den Proletarierinnen eigen war, haben wir als kulturwidrig kennen gelernt und die Demut des Proletarierweibes muß zum unbefangenen Stolz und Kampfesmut der sozialdemokratischen Kämpferin werden. Neue Tugenden müssen wir üben und unsere Kinder zu neuen Idealen erziehen und dazu bedarf es des Einflusses in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge, die wir uns nur in unseren Organisationen erwerben können. Wir sind entschlossen diese Entwicklung zu beschleunigen. Werden die Herrschenden vernünftig genug sein, die Unberücksichtigung des Umschwungs einzusehen, so wird der Frieden erhalten bleiben, wenn sie unsere Bestrebungen aber Gewalt entgegensetzen, so werden sie uns gerätet finden. Wir wollen die unsäglichen Opfer, welche die Arbeiterbewegung erfordert hat und noch erfordert, nicht umsonst gebracht haben, sondern sind entschlossen, nicht zu ruhen und zu rasten, bis wir für uns und unsere Kinder ein besseres Los erlangt haben. — Dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat folgte noch eine anregende Diskussion, in der besonders auf die heutigen Wahlrechtsveränderungen hingewiesen wurde.

Soziales.

„Arbeiterfürsorge“ am Kanalbau.

Für die Erweiterungsbauten am Nord-Ostsee-Kanal — offiziell Kaiser-Wilhelm-Kanal genannt — sind vom kaiserlichen Kanalamt besondere Grundzüge für die Beschaffung der Arbeiter und die für sie zu treffenden Wohlfahrts- einrichtungen aufgestellt worden. Die Vorschriften über die Beschaffung von Arbeitern nehmen zwar sehr weitgehende Rücksicht darauf, daß durch den Kanalbau den Unternehmern, besonders den landwirtschaftlichen, keine Arbeiter entzogen werden sollen. Immerhin befindet sich in den vom Kanalamt herausgegebenen Grundzügen folgender Satz: „Allerdings ist daran festzuhalten, was seitens der Verwaltung im Reichstage — Sittingsbericht der 1. Session der 12. Legislaturperiode, Seite 1314 — versprochen worden ist: „alle Bemühungen ersichtlich anzuwenden, in erster Reihe und vorzugsweise deutsche Arbeiter bei den Erweiterungsbauten des Kaiser-Wilhelm-Kanals zu beschäftigen“, und es ist daher diese Forderung an die Spitze der Grundzüge über die Arbeiterbeschaffung gestellt.“ Wie sieht es nun mit der Beachtung dieser Grundzüge aus? In der Gegend der Kanalämndung bei Holtzenau hat die Firma Bachmann-Berlin — Bestzerin von 14 Sekundärbahnen — Arbeiten auszuführen. Sie beschäftigt bisher 6 Schachtmeister und 150 Arbeiter für einen Stundenlohn von 38 und 40 Pf. Vor einigen Tagen kamen zwei polnische Schachtmeister mit circa 100 ausländischen Arbeitern an, — und die 6 Schachtmeister und 150 Arbeiter, die meisten verheiratet und in Kiel ansässig, wurden sofort entlassen. Die beiden polnischen Schachtmeister haben sich verpflichtet, auf Wunsch tausend und mehr Arbeiter für einen Stundenlohn von 30 und 32 Pf. zu befragen. Nach den Grundzügen für Arbeiterbeschaffung ist es den Unternehmern, die Arbeiten am Kanal ausführen, verboten, Arbeiter durch Aufrufe usw. heranzuloden, die Beschaffung der Arbeiter soll vielmehr möglichst durch die Arbeitsnachweise geschehen. Aus dem letzten Bericht der öffentlichen Arbeitsnachweisestelle in Kiel ist aber zu ersehen, daß Arbeiter für den Kanalbau nicht verlangt wurden.

Diese Tatsachen sind noch deshalb besonders interessant, weil erst kürzlich bei einer Anregung unserer Genossen in einer Sitzung der Kieler Stadtverordnetenversammlung, auf Notstandsarbeiten Bedacht zu nehmen, der Stadtverordneten- vorsteher erklärte, derartiger Arbeiten bedürfe es nicht, weil alle Arbeitslosen in Kiel am Kanalbau Beschäftigung finden könnten. Weil unser Genosse Adler darauf erwiderte, daß Kieler Arbeiter von der Beschäftigung am Kanal ausgeschlossen seien — das war ein Irrtum, nach den Grundzügen sollen nur minderjährige Arbeiter aus Schleswig-Holstein nicht eingestellt werden —, hielt es der Vorsteher noch für besonders nötig, darüber beim Präsidenten des Kanalamts Erkundigungen einzuziehen und die Antwort einer späteren Stadtverordnetenversammlung mitzuteilen. Sie lautete, daß andere Beschränkungen als die obengenannte nicht bestehen. Was nützen aber alle Grundzüge, wenn sie in der Praxis nicht befolgt werden!

Im § 9, Absatz 5, des Arbeitsbuches heißt es: Auf der Baustelle hat der Unternehmer auf seine eigenen Kosten ausreichenden Schutz gegen die Unbilden der Witterung während der Unterfuntsräume herzustellen, die mit Vorrichtungen zum Stochen und Aufwärmen von Speisen und Getränken versehen sein müssen. Bei obiger Firma müssen die Arbeiter ihr Essen im Freien einnehmen und auch bei Regenwetter draußen verzeihen und aufbewahren. Den Baracken-

bewohnern wird das Mittagessen von den Baracken zur Arbeitsstelle gefahren, wo es meist kalt ankommt. Es ist kaum anzunehmen, daß es bei den anderen Firmen viel besser aussieht. Dabei befinden sich die Arbeiten am Kanal erst im Anfangsstadium, wie wird das erst werden, wenn Tausende von Arbeitern am Kanal beschäftigt werden! Der Reichsregierung stände es an, nicht nur Versprechungen zu machen und schöne Grundzüge aufzustellen, sondern sich auch um deren Einhaltung zu kümmern. Vielleicht äußert sich das Reichsamt des Innern im Reichstag darüber, weshalb es außer- stande ist, feierlich gegebene Versprechungen zu halten.

Zur Rechtslosigkeit ausländischer Arbeiter in Preußen.

Seit dem 4. Dezember vorigen Jahres sitzen im Polizeigefängnis in Neustadt in Holstein drei polnische Arbeiter. Sie waren mit noch mehreren anderen polnischen Arbeitern in Neustadt mehrere Monate für eine neumünsterische Firma mit der Hofsegeung beschäftigt. Anfang November wurde die Firma von der Polizei aufgelöst, die Arbeiter zu entlassen, weil polnische Arbeiter nach einer Verfügung der preussischen Regierung nur als landwirtschaftliche Arbeiter und nur bis zum November beschäftigt werden dürfen. Die Arbeiter wurden darauf entlassen, aber sofort von dem Hofsegeher Schanz auf Marienhof eingestellt, der sie dann noch am gleichen Tage wieder an die Neumünsterische Firma als landwirtschaftliche Arbeiter verließ. Die Polizei kam bald darauf, und die Folge war, daß die Arbeiter abermals entlassen wurden. Außerdem erhielten sie die polizeiliche Aufforderung, die Stadt zu verlassen. Die Arbeiter konnten der Aufforderung nicht nachkommen, da ihnen das nötige Reisegeld und die erforderliche Legitimation fehlten. Nun wurden sie ins Polizeigefängnis gesteckt, um gelegentlich mit einem Transport abgehoben zu werden.

Gerichts-Zeitung.

(Siehe auch 5. Beilage.)

Der Kampf der Tapetenfabrikanten gegen das Tapetenkartell.

Im Jahre 1908 schlossen sich einige größere Tapetenfabriken zu einem Kartell zusammen unter der Firma Tapeten-Industrie-Aktiengesellschaft, welche gewöhnlich mit der kurzen Benennung „Tiag“ bezeichnet wird. Das Bestreben der Tiag ging dahin, alle ihr passend erscheinenden Tapetenfabriken sich anzugliedern, um so den Markt zu beherrschen und die außerhalb des Kartells stehenden Fabrikanten niederzuzufunkieren, falls sie es nicht vorgezogen, dem Kartell unter den vorgeschriebenen Grundätzen beizutreten. Um die Kartellpläne der Tiag zu vereiteln, gründete sich der Verein deutscher Tapetenfabrikanten, der scharf gegen die Tiag Stellung nahm und seine Mitglieder verpflichtete, nicht einzeln mit der Tiag in Verbindung zu treten, sondern nur als Verein mit ihr zu verhandeln. Als ein äußerst scharfer Gegner der Tiag und ihrer Pläne gab sich der Vorsitzende des Vereins deutscher Tapetenfabrikanten, der nationalliberale sächsische Landtagsabgeordnete Langhammer in Chemnitz. Ueber die Rolle, welche Herr Langhammer in dem Kampfe des von ihm vertretenen Vereins gegen die Tiag gespielt haben soll, brachte die „Tapetenzeitung“ zwei Artikel aus der Feder des Tapetenfabrikanten Emil Diepmann. Die tatsächlichen Angaben der Artikel sind folgende:

Nachdem eine Vorstandssitzung des Vereins gegen die Tiag Stellung genommen und Langhammer sich ebenfalls gegen die Tiag erklärt hatte, sollte eine Generalversammlung abgehalten werden, die endgültige Beschlüsse in dieser Angelegenheit zu fassen hatte. Langhammer habe diese Versammlung jedoch abbestellt unter dem Vorbehalt, er müsse an dem betreffenden Tage an einer wichtigen Sitzung des sächsischen Landtags teilnehmen. Später habe sich herausgestellt, daß an diesem Tage gar keine Landtagsitzung abgehalten worden sei. Langhammer habe aber zu der Zeit, wo die Generalversammlung stattfinden sollte, seine Fabrik bereits an die Tiag verkauft gehabt. Seine Fabrik sei zu unrentabilmäßigem hohem Preise von der Tiag erworben worden. Dadurch sei Langhammer sozusagen als Agitator für die Pläne der Tiag gekauft worden, denn er habe nunmehr Reisen im Interesse der Tiag gemacht und verschiedene Fabrikanten zum Anschluß an die Tiag zu bewegen versucht. Trotzdem habe Langhammer den Vorsitz im Verein deutscher Tapetenfabrikanten beibehalten und ihn erst niedergelegt, nachdem er durch Diepmann unter Drohung mit gerichtlichen Vorgehen dazu veranlaßt worden sei. Ferner wird Herrn Langhammer vorgeworfen, er habe vier mit Namen bezeichnete Fabrikanten zum Uebertritt in die Tiag zu bewegen versucht, ihnen aber verschwiegen, daß er seine Fabrik bereits an die Tiag verkauft hatte.

Auf Grund dieser Artikel hat Langhammer gegen Diepmann die Verleumdungsklage erhoben. Gestern stand in der Sache beim Schöffengericht Charlottenburg Termin an. Nach längeren Verhandlungen über die Formalitäten des Verfahrens sprachte der durch Rechtsanwält Werthauer vertretene Kläger die Klage ein auf die Behauptung, Langhammer habe den Fabrikanten, die er für die Tiag gewinnen wollte, verschwiegen, daß er sein Geschäft bereits an die Tiag verkauft habe. Damit waren alle übrigen dem Kläger gemachten Vorwürfe aus der Erörterung ausgeschoben. Soviel ging jedoch aus den Verhandlungen hervor, daß Langhammer, während er noch Vorsitzender des die Tiag belämpfenden Vereins war, sein Geschäft an die Tiag verkauft und auch andere Fabrikanten zum Anschluß an die Tiag zu bewegen versucht hatte. Für die Behauptung, Langhammer habe bei den Verhandlungen mit den Fabrikanten verschwiegen, daß er selbst bereits zur Tiag übergetreten sei, waren vier Zeugen benannt worden, von denen aber drei schon in einem früheren Termin diese Behauptung als unzutreffend bezeichnet haben. Ein vierter Zeuge wollte aber nach Angabe des Anwalts des Beklagten, Rechtsanwält Dr. Jassa, diese Behauptung des Angeklagten bestätigen. Es kam aber nicht zur Vernehmung dieses und der anderen Zeugen. Denn die Parteien schlossen einen Vergleich, in dem der Angeklagte erklärt, daß er den Vorwurf zurücknehme, der Kläger sei nach Nordhausen, Bonn, Hildesheim und Bunnorsdorf gereist, um dort die Fabrikanten zum Anschluß an die Tiag zu überreden und habe dabei verschwiegen, daß er bereits seine Fabrik an die Tiag verkauft habe, und unter Verschweigung des Umstandes, daß er Vorsitzender des Vereins deutscher Tapetenfabrikanten sei, für die Interessen der Tiag gewirkt habe.

Der Anwalt des Beklagten erklärte ausdrücklich, daß alle anderen Angaben der Artikel durch diesen Vergleich nicht berührt werden.

Fahrlässigkeit im Gerüstbau.

Die Strafkammer in Meife verurteilte den Maurerpolier Friedler aus Friedland wegen fahrlässiger Körperverletzung zu zwei Wochen Gefängnis und einer Buße von tausend Mark an den Maurer Blasche. Der Polier hatte bei einem Kirchenbau ein Gerüst in solch nachlässigem Zustande aufstellen lassen, daß es bei der Benutzung zusammenbrach und Blasche unter den Trümmern begrub; Blasche wurde hervorgezogen, ist aber für immer erwerbsunfähig geworden.

Jedem Apparat werden 10 Stücke unberechnet beigegeben

Vor Anschaffung
eines Musikwerkes usw. fordere man per Postkarte auch unseren illustrierten Hauptkatalog gratis und frei. Gegen bequeme monatliche Teilzahlungen von

2 Mark

an liefern wir Musikwerke jeder Art, Automaten, Gramophone, alle Saiten- und Blas-Instrumente, Zithern aller Systeme, Harmonikas, photogr. Apparate, Operngläser, Feilstecher, Schußwaffen, Schreibmaschinen, Reibzeuge, Bücher, künstl. gerahmte Bilder etc.

Bial & Freund
Breslau 304 d

Jagdgewehre, Doppelflinten, Drillinge, Revolver, Browning, Scheibenschüsseln, Teeshings, Zimmerstutz n. Hirschfänger, Dekorativ-schalen etc.

Wir können aus voller Überzeugung behaupten, dass unsere

JOSETTI JUNO

CIGARETTEN

qualitativ von keiner anderen Marke übertroffen werden. Josetti-Juno-Cigaretten sind heute für den Händler die leicht verkäuflichste Marke, denn sie werden stets von Qualitäts-Rauchern bevorzugt.

Josetti-Juno-Cigaretten m. u. o. M. 10 Stk. 20 Pf.

Josetti Cigarettes · Josetti Cigarettes

Brauerei Germania
Aktien-Gesellschaft
BERLIN O. 112, Frankfurter Allee 53/55.

Ringfrei

In sämtlichen Ausschanklokalen nach wie vor

4/10 Ltr. Caramel-Bier 10 Pf.

Zur Beachtung.

In letzter Zeit sind mir aus Händler- und Konsumentenkreisen viele Klagen zugegangen, daß unter meinem Namen andere Fabrikate in den Handel gebracht werden. Ich erlaube mir daher, darauf aufmerksam zu machen, daß ich meine Tabake wie folgt fabriziere:

Nur echt in 10-Pfg.-Rollen
" " " **5-Pfg.-Stangen**
Twist nur echt mit Kopfbild.

Achten Sie bitte auf den Einlage-Zettel mit meiner Firma in jeder Rolle und in jedem Bunde Stangen. Ebenso muß jedes Bund Stangen eine Plombe mit Firma tragen, die 3-Pfund-Kisten sind mit Firma-Brand verschnürt und plombiert erhältlich. Weisen Sie daher Nachahmungen meiner Fabrikate zurück!

G. A. Hanewacker, Nordhausen.
Spezialität: Kautabak.

Pelzwaren

jeder Art vom einfachsten bis feinsten Genre direkt aus der Fabrik.

Einzelverkauf. Engrospreisen.

F. Kalman,
Kommandantenstraße 15, I. Rein Laden. Teleph. I. 3917.

Reinickendorf, Schweizer-Viertel, im neuen Zentrum, in nächster Nähe des Schillerparks und des Schillersees vorzüglich gelegene billige 3-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaufe, mit auch ohne Bad, Balkon usw. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Bromenade, Brieger Straße, Käth-Strasse, Holländer- und Thamer Straße

Die hierorts fallenden Schweinepreise ermöglichen es mir in Schweinefleisch (bestehend aus Schnauzen, Ohren, fleischigen Huten, Kopfstücken etc.) garantiert inländische, tierärztlich untersuchte Ware in Stücken von 30 Pfd. an p. Pfd. mit 30 Pf. zu offerieren. Postfrei enthaltend 9 Pfd. 8.- M. In Eisen (Dübeln), vollständig, pro Stund 55 Pf. Alles ab hier p. Nachnahme. Garantie. Rückgefallendes retour. 210/15

Alb. Carstens, Altona Nr. 410.

Zehn Ausnahme-Tage
Zehn 95-Pfennig-Tage.

Einmaliges, selten wiederkehrendes Angebot!
Nur vom 10.-19. Januar.

1 Paar echte Kamelhaar-Ohrschuhe mit Filz- u. Ledersohle für Kinder **95 Pf.**
1 Paar Damen-Filzschuhe, m. Filz- u. Ledersohle **95 Pf.**
2 Paar Orig. Pommersch. Kellpantoffel
1 Paar für Kinder } aus **95 Pf.**
1 Paar für Herren }
2 Paar Orig. Pommersch. Kellpantoffel
1 Paar für Kinder } aus **95 Pf.**
1 Paar für Damen }
1 Paar Ia Filz- od. Filz-Ohrschuhe, mit starker Ledersohle, warm gefüllt, f. Damen **95 Pf.**
1 Paar feinarbige Meltonpantoffel, mit Filz- u. Ledersohle, gepolstert, für Damen **95 Pf.**
4 Paar Jutepantoffel mit Filz- u. Ledersohle, warm gef. 1 Paar f. Kinder } aus **95 Pf.**
2 Paar f. Damen }
1 Paar f. Herren }
1 Paar Ia Filz- od. Filz-Ohrschuhe, mit Filz- und starker Ledersohle, Leder Spitze, bis Größe 30 **95 Pf.**
2 Paar Ia Corripantoffel, mit Filz- u. Linoleumsohle, warm gefüllt, 1 Paar für Kinder } aus **95 Pf.**
1 Paar für Damen }
1 Paar feinarbige Filz-Niedertreter m. Filz- u. Ledersohle, für Kinder bis Größe 35 **95 Pf.**
1 Paar Filzpantoffel, mit weißer Filzsohle und Absatzsteck, für Herren **95 Pf.**
1 Paar Filzpantoffel mit Filz- u. Leders., f. Dam. **95 Pf.**
2 Paar Filzpantoffel mit Filz- und Linoleums., 1 Paar für Kinder } aus **95 Pf.**
1 Paar für Damen }
1 Paar feinarb. Kinder-Schmürstiefel mit Filz- u. Ledersohle **95 Pf.**

Standard-Schuh und Stiefel.
Verkaufsstellen:
1. Schönhauser Allee 82, unmittelbar am Ringb. Schönh. Allee.
2. Burgstraße 29, unmittelbar am Bahnhof Börse. 180/19
3. Warschauer Str. 33, unmittelbar am Bahnhof Warschauer Str.
4. Tempelhof, Berliner Straße 40.

Anerkannt sehr leistungsfähig
ist die Weltfirma

Gebrüder Rauh, Gräfrath
bei SOLINGEN
Stahlwarenfabrik und Versandhaus I. Ranges.

Versand direkt an Private.
Alleinige Fabrikanten der berühmten Solinger Stahlwaren Marke „Brillant“

Nachstehend Taschenmesser versenden wir

30 Tage zur Probe!
Neu! **Gesetzlich geschützt.** Neu!
Vexier-Nicker-Taschenmesser „HEROLD“

Noch nie dagewesen!
Bei keiner Konkurrenz, in keinem Laden nur bei uns zu haben.

Nr. 1904 **Hochfein u. dauerhaft gearbeitetes Taschenmesser** mit zwei aus prima Stahl geschmiedeten Klingen und Korkzieher, echtes Hirschhornheft mit Nussiberbeschlägen unter Garantie

sum Preis von **nur 1.50 M. franko.**

Die große Klinge kann nur von Eingeweihten geöffnet werden, steht dann fest und kann auch nur von Eingeweihten wieder geschlossen werden.

Genauere Gebrauchsanweisung wird jedem Messer beigegeben.

Für nur 15 Pf. erhält jeder seinen eigenen Namen in hochfein verzierter Goldschrift in die Klinge graviert.

Versand unter Nachnahme oder gegen Vorauszahlung d. Betrages.

Garantieschein: Nichtgefallende Waren tauschen wir bereitwilligst um oder zahlen Betrag zurück.

BRILLANT

Eingetragene Fabrik Marke

Umsonst und portofrei ohne Kaufzwang versenden wir auf Wunsch an jedermann unseren großen **Pracht-Katalog**, welcher ca. 9000 Gegenstände aller Warengattungen in größter Auswahl enthält.

Warenlager im **1/2 Million Mark.**
Werte von ca.

Der Weltruf unserer Firma bürgt dafür, daß nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware zum Versand kommt.

Tausende Anerkennungs-schreiben loben die Güte und Qualität unserer Waren.

Bei Sammelaufträgen Extra-Vergünstigungen!

Vom Arbeiter zum Millionär

vom Handwerker, vom kleinen Beamten, vom Kaufmann, überhaupt von Jedem, der auf sein Neuhes hält, wird für billiges Geld wertvoll aussehende, tadellose Garderobe gesucht. Nur im Kaufhaus für Monatsgarderoben, Große Frankfurter Straße 93, erhalten Sie diese und können darin leicht

zum Millionär

werden. Wir verkaufen von Millionären, Doktoren, Reisenden sowie feinsten Kavaliere nur wenig getragene, in den ersten Wertstätten Deutschlands und des Auslandes, teils sogar auf Seide gearbeitete, an Stoff und Haltbarkeit unübertroffene

Serie I Serie II Serie III
Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M.
Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.

Gesellschaft-Anzüge werden billigst verliehen.

Kaufhaus für Monatsgarderoben
Große Frankfurter Straße 93.
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten. Streng reelles Geschäft. Keine Pitalen am Platz.
Abteilung II Neue Garderoben.

Kronleuchter-Fabrik.
Größte Auswahl.
Verkauf zu billigsten Fabrikpreis n. Private.
- Musterbuch - n. Außerhalb franko.
Auf Wunsch kulante Zahlungsbedingungen ohne Preisserhöhung.

Siegel & Co.,
Prinzenstraße 33.

Gardinenhaus
Bernhard Schwarz
(früher Wallstr. 29)
jetzt Wallstr. 13.
Gardinen, Vorhänge etc. Groß u. Detail.
Eigene Fabrik erste Bezugsquelle.

Teilzahlung
monatlich 10 M. Eleg. Herren-Garderobe nach Maß (billigste Weise).
J. Tomporowski, Prinzenstr. 110, 2. Etage.
Hohe Belleallianceplatz, Straße 10%, billiger.

Die „Mill-Opera“

Gegen Barzahlung mit 5% Rabatt.

Ist das anerkannt vielseitigste, vollkommenste Musikinstrument des Jahrhunderts, daher wird auch immer nur die Mill-Opera nachgebaut und nicht die anderen!
 Bezug nur durch die Firma **Otto Jacob sen., Berlin 505** Friedenstr. 9.
 Größtes Sprechmaschinen-Geschäft Deutschlands.

Gegen bequemste **Monats-Raten** ohne 1 Pfennig Aufschlag!

Vollständig kostenlos

gelangt der Käufer einer echten Mill-Opera in den Besitz eines reichhaltigen Repertoirs, da wir zu jedem gekauften Apparat je nach Größe 20 bis 40 verschiedene Konzertstücke und 200 Nadeln gratis liefern!



Für alle Apparate 2 Jahre schriftliche Garantie.

Mod. 20. M. 84.—. Eleganter Salon-Apparat, mahagonifarbig polierter Kasten mit Gold-Arabisken, Größe 35x35x17 cm. Alle Metallteile ff. vernickelt, farbig lackierter Tonarm und Blumenschalltrichter, 52 cm Schallöffnung. Mill-Opera-Konzert-Schalldose. Monatsrate M. 5.— 8 Doppelplatten à 3 M. = 16 neueste Stücke u. 200 Nadeln bei Lieferung gratis. Bei der 6. Rate noch einmal 8 Doppelpl. gratis.



Mod. 18a M. 70.—. Modernes hell poliertes Eichengehäuse mit Silberbeschlag, Größe 35x35x15 cm. Metallteile ff. vernickelt, Tonarm u. Blumenschalltrichter farbig lackiert, 50 cm Schallöffnung, Mill-Opera-Konzert-Schalldose. Monatsrate M. 6.— Zum Apparat werden 6 Doppelplatten à 3 M. = 12 neueste Stücke und 200 Nadeln gratis geliefert. Bei der 6. Rate noch einmal 6 Doppelplatten gratis.



Mod. 17. M. 59.—. Aparte Luxus-Ausstattung, mahagonifarbig polierter Kasten mit Goldarabesken, Größe 33x33x15 cm. Alle Metallteile ff. vernickelt. Farbig lackierter Blumenschalltrichter, 41 cm Schallöffnung. 1a Konzertschalldose. Mit Mill-Opera Konzertschalldose M. 8.— mehr. Monatsrate M. 6.— Zum Apparat werden 6 Doppelplatten à 3 M. = 12 neueste Stücke und 200 Nadeln gratis geliefert. Weitere 6 Doppelplatten bei der 6. Rate.



Mod. 11. M. 48.50. Mahagonifarbig poliertes Gehäuse, Größe 28x28x13 cm. Alle Teile ff. vernickelt. Farbig lack Blumenschalltrichter, 40 cm Schallöffnung, 1a Konzertschalldose. Mit Mill-Opera-Schalldose M. 8.— mehr. Monatsrate M. 3.— 8 Doppelplatten à 3 M. = 10 neueste Stücke und 200 Nadeln bei Lieferung gratis. Bei der 6. Rate noch einmal 8 Doppelplatten gratis.

Vertreter an allen Orten gesucht gegen hohe Provision auch für unsere Abteilung: Uhren und Goldwaren.

Bestell-Zettel im Couvert einmenden!

Hiermit bestelle ich bei der Firma **Otto Jacob senior, Berlin 505**

1 Mill-Opera Mod. M. ...
 inkl. den dazu gehörigen Schallplatten und 200 Nadeln

Die Begleichung erfolgt durch Zahlung von M. am 1. jeden Monats
 Beim Empfang zahle ich M. durch Nachnahme an. Die Ware bleibt Eigentum der Firma bis alles bezahlt ist. Nichtzahlung von zwei Monatsraten hebt die Vergünstigung der Teilzahlung auf. Erfüllungsort Berlin-Mitte, Als Anzahlung sind 10-20 pCt. der Gesamtsumme erwünscht.

Ort: Datum:

Vor- u. Zunamen: Stand:

Straße u. Hausnummer:

Interessante Kataloge über Konzert-Apparate und Schallplatten übersichtlich gratis und franko

Brauerei Karl Gregory

Aktiengesellschaft
 Berlin N., Hochstraße 21/24 Amt III 1008 und 3183.
 Lager- Pilsener- Münchener- **Biere**
 .. Ringfrei! ..

Warnung!

Trotz wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit Nachahmungen meiner **Kapitän-Kautabakes** im Umlauf.

Der **Kapitän-Kautabak** ist nur echt mit Zettelaufgabe und Etikette mit der Aufschrift:
Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak
 (ges. gesch. 75 658).

Meine werte Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kautabake ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzuweisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzutellen, damit ich dagegen einschreiten kann.

Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27, Grüner Weg 112. (VII. 3561.)



Wissen Sie
 weshalb ich so lustig bin?
 Es ist mir geglückt, die beste, nicht mehr zu übertrumpfende Einkaufsquelle für **Garderobe u. Möbel etc.**, nämlich das **Kaufhaus auf Kredit**
Für alle Welt
Schöneberg, Hauptstr. 19
 direkt am Kaiser Wilhelm-Platz, d. alt. Rathaus gegenüber, entdeckt zu haben.
 Kredit erhält dort ein Jeder zu d. günstigsten Zahlungsbedingung.
 Man werde unser Kunde und sammle die Annoncen Aufklärung später.

Rixdorf, Selehowerstr. 13,
 3 Zimmer und Küche, Preis ca. 500 M.
2 Läden,
 passend für jedes Geschäft, 336, 540 M.

Arbeiter!

raucht
Malinda-Zigarren
 in allen Preislagen.
40 Millionen
 sind in kurzer Zeit verkauft worden.

Der beste Beweis, daß „Malinda-Zigarren“ die besten sind und bleiben. In hunderten Zigarren-Geschäften in allen Stadtteilen Groß-Berlins zu haben.
 Vor Nachahmung wird gewarnt.

Generalvertreter:
 S. Rund, Berlin N., Oranienburger Str. 4, Amt III, 4212.

5

Pfg.



Obenan

steht unbestritten

Brühl's Kraftbrüh-Würfel

der eine vorzügliche Bouillon ergibt.

Ein Versuch wird das Gesagte bestätigen.

Allgem. Nahrungsmittelges. Brühl & Cie., Berlin SO. 16.

14 Tage Inventur-Ausverkauf

Herrn-Anzugstoffe statt 6,50 jetzt 3,00 M.
 Damenuhse 2,50 1,75

Koch & Seeland, Gesellschaft m. b. H.
 Spezial-Haus moderner Herren- und Damenstoffe
 Berlin C., Roßstraße 2. Sonntags geöffnet.

Wilmersdorf, Prager Straße 16, 1 und 2 Zimmer-Wohnungen

mit Zentralheizung etc. 380-480 M.
1 Laden mit Stube und Küche, sehr passend für Schneiderei inkl. Zentralheizung 1100 M.



Theater und Vergnügungen



(Siehe Wochen-Spielplan.)
Sonntag, den 16. Januar,
 nachmittags 3 Uhr:
Freie Volksbühne. Neues Schauspielhaus. 4. Abteilung a, b, c, d, e: Traumulus.
 Herrfeld-Theater. 8. Abteilung b, c, d: Vater und Sohn.
Montag, den 17. Januar, 8 Uhr:
 16. (III.) Abenddarstellung im Neuen Schauspielhaus: Die letzte Brief.
Neue Freie Volksbühne. 16. Jan., nachmittags 3/4 Uhr, im Deutschen Theater: Kabale und Liebe.
 Rammer-Spielhaus: Major Barbara.
 Nachm. 3 Uhr:
 Neuen Theater: Katermann.
 Neuen Operetten-Theater: Der Zigeunerbaron.
 Herrfeld-Theater: Revolutionshochzeit.
 Berliner Theater: Dr. Oberdahl.
 Schiller-Theater O.: Der Herr Ministerialdirektor.
 Schiller-Theater Charlottenburg: Macbeth.
 Friedr.-Wilhelmstädt. Schauspielhaus: Othello.
 Metropol-Theater: Lumpacivagabundus.
 Kleinen Theater: Nora.
 Abends 8 Uhr:
 Kgl. Hochschule für Musik: Brahms-Abend.
Lessing-Theater.
 3 Uhr: Nora. 8 Uhr: Das Konzert.
 Montag, 8 Uhr: Das Konzert.
 Dienstag, 8 Uhr: Antritt der Rarr.
Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr: Hohe Politik.
 Nachm. 3 Uhr: Doktor Eisenhart.
Neues Theater.
 Abends 8 Uhr:
Don Juans letztes Abenteuer.
 Morgen und folgende Tage:
Don Juan's letztes Abenteuer.
Volks-Oper.
 SW, Belle-Alliance-Strasse Nr. 7/8.
 Nachm. 3/4 Uhr bei bedeutend ermäßigten Preisen:
Zar und Zimmermann.
 Abends 8 Uhr:
Lucia v. Lammermoor
 (Gastspiel Bockmann.)
Theater des Westens.
 Nachm. 3/4 Uhr: Der fidele Bauer.
 Abends 8 Uhr:
Die geschiedene Frau.
Neues Operetten-Theater.
 Schiffbauerdamm 25, a. d. Quakenstr.
 Nachm. 3 Uhr: Der Zigeunerbaron.
 Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Residenz-Theater
 Direktion: Richard Alexander.
 Abends 8 Uhr:
Im Taubenschlag.
 Morgen und folgende Tage:
 Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, den 16. Januar, nachm. 3 Uhr:
Schlafwagenkontrolleur.
Luisen-Theater.
 Nachmittags 3 Uhr:
Sich mich frei.
 Schauspiel in 5 Akten nach einer Erzählung von Courth's Napier von Ernst Ritterfeldt.
 Abends 8 Uhr:
Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
 Großes Lusthaltungsstück in 14 Bild. von G. Emery u. Jules Verne.
 Montag: Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
 Sonntag, 16. Januar, nachm. 3 Uhr:
Othello.
 Abends 8 Uhr:
Die Großstadtluft.
 Montag 8 Uhr: Im bunten Rock.
Lustspielhaus.
 Nachmittags 3 Uhr:
 Man soll keine Briefe schreiben.
 Abends 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.
Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Buridans Esel.
Reichshallen-Theater.
StettinerSänger
 Der Nachtwächter von Ferdinandsen.
 Studentenbild v. F. Moysel
 Anfang: 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 Abends 8 Uhr:
Im Firnenglanz des Ober-Engadin.
 Montag 8 Uhr:
Im Firnenglanz des Ober-Engadin.

Passage-Panoptikum.
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
 Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
 Ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
 Heute finden Zwei Vorstellungen statt. Nachmittags 3-7 Uhr kleine Preise. Abends 8 Uhr.

Macapa Rossi
Schneider Duncker
Mile. Farfalla
 und das sensationelle Januar-Programm.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.).
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
 Der Herr Ministerialdirektor.
 Lustspiel in 5 Aufzügen v. Alexandre Bisson und Fabrice Carré.
 Ende 5 1/2 Uhr.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Heineidbauer.
 Volksstück in 3 Akten von Ludwig Angenberger.
 Ende 11 Uhr.
 Montag, abends 8 Uhr:
Der Heineidbauer.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Die erste Geige.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Macbeth.
 Trauerspiel in fünf Aufzügen von William Shakespeare.
 Ende 5 1/2 Uhr.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Schwur der Treue.
 Lustspiel in 3 Akten v. D. Blumenthal.
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Montag, abends 8 Uhr:
Viel Lärm um nichts.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Gespenster.

Castan's Panopticum
 Friedrichstr. 165, Paschorrpal.
D-Vorstellung x Bockbierfest
 12 Uhr: Großes Matinee-Konzert der Original-Narrkapelle „Stümper“.
 Heute Sonntag 2 Vorstellungen.
Heitere Künstler-Abende x Großer Humoristen-Wettstreit.
 Märchen x Indische Witwenverbrennung.

Brauerei Friedrichshain am Königstor.
 Größte Sehenswürdigkeit Berlins.
 Heute Sonntag: „Auf der Alm“.
 Größter Bod-Tubel und Trudel.
Schorsch Ehrengaber
 Der berühmte Festschwarz mit seiner Truppe (60 Mitwirkende) aus München. Künftige des lehrbaren Aufsichtes „Jeppelein IV“. Schönste Original-Decorations. Liebermannsungen ufm. Genüß in den Alpen. Humoristisches Schneestreiben. Die Kleen-Arme (6 Meter groß). Gratidverlosung von 200 Wertgegenständen. Jed. Bef. erh. ein Los grat. Anf. 4 Uhr. Entree 50 Pf.

Freie Volksbühne
 Sonnabend, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
 in den Konzertsälen der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11:
20. Stiftungsfest
 der Freien Volksbühne,
Konzert Gesangsvorträge Rezitation Prolog Festvortrag
Die Zwanzigjährige
 humoristisch-satirisches Festspiel
 in Szene gesetzt von Fritz Witte-Wild.
Konzertleitung: Clemens Schmalstich.
Mitwirkende: Fräulein Waldorf, Fräulein Lorenz, Frau Wanda Troumann, Fräulein Toni Wilkens, Fräulein Margarete Müller, Herren: Fritz Junkermann, Fritz Kleins, Karl Wilhelm, Gustav Baurepaire u. a. m.
Ballmusik ausgeführt von zwei Kapellen.
 Festmarken inklusive Programm a 60 Pf. in allen Zahlstellen.
Generalversammlung Freitag, den 28. Januar, im Gewerkschaftshaus. Lichtbildervortrag von Hermann Hillig über: Ein Stück praktischer Kunstpflege. (Die Arbeiterwohnung).
 240/3 **Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.**

Don Juans letztes Abenteuer.
 Morgen und folgende Tage:
Don Juan's letztes Abenteuer.

Volks-Oper.
 SW, Belle-Alliance-Strasse Nr. 7/8.
 Nachm. 3/4 Uhr bei bedeutend ermäßigten Preisen:
Zar und Zimmermann.

Lucia v. Lammermoor
 (Gastspiel Bockmann.)
Theater des Westens.
 Nachm. 3/4 Uhr: Der fidele Bauer.
 Abends 8 Uhr:
Die geschiedene Frau.

Neues Operetten-Theater.
 Schiffbauerdamm 25, a. d. Quakenstr.
 Nachm. 3 Uhr: Der Zigeunerbaron.
 Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.

Residenz-Theater
 Direktion: Richard Alexander.
 Abends 8 Uhr:
Im Taubenschlag.

Luisen-Theater.
 Nachmittags 3 Uhr:
Sich mich frei.

Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
 Großes Lusthaltungsstück in 14 Bild. von G. Emery u. Jules Verne.
 Montag: Die Reise um die Erde in 80 Tagen.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
 Sonntag, 16. Januar, nachm. 3 Uhr:
Othello.

Die Großstadtluft.
 Montag 8 Uhr: Im bunten Rock.

Lustspielhaus.
 Nachmittags 3 Uhr:
 Man soll keine Briefe schreiben.
 Abends 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.

Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Buridans Esel.

Reichshallen-Theater.
StettinerSänger
 Der Nachtwächter von Ferdinandsen.
 Studentenbild v. F. Moysel
 Anfang: 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.

Arbeiter-Bildungsschule
 Heute, Sonntag, 16. Januar, in Freyers Festsälen, Koppstraße 29:
19. Stiftungs-Fest
 bestehend in **Konzert** (Historische Entwicklung der Kammermusik) und **Kulturhistorischer Gedenkrede.**
 Mitwirkende: Holländisches Trio: Herron Jacques van Lier (Cello), M. van Gool (Klavier), Max Bony (Geige). — Gesang: Herr kgl. württembg. Hofopernsänger Max Gleichstein (Tenor).
 Gedenkrede: **Dr. Paul Lensch-Leipzig.**
 Kassenöffnung 6 Uhr. Nachbar: Festhall. Beginn 7 Uhr.
 Eintrittskarten à 60 Pf. sind zu haben im Schullokal Grenadierstraße 37; Liehr, Grenadierstr. 35; Gettr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Lortzingstr. 37; M. Kaczorowski, Raveustr. 6; Hensch, Engelauer 15; Paul Eisner, Kastanienallee 85, Hof II; H. Königs, Hasenheide 56, Portal 8, II. An der Kasse 70 Pf. 6/4

Metropol-Theater
 Nachmittags 4 Uhr:
Lumpacivagabundus
 Abends 8 Uhr:
Hallo!!!
 Die große Revue!
 Rauchen überall gestattet.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Anf. 8 Uhr. Ende 10 1/2 U.
Der Bizepapa.
 Lustspiel in 3 Akten v. H. Richards.
 Nachm. 3 Uhr zu halben Preisen: Kabale und Liebe.
 Montag: Faust.
 Dienstag: Der Bizepapa.

WINTERGARTEN
 Heute nachmittags 3 1/2 Uhr (kleine Preise) und abends 8 Uhr
2 Vorstellungen 2
 mit **Olga Desmond,**
 die Berühmtheit der „Schönheits-Abende“
 sowie die von Publikum und Presse glänzend beurteilten **Januar-Attraktionen!**

Apollo Theater
 Nachm. 3/4 U.: **Halbe Preise.**
Der junge Papa, Operette und die großen Spezialitäten.
 Abends 8 Uhr:
Prinz Pinne, Burleske mit Henry Bender.
Lotto Sorrow i. Hr. Wimmelrama
„Die Ehebrecherin“.
 In beiden Vorstellungen:
Schimpanse
 Konsul James Grant.

ORPHEUM
 an der Jannowitzbrücke.
 Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne
 650 Sitzplätze
 Feenhafte Ausstattung
 Beginn:
 Wochentags 4 Uhr.
 Sonntags 2 „

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Sonntag, den 16. Januar 1910:
Schulbig.
 Schauspiel in 3 Akten v. Rich. Sch.

Palast-Theater.
 Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
 Burgstraße 24, am Bahnhof Böse.
Das vollständig neue Programm.
Ein unvorsichtiger Heilkünstler.
 Kapit. Frehns dress. Seelöwen.
14 erstklassige Attraktionen.
 Anfang: Sonntags 7 Uhr.
 Wochentags 8 „
 Entree 50 Pf. bis 2 R.

Herrnfeld Theater
 Kommandantenstr. 57. T. U. 4, 5083.
Durchschlagendster Erfolg!
„So muß man's machen“
 Burleske mit Gesang in 2 Akten, Musik von E. Wal, mit den Virtuosen Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Hierzu:
Ein Rettungsmittel
 Komödie v. A. Guna.
 Anfang 8 Uhr.
 Vorverkauf 11 bis 2 Uhr.

Buppenhagen
 am Moritzplatz
 3/4 8 Uhr.
 Im oberen Saale:
 Die glänzenden Spezialitäten.
 1/10 Uhr:
 Fortsetzung der internationalen **Ringkämpfe**
 um die Meisterschaft von Deutschland 1910.
 Montag: Ringkämpfe.
 Im unteren Saale:
Alt- Germanisches Bockbier-Kellerfest
 mit Doppel-Konzert.

Zirkus Schumann
 Sonntag, den 16. Januar:
 2 gr. brillante Vorstellungen
 Nachmittags 3/4 Uhr hat jeder Besucher ein Kind frei, weitere Kinder unter 10 Jahren zahlen halbe Preise außer Galerie.
 In beiden Vorstellungen nachm. und abends ungestört
Die drei Rivalen
 der das mysteriöse Schloß in der Normandie.
Der kleinste fonsische Reiter der Welt
Original-Bagonghi.
Sergeant Brennan,
 der vorzüglichste Diabolopfeiler.
 Der Frochmensch de Marlow einzig in seiner Art.
 Auftreten des Kommissar Gustav Stensbeck
 als Gast mit 4 neuen hervorragenden Schulpferden.

CIRCUS SARRASANI
 Alter Botan. Garten
 Eingang Grunewaldstr.
 Täglich abends 8 Uhr: Gala-Verstellung. — Mittwoch, Sonnabend, Sonntag und Festtags: 2 Vorstellungen mit durchaus gleichhaltigem Programm.
 Nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr.
 Zu den Nachm.-Vorstell. zahlen Kinder unter 14 Jahr. u. Militär b. z. Feldweibel halbe Preise.

Zirkus Busch
 Heute Sonntag, den 16. Januar 1910
 2 gr. außerord. Gala-Vorstell. 2 nachm. 3/4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr.
 Um 3/4 Uhr zahlen Kinder unter zehn Jahren auf allen Sitzplätzen halbe Preise. (Galerie volle Preise.)
 Debut! Debut! Debut!
Curtis Sisters
 Luftsorptin-Akt.
 Nachmittags 3/4 Uhr:
Farmerleben
 In beiden Vorstellungen:
Die Morandinis.
 In beiden Vorstellungen: Vorführen und Reiten der best dressierten Schul-, Freilichts- und Springpferde. Skatliche Glows mit neuen Witz und Späßen.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 Die neue russische Pantomime: **„Marja“.**
 Außerdem: **Therese Fülls,** Schulleiterin, auf Meppil-Aubry v. Meppil a. d. Overture.

Zirkus Colombo
 Straße: Alt-Boxhagen 38/40, 5 Min. v. Frankfurter Allee u. Vohnd. Strasse - Rummelburg.
 Elektrische Umkle 76 und 79. Hochbahn Warschauer Straße, Alt-Boxhagen (Zirkus). Wasserf. Strassenbahn, 3000 Personen fassend. Zentral-Dampfbelag.
 Sonntag, 16. Januar, nachmittags 4 Uhr, und abends 8 Uhr:
Elite-Vorstellungen
 mit vollständig neuem Programm.

Den Höhen-Rekord
 hält nach wie vor
Union-U.T. Theater
 Alexanderplatz.
 Aus dem neuen Programm besonders hervorzuheben:
Hamlet
 nach der Tragödie von Shakespeare.
Otto Reuter
 in seiner neuesten Glanznummer.
 und die übrigen Schlager!
 Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.
 Sonntags von 3 Uhr an.

Hamlet
 nach der Tragödie von Shakespeare.
Otto Reuter
 in seiner neuesten Glanznummer.
 und die übrigen Schlager!
 Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.
 Sonntags von 3 Uhr an.

Hamlet
 nach der Tragödie von Shakespeare.
Otto Reuter
 in seiner neuesten Glanznummer.
 und die übrigen Schlager!
 Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.
 Sonntags von 3 Uhr an.

Hamlet
 nach der Tragödie von Shakespeare.
Otto Reuter
 in seiner neuesten Glanznummer.
 und die übrigen Schlager!
 Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.
 Sonntags von 3 Uhr an.

Hamlet
 nach der Tragödie von Shakespeare.
Otto Reuter
 in seiner neuesten Glanznummer.
 und die übrigen Schlager!
 Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.
 Sonntags von 3 Uhr an.

Hamlet
 nach der Tragödie von Shakespeare.
Otto Reuter
 in seiner neuesten Glanznummer.
 und die übrigen Schlager!
 Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.
 Sonntags von 3 Uhr an.

Hamlet
 nach der Tragödie von Shakespeare.
Otto Reuter
 in seiner neuesten Glanznummer.
 und die übrigen Schlager!
 Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.
 Sonntags von 3 Uhr an.

Hamlet
 nach der Tragödie von Shakespeare.
Otto Reuter
 in seiner neuesten Glanznummer.
 und die übrigen Schlager!
 Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.
 Sonntags von 3 Uhr an.

Hamlet
 nach der Tragödie von Shakespeare.
Otto Reuter
 in seiner neuesten Glanznummer.
 und die übrigen Schlager!
 Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.
 Sonntags von 3 Uhr an.

Hamlet
 nach der Tragödie von Shakespeare.
Otto Reuter
 in seiner neuesten Glanznummer.
 und die übrigen Schlager!
 Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.
 Sonntags von 3 Uhr an.

Hamlet
 nach der Tragödie von Shakespeare.
Otto Reuter
 in seiner neuesten Glanznummer.
 und die übrigen Schlager!
 Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.
 Sonntags von 3 Uhr an.

Hamlet
 nach der Tragödie von Shakespeare.
Otto Reuter
 in seiner neuesten Glanznummer.
 und die übrigen Schlager!
 Ununterbrochene Vorstellung von 5 Uhr an.
 Sonntags von 3 Uhr an.

Grosse politische Volks-Versammlungen

Heute Sonntag, 16. Januar, 12 Uhr mittags.

Tages-Ordnung:

Wird die Regierung das Versprechen des Königs einlösen?

=====
Diskussion.
=====

Berlin.

- | | |
|---|--|
| 1. Kreis: Feenpalast, Wolfgangstr. 1. | 4. Kreis: Drachenburg, Vor dem Schlesiſchen Tor.
Sanssouci, Kottbuſer Straße 6. |
| 2. Kreis: Aliens Feſtſäle, Haſenheide 13/15.
Bock-Bräuerei, Tempelhofer Berg.
Nißles Feſtſäle, Dennewitzſtr. 13. | 5. Kreis: Muſiker-Säle, Kaiſer-Wilhelm-Str. 18 m.
Altes Schützenhaus, Linienſtr. 5. |
| 3. Kreis: Gewerſchaftshaus, Engeluſer 15.
Armin-Hallen, Kommandantenſtr. 58/59. | 6. Kreis: Bräuerei Königſtadt, Schönhauser Allee 10.
Prater-Theater, Kaſtanien-Allee 7/9.
Borussia-Säle, Uckerſtr. 6/7.
Berliner Bockbräuerei, Abt. 2,
Chauſſeeſtr. 64.
Brachtſäle Nordweſt, Wickeſſtr. 24.
Bräuerei Pagenhofer, Turmſtr. 25/26.
Cranz' Feſtſäle, Köſliner Straße 8.
Pharus-Säle, Müllerſtraße 149.
Ballſchmieders Säle, Badſtraße 16. |
| 4. Kreis: Clysium, Landsberger Allee 40/41.
Cipps Bräuerei, Am Friedrichshain.
Boekers Geſellſchaftshaus,
Weberſtr. 17.
Kellers Feſtſäle (Freyer), Koppenſtr. 29.
Littins Feſtſäle, Memeler Straße 67.
Andreas-Feſtſäle (Borgmann),
Andreasſtr. 21. | |
- Referenten: Die Genoffen **Dr. Alfred Bernſtein.** Eduard Bernſtein. Dr. Bruno Borchardt. Borgmann. Düwell. Siehorn. Fülle. Kaß. Meine. Dr. Herzfeld. Jul. Hildebrandt. Ad. Hoffmann. John. Koblenzer. Kraetzig. Dr. Karl Liebknecht. Frau Lungwitz. Herm. Müller (Arbeiterſekretär). Herm. Müller (Parteiſekretär). Müntner. Pfannkuch. Robert Schmidt. Ueko. Frau Luise Zietz. Zubell.

Teltow-Beeskow.

- | | |
|---|--|
| Adlershof. Beyer, Biſmarckſtr. 10. | Rixdorf. Hoppe, Hermannſtr. 48/49.
Karlsgarten, Karlsgartenſtraße.
Bürgerſäle, Bergſtr. 147.
Feldſch, Kneſebeckſtr. 48/49. |
| Alt-Glienke. Habrecht, Friedrichſtr. 2. | Schöneberg. Neue Kathausſäle, Meininger Str. 8. |
| Britz. Landhaus, Chauſſeeſtr. 97. | Steglitz-Friedenau. Birkenwäldchen, Schützenſtraße. |
| Charlottenburg. Volkshaus, Roſinenſtr. 3. | Tempelhof. Wilhelmſgarten, Berliner Str. 9. |
| Köpenick. Stadttheater, Friedrichſtraße. | Treptow. Zur Rennbahn, Treptower Chauſſee 45. |
| Groß-Lichterfelde. Richter, Chauſſeeſtr. 104. | Baumſchulenweg. Speers Feſtſäle, Baumſchulenſtr. 78. |
| Johannisthal. Senftleben, Friedrichſtr. 48. | Wilmerſdorf. Geſellſchaftshaus, Wilhelmſſaue 112. |
| Königswusterhausen. Wedhorn, Altes Schützenhaus. | Nowawes. Singer, Prieſterſtr. 31. 1 Uhr. |
| Lankwitz. Ebel, Mühlenſtr. 9. | Zossen. Kurzer, Baruther Straße. 4 Uhr nachmittags. |
| Mariendorf. Preuß, Kurfürſtenſtr. 45. | |
| Petersdorf. Gaſthof Crepplin, Neu-Golm. | |
- Referenten: **Albrecht.** Dr. Oskar Cohn. Ebert. Fromke. Gehrman. Giebel. Girbig. Hugo Heimann. Kaliski. Kloth. Knüpfer. Kubig. Leid. Link. Mohs. Obſt. Ostwaldt. Reines. Dr. Rosenfeldt. Schenk. Schneider. Dr. Silberſtein. Werner.

Nieder-Barnim.

- | | |
|--|--|
| Friedrichshagen 1½ Uhr, Witwe Lerche, Friedrichſtr. 112. | Reinickendorf-West 2 Uhr, Schiller, Eichbornſtr. 60. |
| Hohen-Schönhausen 1 Uhr, Paradiesgarten, Berliner Straße 68/69. | Rummelsburg 12 Uhr, Tempel, Café Bellevue. |
| Lichtenberg 12 Uhr, Schwarzer Adler, Frankfurter Chauſſee 5/6. | Stralau 12 Uhr, Markgrafenſäle, Markgrafenſdamm 34. |
| Ober-Schöneweide 12 Uhr, A. Mörners Blumengarten. | Tegel-Borsigwalde 12 Uhr, Crapps Feſtſäle, Bahnhofſtraße 1. |
| Oranienburg 3 Uhr, Schumann, Schützenſtr. 34. | Weißensee 12 Uhr, Schloß Weißenſee. |
| Pankow 12 Uhr, Geſellſchaftshaus, Kreuzſtr. 3/4. | Waldmannslust 12 Uhr, Schweikerhäuschen, Dianaſtraße. |
| Reinickendorf-Ost 12 Uhr, Schützenhaus, Reſidenzſtr. 1/2. | Theodor Fiſcher. Grempe. Handke. Hartmann. Littin. |
- Referenten: Ottilie Baader. Barth. Behrend. Crispian. Sassenbach. Schumann. Dr. Weyl. Woldt.

Spandau bei Gottwald, Schönwalder Straße 80. Referent: **Thurrow.**

Keiner unſerer Anhänger darf bei dieſen Verſammlungen fehlen!
Für Maſſenbeſuch iſt regſte Agitation zu entfalten!

Für die Einberufer: **Eugen Ernst,** Wöhlertſtraße 9.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.

Am 19. Januar wird der „Verein zur Verbesserung der Frauenbildung“ im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse eine Vortragsabend über Reformkleidung veranstalten. Das Referat hat Herr Dr. Ernst Kolod übernommen. Bisher ist erschienen den im Daseinskampfe stehenden Arbeiterinnen das Thema zunächst als ein für sie unwichtiges. Aber das ist eine ertümelte Auf Jung. Gerade für die arbeitende Frau ist die Bekleidungsfrage eine sehr wichtige. Es gilt heute nicht mehr Schillers Wort: „Der Mann muß hinaus ins feindliche Leben“, und „drinnen“ waltet die züchtige Hausfrau. Schon lange muß auch die Frau ins feindliche Leben hinaus. Da zeigte sich nun bald, daß der Schnürleib und der Keifrod und die Schleppe gar bedenklich die Bewegung der Arme und das freie Ausschreiten der Beine hemmen, und eines der störenden Attribute der Frauenkleidung nach dem anderen mußte fallen. Zuerst wich der Keifrod, dann machte das lange Kleid dem schützenden Krag. Am langsamsten aber wollte der Schnürleib weichen, das Korsett, das für die bei körperlicher Tätigkeit so notwendige freie Atmung, die unbehinderte Ausdehnung der Lungen verhindert. Am Harten zeigt sich die Schädlichkeit des Korsetts an der sogenannten „Schnürlieber“, die sich bei sehr vielen Frauen findet, die ein festes Korsett tragen. Die Oberfläche der Leber wird durch eine tiefe Furche, der Lage des Galleneinschnitts entsprechend, fast in zwei Teile getrennt. Es bedarf kaum einer weiteren Erklärung, wie eine Tracht, die in diesem Maße Veränderungen an den Organen zu erzeugen, alle natürlichen Funktionen des Organismus, Atmung, Herzaktivität und Verdauung ungünstig beeinflussen muß, und bei körperlicher Tätigkeit weit lebhafter als bei körperlicher Ruhe. Dem Uebelstand will die Reformkleidung abhelfen, die unbedingt die Entstehung vieler Berufskrankheiten, insbesondere Lungenemphysematare und Unterleibslieben, verhindern wird. Neben diesem großen und ohne Zweifel wichtigsten Vorteil der Reformkleidung ist freilich auch der ästhetische Gesichtspunkt nicht zu unterschätzen. Der Vortrag wird durch Demonstrationen, welche H. Kolod übernommen hat, erläutert. Da unser Vereinslokal für diesen Abend nicht frei war, findet der Vortrag in Feuersteins Restsälen, Alte Jakobstr. 75, statt.

Die schwedischen Frauen und ihr Kommunalwahlrecht.

Die schwedische Landesvereinigung für Frauenwahlrecht hat sich auf ihrer Jahresversammlung in Rönköping, außer mit dem Kommunalwahlrecht, noch mit einer Reihe anderer Fragen befaßt. Es wurde über den Wert der internationalen Verbindungen gesprochen und beschlossen, zu dem allgemeinen Kongress der Landesvereinigung, der 1911 in Stockholm abgehalten werden soll, die Mitglieder der internationalen Allianz für Frauenwahlrecht einzuladen. Eine lebhafteste Debatte entfiel den kommenden Landstingwahlen. Da die Forderungen der Landesvereinigung von den beiden Linksparteien — der bürgerlichen Linken und der Sozialdemokratie — vertreten, von den Konservativen aber im allgemeinen abgelehnt werden, die Landesvereinigung ihrerseits sich zu keiner politischen Partei bekennen will, ist es leicht begreiflich, daß die Behandlung dieser Frage Schwierigkeiten bot. Die Landstingwahlen, diese kommunalen Bezirksauschüsse, und die Stadtverordnungen der fünf Städte Stockholm, Göteborg, Malmö, Rönköping und Gäddede, die in den Landstingwahlen nicht vertreten sind, haben die Abgeordneten der ersten Kammer zu wählen, und dem Ausfall der Landstingwahlen wie der Stadtverordnetenwahlen hängt es also ab, ob im schwedischen Oberhaus die Gegner oder die Freunde der Frauenrechte die Oberhand gewinnen. Man beschloß zu diesem Punkt, die Frauen im ganzen Lande aufzufordern, sich lebhaft an den Vorbereitungen zu den Landstingwahlen zu beteiligen, wie an den Wahlen selbst, und dafür zu wirken, daß die Frage des politischen Frauenwahlrechts allgemeine Beachtung findet.

Mit dem Beschluß ist offenbar nicht gesagt, daß die Frauen nicht für die Kandidaten der frauenrechtseindlichen konservativen Partei stimmen sollen, aber die — wenigstens den bürgerlichen Parteien gegenüber — unantastbare politische Neutralität der Landesvereinigung ist gerettet.

Außerdem wurde beschlossen, überall dafür zu wirken, daß die verheirateten wie die ledigen Frauen sich durch selbständige Steuerdeklaration des Kommunalwahlrechts verschern, und daß von den Frauenwahlrechtsvereinen an den verschiedenen Orten Schritte zur Belehrung über die kommunalen Angelegenheiten veranlaßt werden. Auch wurde die Forderung erhoben, daß den Frauen zu den Landstingwahlen, neben dem bestehenden offizien, das passive Wahlrecht gegeben werden soll. Sie sind nämlich jetzt zu allen möglichen kommunalen Körperschaften wählbar, jedoch zu

den Landstingwahlen ebenso wenig wie zum Reichstag. Im übrigen beschloß man noch, ein buntes Band als Abzeichen für die Forderung des Frauenwahlrechts einzuführen.

Was die Jahresversammlung wertvolles geleistet hat, ist die allgemeine Aufklärung darüber, daß die verheirateten Frauen durch Besteuerung eines ganz geringen selbständigen Einkommens wahlberechtigt sind. (Siehe „Vorwärts“, Nr. 10.) Der reaktionären Gesellschaft hat diese Entdeckung arg mißfallen. Ein der Regierung sehr nahe stehendes Blatt, „Am Dagligt Afhandla“, schrieb dazu, noch im Zweifel, ob die Ausführungen der Frau Wiksell zutreffend seien:

„Es müßten unfehlbar recht eigentümliche und nicht vorausgesehene Folgen sein, wenn diese Auslegung richtig wäre. Da hat man offenbar einen Fehler begangen, der wieder gutgemacht werden muß.“

Die Regierung hat bereits anerkannt und erklärt, daß die Auslegung der Frau Wiksell durchaus zutreffend sei. Im gleichen Sinne äußern sich auch unsere Parteigenossen Branting und Bürgermeister Lindhagen, der ja auch schon jahrelang, bevor er zur Sozialdemokratie übertrat, im schwedischen Reichstag als ein besonders eifriger Vorkämpfer des Frauenwahlrechts bekannt war, und nun selbstverständlich, wie unsere Parteigenossen überhaupt, schon lange trauht, welche Ausdehnung die Beschlüsse des Reichstags dem Kommunalwahlrecht der Frauen gegeben haben.

Es darf übrigens nicht veressen werden, daß das schwedische Kommunalwahlrecht immer noch einen plutokratischen Charakter hat. Nach der im vorigen Jahr endgültig beschlossenen großen Wahlrechts- und Verfassungsreform, kann der reiche Gemeindegemeindebürger immer noch bis zu 40 Wahlstimmen abgeben. Bei den kleinen Einkommen kommt, nach Abzug der steuerfreien Summe, auf jedes angefangene Hundert Kronen eine Wahlstimme. Einen irgendwie maßgebenden Einfluß auf die Kommunalangelegenheiten werden die proletarischen Wähler und Wählerinnen bei diesem System zunächst nur in ausgesprochenen Arbeiterkammern gewinnen können. Gleichwohl werden die Arbeiterfrauen — schon aus agitatorischen Gründen — ihr Kommunalwahlrecht ausnützen.

Lesende.

Rummelsburg, Montag, den 17. Januar, 8 1/2 Uhr, im Lokal von Blume, Alt-Borsdamm 58. Vortrag des Genossen Schulz: „Unsere Volksschule, wie sie ist und wie sie sein sollte“.

Unser bekannter, alljährlich nur einmal stattfindender

Inventur-Verkauf

biotet diesmal eine ganz besonders

Günstige Gelegenheit zu enorm billigen Einkäufen

Dieser Räumungsverkauf umfaßt unserer den bei der Inventur zum grossen Teil im Preise ganz bedeutend herabgesetzten Warenbeständen auch noch weitere vorteilhafte Gelegenheitsposten.

Unsere Verkaufsräume waren zwecks Herabsetzung der Preise zwei Tage geschlossen.

Für Brantausstattungen!

- Hemden- u. Louisianauch Stück von 20 Meter . 5.90
Fertige Bettbezüge Deckbett und 2 Kopfkissen . . 3.35
Weisse Bettlaken ohne Naht, fertig gestickt . . 95 Pf.
Fertige Bettlinetts rosarot gestreift 2.95
Bettdamast in ganzer Bettbreite Meter 90 Pf.
Drellservietten gestickt 1/2 Dia. 1.10
Kräftige Drell-Tischtücher Stück 85 Pf.
Garten- u. Kaffeedecken Stück 85 Pf.
Gerstenkornhandtücher circa 50 cm breit 1/2 Dia. 1.25
Damast-Staubhandtücher 1/2 Dia. 2.25
Damen-Reformschürzen reich garniert 1.20

Reste und Abschnitte

von Dowlas, Louisianauch, Handtüchern, Bettzeugen, Piquebarchent, Dimiti, Rollschürzen etc. etc. zu sehr billigen Preisen!

Zum Selbstaussuchen!

- Samtflanel-Blusen moderne Muster mit Bordüre und Falten, jetzt durchschnittlich Stück 1.95 u. 2.95
Reinwollene Ballblusen hochmodern verarbeitet mit Taillewaite, ganz auf Futter, jetzt durchschnittlich Stück 2.95
Samt-Blusen in vielen Farben und modernen Mustern, elegant mit Falten und Knopfzuarbeitung, jetzt durchschnittlich Stück 3.95
Reinw. Flaneloberhemden schick verarbeitet, mit Perlmutterknöpfen u. abnehmbaren Kragen, ganz gefitt, Stück 3.75
Kostümröcke Faltenfason und Sportrock, aus Stoffen englischer Art, modern verarbeitet, jetzt durchschnittlich 2.95 und 5.90
Theater-Capes elegant mit Pelz garniert, aus Goldstoffen mit kariertem Absteife, jetzt Stück 3.95
Damen-Paletots aus Stoffen englischer Art, mit farbiger Tresse garniert 3.95
Weisse Unterhailen elegant mit Spitzen und Stickerei-Motiv garniert, jetzt durchschnittlich Stück 1.25
Glacé-Handschuhe für Damen und Herren, in schwarz, weiß u. farbig, jetzt durchschnittlich Paar 95 Pf.
Damen-Hemden, Jacken und Hosen, aus Hemdentuch und Croisebarchent, jetzt durchschnittlich 95 Pf.

Grosse Posten angestaubte Wäsche

und einzelne Exemplare Damen- und Herren-Hemden, Nachtjacken, Decklaken, Unterböcke, Kinderwäsche etc. etc. bedeutend unter Preis!

Schwarze und farbige Seldenstoffe.

- Reinseid. Louisines, Merveilleux, Messalines jetzt Mtr. 85 Pf.
Reinseidene Damassés schwarz u. farbig jetzt Mtr. 1.90
Reinseid. gestreifte Taffe u. Louisines (hell u. dunkel-farbig) . . . Mtr. 95 Pf.
Restbestände elegant schwarzer u. farbiger Seldenstoffe, glatt und gemustert jetzt Mtr. 1.65

Ball- und Gesellschaftsstoffe

- 1 Partie Ballstoffe, creme, rosa, hellblau jetzt Mtr. 85 Pf.
Reinwollene Ball-Kaschmir, doppelbreit jetzt Mtr. 85 Pf.
Seidenglanzende Jacquard-Stoffe, doppelbreit, jetzt Mtr. 50 Pf.
Reinwollene Vello-Stoffe, elfenbein, 110 cm breit, jetzt Mtr. 75 Pf.
Reinwollene Cheviots, nur creme, doppelbreit, jetzt Mtr. 80 Pf.
Creme-Alpaka, doppelbreit, glänzende Qualität, jetzt Mtr. 68 Pf.
Reinwollene Saffinische elfenbein, 110 cm breit, Mtr. 1.25 M.

Grosse Posten Waschstoffe nur vollständigen Räumung.

- Wasch-Mousseline, Percalés, Zephirs etc. jetzt Mtr. 25 Pf.
Weisse Halbleinen gute Qualität jetzt Mtr. 35 Pf.
Weisse Waschstoffe elegante Muster jetzt Mtr. 30 Pf.

Reinwollene Musseline neueste Punkt- u. Fantasie-Muster auf hellen und dunklem Fond, früherer Preis bis 90 Pf. jetzt Mtr. 45 Pf.

Halbfertige weisse Batist-Roben früherer Preis jetzt 2.85 bis 8.75 Robe 2.85 M.

Kurzwaren

- Nähmaschinen, Brief 25 Stück, 1 Pf.
Fingerhüte, Aluminium, Stück 1 Pf.
Stiefelknöpfe . . . 5 Stück 1 Pf.
Stiefelknöpfe, ca. 250 Stück, 4 Pf.
Lockenbürsteln, 15 Pack 5 Pf.
Stiefelknöpfe, schw., 12 Duz. 10 Pf.
Bettstängel, Garnitur . . . 5 Pf.
Fischbeinstangen, schwarz, 12 Pf.
sortierte Längeln, Dts., 12 Pf.
Korallen Kesperand, 8 u. 4 Pf.
Waschköpfe, pr. Lein., 16 ln. 3 Pf.
Untergera, Aokermann & 17 Pf.
Kronen Rolle
Druckknöpfe, gute Qual., Dts. 5 Pf.
Kreuzspigeln, große Rolle 14 Pf.
Nähseide, alle Farb., beste 14 Pf.
Qual. . . 4-Gramm-Rolle

Weisswaren

- Passamentier-Besätze Mtr. 1 Pf.
Valencienne-Spitzen, 4-6 cm 12 Pf.
breit Mtr.
Valencienne-Einsätze Mtr. 6 Pf.
Spachtel-Galons, Ia Qual., 4-6 cm breit . . . Mtr. 25 Pf.
Tüllspitzen, 10-12 cm br., Mtr. 18 Pf.
Spachtel-Stoffe I. Bismarck, Mtr. 75 Pf.
Tüll-Stoffe für Bismarck, Mtr. 68 Pf.
Fillet-Gipre-Tulle, 45 cm br., für Bismarck . . . Mtr. 65 Pf.
Wasch-Tüll, 100 cm breit, 95 Pf.
kleine Tupfen . . . Mtr.
Tartan, 60 cm breit, Mtr. 18 Pf.
Gold Chantilly-Stoffe, 100 cm 1.48
breit, schw. u. weiß, Mtr.
Damen-1811-Schals, 160 cm lg. 68 Pf.

Futterstoffe

- Jaconet, seidenglanzend, 27 Pf.
schw. weiß, gran., Mtr.
Rechtell, 80 cm breit, 25 Pf.
schwarz Mtr.
Kleiderstirn, 80 cm br., Mtr. 50 Pf.
Tüllknäpfer, gran., gute Qual., Mtr.
Stoss-Alpaka, schwarz u. farbig, 60 cm breit, Mtr.
Tüllknäpfer, zweiseit., Mtr. 30 Pf.

Schwarze und farbige Kleiderstoffe.

- Reinwollene Cheviots schw. u. farb., doppelbreit Mtr. 60 Pf.
Reinwollene Satin-Tuche doppelbreit Mtr. 85 Pf.
Reinwollene Batiste 110 cm breit Mtr. 65 Pf.
Homespun-Stoffe doppelbreit Mtr. 60 Pf.
Einfarbige Stoffe, Reibwollstoffe, doppelbreit Mtr. 50 Pf.
Reinwoll. Kaschmir u. Alpacaos) jetzt durch- Mtr. 70
Sobwarze Grenadines doppelbreit) wag
Reinwollene Blumenflanelle) jetzt Mtr. 60
Neue, aparte Streifen

Hervorragende Gelegenheitskäufe!

- Reinwollene Frühjahrs-Stoffe doppelbreit Mtr. 65 Pf.
Hauskleider-Stoffe doppelbreit jetzt Mtr. 30 Pf.
Alpaca-Stoffe hell und dunkel, doppelbreit jetzt Mtr. 60 Pf.
Reinwollene Tennis-Stoffe doppelbreit, jetzt Mtr. 75 Pf.
Reinwollene Damentuche doppelbreit jetzt Mtr. 1.10
Zurückgesetzte karierte Stoffe) jetzt Mtr. 20 Pf.

Zum Selbstaussuchen.

Grosse Sortimente Alpaca-Roben

und einfarbige Reinwollene Roben jede Robe 3.25 M. in hellen, Mittel- und dunklen Farben, elegant glanzreiche Qualitäten enthaltend 6 Mtr. doppelbreiten Stoff

Grosse Sortimente zurückgesetzte Roben

in hellen, Mittel- und dunklen Farben jede Robe 2.25 M. enthaltend 6 Mtr. doppelbreiten Stoff

Grosse Posten Blusen-Abschnitte

in sparten hellen und dunklen Streifen, hervorragend schöne Muster. Jeder Coupen enthklt 2 Mtr. doppelbreiten Stoff jede Bluse 75 Pf.

Grosse Posten Alpaca-Blusen-Coupons

in sparten schönen Streifen, eleganten Qualitäten jede enthaltend 2 Mtr. doppelbreiten Stoff Bluse 1.10 M.

Kaufhaus Singer & Co., Chausseest. 61-62

Zur geß. Orientierung sind fast alle hier angebotenen Waren in unseren Schaufenstern zur Ansicht ausgestellt.

Nur einmal jährlich!
Zum
Inventurpreis!

Eine Partie **Echter Plüsch-**

Teppiche

prima Qualität (kein Axminster!)
wundervolle Muster-Auswahl

Größe ca.	Mk.	Wert
180/200 cm	13. ²⁵	(20.00)
160/230 cm	19. ³⁵	(30.00)
200/300 cm	29. ⁵⁰	(44.00)
250/350 cm	51. ⁵⁰	(70.00)
300/400 cm	88. ⁵⁰	(105.00)

Herrliche Prachtstücke
in Brüssel, Axminster,
Perser, Velours, Ta-
pestry, Englisch Block,
Velvet und Smyrna.
Sofa-Größe à 5, 10, 15-40 M.
Salon-Größe 15, 20, 30-150 M.
Saal-Größe à 45, 60, 75-500 M.

10% Sonder-
Rabatt
auf **Echte Perser**

à 150, 225, 300 bis 1500 M.
Kelims, Djidjims etc.
Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich-Spezial-Haus

Emil Lefèvre

Berlin Sttd. Seit 1882
nur **Oranienstr. 158.**

Unterhalte nirgends Filialen!

Inventur-

Extraliste u. Katalog

enorm billiger Extra-Angebote
(600 Abbild.) gratis u. franko.

Selten **Kaufgelegenheit**

für **Hotels, Pensionate**
etc. etc.

Magerkeit

schwindet durch **Hautes Nähr-**
pulver „Thiosala“. Preisgekrönt
Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund
übrtl. kontrollierte Zunahme. Gar-
unschädlich. Viele Anerk. Karton
2 M., bei Postversand Porto und
Nachnahmespesen extra. H. Haufe,
Berlin N., Graefenbagenstr. 70.
Depots in folgenden Apotheken:
Leipzigerstr. 74 (Dönhoffplatz),
Potsdamerstr. 29, Köpenicker-
straße 119, Bernburgerstr. 4, Frank-
furter Allee 74, Rosenthalerstr. 61,
Reinickendorferstr. 1. Spandau:
Auler-Apothek, Potsdamerstr. 40.
Bestandteile: Pflanz. Eiw. Haemogl.
Lecith. Banm. Natronchl. Cac.
Zucker. 3194L*

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
Empfehl. v. Prof. Dr. med. u. Prof. Dr. med.
H. Vager, Gesundheitsrat
Berlin NW., Prindrichstr. 91/9

Schultheiss-Bier

verdankt sein Renommee
seiner hervorragenden Qualität und Bekömmlichkeit.



Phonographen-Katz

Dircksenstrasse 20 (direkt am Bahnhof
Alexanderplatz)

Andreasstrasse (Ecke Blumenstr.) Rosenthalerstr. 24 (Ecke Spastr.)

Besonders preiswertes
Spezial-Angebot

hocheleganter **Luxus-Apparate** mit ff. 43 cm gross.
Blumentrichter

Grand Rekord-Werk, ff. vernickeltem koni-
schen Rohr mit aufklappbarem Schalltrichter-
Hügel und neuester grosser Konzert-Schall-
dose. Die Ausführung dieses Apparates ist
die denkbar beste. — In Bezug auf Laut-
stärke und Wohlklang des Tones ist
dieser Apparat unerreicht.

Preis **35.-** Mark

Ein Posten zurückgesetzter
Platten-Apparate 3.-
pro Stück M.

Auf alle Apparate
2 Jahre Garantie.

Zonophon gelbb. Etikett, bek-
teste Platte . . . M. **2.-**

Wieder neu eingetroffen!

Ein Posten
Doppelplatten 15 cm gross **95 Pf.**
nur tadell. Aufnahmen, früh. M. 2

Neu-Aufnahmen in allen Preislagen ohne
Kaufzwang. Zu hören aus
Der Graf von Luxemburg
Die geschiedene Frau
Hallo! Die grosse Revue
sowie **Januar-Aufnahmen des**
Nebe-Quartetts



Telzahlung gestattet

Echte Grammophone
in jeder Preislage.

Jede Sprechmaschine wird bei Kauf eines echten Grammophons zu kulanten Bedin-
gungen in Zahlung genommen, ebenso jede abspielte Platte bei Kauf einer neuen.

Das Geschäft ist Sonntags bis 3 Uhr geöffnet.

Nordhäuser Kautabak

von
Grimm & Triepel, Nordhausen.

Achtung! Man verlange stets ausdrücklich unser Fabrikat — „Marke
Grimm & Triepel“ — und weise die vielfach missbräuchlich
— — angebotenen geringwertigen Nachahmungen zurück. — —
Zum Zeichen der Echtheit befindet sich in jedem unserer
Röllchen ein Zettel mit unserer Firma in Rotdruck, was wir
beim Einkauf besonders zu beachten bitten. Achtung!

Muster an jedermann franko.

Seiden-Reste! Einlaß-Karten zum großen Reste-Verkauf

werden diesmal vom Seiden-Haus Seiden-Herzog nicht verschickt, damit keine Bevorzugung stattfindet und jede Dame
ohne Unterschied die großen Vorteile dieses umfangreichen Seiden-Reste-Verkaufs wahrnehmen kann. Von Tausenden
Resten, Kupons, Abschnitten kostbarer Seiden und Samte kann sich jede Dame nach Wunsch für einen ganz kleinen
Betrag Seide zur Bluse, zum Jupon oder zum Kleide herausuchen. Ferner: Vornehme Seiden für Braut- und Hochzeits-
Koben, glatt und gemustert 1.50, 2.00, 2.25 etc. Effektvolle Seiden für Ball- und Gesellschafts-Roben 1.50, 2.25, 2.75 etc.
Reinseiden schw. Damaste, Merveilleux etc. 15-20-30 p. Robe. Wundervolle Eoliennes sowie herrliche Seiden-Crepons,
Creme de chine etc., doppelt breit, in allen Lichtfarben 2.85, 3.50 etc. Auf Extra-Tischen: 1 Rest-Posten herrlicher
Marquissette, doppelt breit, in aparten Farben (sehr beliebter Kleiderstoff) 1.- p. Meter. Masken-Atlasse in allen Farben
75 Pf. Viele hundert einzelne Hochzeits- und Silberhochzeits-Roben enorm billig. Schwere Damast-Futter-Seiden für
Jachetta und Abendmäntel 1.50, 1.75 etc. Kostbare Seiden-Reste aus dem Inventur-Anverkauf zu jedem annehmbaren Preis.

Seiden-Herzog, Berlin nur Leipziger Straße 79, am Dönhoffplatz
1 Treppe.

Der Reste-Verkauf beginnt Montag 9 Uhr für jedermann.

„Hoffnung“

Berliner Schneideri-Genossenschaft
E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. **Brunnenstr. 185** Zwischen Rosenthaler
Tor u. Invalidenstr.

Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehilfen Berlins.
Empfehl. sich allen **Arbeitern, Parteigenossen**
und **Mitbürgern** zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.

Große Auswahl in
Winter-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fant-Westen
in allen Größen und Preislagen sowie

Arbeiter-Berufs-Kleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in
eigenen **Betriebswerkstätten** unter den von
unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten 103/11*
der **Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend,**
des **Charlottenburger Konsum-Vereins** sowie des
Arbeiter-Radfahrerbundes.

NB. Wir weisen besonders darauf hin, daß wir nur für
eigenen Bedarf fabrizieren und unsere Waren in keinem
anderen Geschäft zu haben sind.

Achtung! Vereine, Gewerkschaften! Achtung!

für **Stiftungsfeste, Maskenbälle, Sommerfeste** etc.

größte Saal Treptows

mit großem Naturgarten zu sehr kulanten Bedingungen, auch noch zum
Februar, zu vergeben. Näheres Parkstraße 2, Treptower Lustgarten.

**Wichtig für
jede Hausfrau!**

„Ozonit“

aus der Fabrik von
Dr. Thompson's Seifenpulver (Marke Schwan)

modernstes Waschmittel

Prof. Giessler's Patent

gibt nach halbstündigem Kochen
blendend weisse Wäsche.

Dabei garantiert frei von Chlor
und allen schädlichen Bestandteilen.

Ein Versuch überzeugt!

Zu haben in den einschlägigen Geschäften!



Masken-Garderobe
Carl Ernst
(Inhaber Willi Ernst)
jetzt: Köpenicker Str. 53b, I.
St. IV, 14089.
Gr. Auswahl! Bill. Preise!
Vorzugler dieser Masken er-
hält 10 Proz. Preisermäßigung.

W. Hermann Müller,
Berlin, Magazinstr. 14.
Java-Sumatra Nr. 6203
à 2.50 verzollt.
Goldblatt, II. Ränge, mit feinem
Brand.
Umblatt Nr. 6395 à 1.25
groß, satt, ergiebig.

Heinrich Franck

Tel.: Amt III 4352. **Brunnenstraße 185.** 8-7 Uhr geöffnet.

Besonders billige Domingo-Tabake

Umblatt - Aufarbeiter - Einlage

Vorzüglicher Brand- und Geschmack

Hochfeines Vega-Gewächs

Einlage . . . No. 1473 nur **100 Pf. verz.**

Aufarbeiter . . . „ 1314 „ **110 „ „**

Umblatt . . . „ 1360 „ **120 „ „**

Umblatt . . . „ 1349 „ **125 „ „**

Unerreicht billiges Material.

Zusendung in Berlin kostenfrei und schnellstens.

Notizkalender für Zigarrenfabrikanten 1910, 74 Seiten stark,
mit vielen wichtigen Notizen, ist sogleich erschienen und
wird an alle meine werten Kunden gratis verabfolgt.

Arbeitsmarkt.
Möblierte Schlafstelle für Herrn, ...
Mietsgesuche.
Kleines einfach möbliertes Zimmer ...
Anständiger Mann sucht bessere ...
Stellengesuche.
Suche zum April 1910 für meinen ...
Zunger Mann, 24 Jahre, sucht ...
Vereingefasste, Invalide, sucht ...
Stellenangebote.
Silberarbeiter, tüchtig in Hammer- ...
Wasserleitung zum 1. April ...
Wasserkraft auf glatte Damen- ...
Neuplatzlerin außer dem Hause ...
Krawattenriemen, sofort Arbeit ...
100 Wamielke auf verkaufte ...
Wamielke auf schwarze ...
Am Arbeitsmarkt durch ...
Suche
f. m. Gehilfen z. Stellung i. Verlag ...
Tüchtiger Rasierer,
selbständig gesucht. — Offerte, ent- ...
Achtung!
Holzarbeiter
Wegen Streit und Differenzen ...
Knochen- und Verleimfabrik ...
Zischler und Bodenleger ...
Zischler und Bodenleger ...
Vorfertigbaugehäfte und deren ...
Warten:
Firma Kampmeyer, Gollmeyer ...
Nordb. Partefabrik Hannover.
Firma Dutterweich, Tischlermeister ...
Firma Rosenfeld u. Co., Bau ...
Firma Heine (Dresden), Bau ...
Sämtliche Betriebe in den Orten ...
Ludewalde, Sommerfeld, Hösch.
Gleichzeitig erfragen wir die ...
induzierte das Vermittlungsbüreau ...
verbands' streng zu meiden.
Die Erbsverwalter.
Achtung! Bauarbeiter!
Wegen Streit in Ludewalde ...
Firma Neumann:
Charlottenburg, Windener Str.
Linsmann.
Firma Billig:
Dernburgstr. 29.
Firma Genselberg Str. Pahl.
Firma Genselberg.
Charlottenburg, Wislizenstr. 38.
Firma Rabius.
Hedermünder Straße, Bau Zirkel.
Der Gauvorstand.
Einem Teil unserer heutigen ...
Anfrage — für Gesund- ...
brunnen, Wedding und ...
nördliche Vororte — liegt ...
ein Prospekt der Firma Julius ...
Heymann, Berlin N., Bod- ...
krasse 38—39, bei.

Arbeitsmarkt.
Möblierte Schlafstelle für Herrn, ...
Mietsgesuche.
Kleines einfach möbliertes Zimmer ...
Anständiger Mann sucht bessere ...
Stellengesuche.
Suche zum April 1910 für meinen ...
Zunger Mann, 24 Jahre, sucht ...
Vereingefasste, Invalide, sucht ...
Stellenangebote.
Silberarbeiter, tüchtig in Hammer- ...
Wasserleitung zum 1. April ...
Wasserkraft auf glatte Damen- ...
Neuplatzlerin außer dem Hause ...
Krawattenriemen, sofort Arbeit ...
100 Wamielke auf verkaufte ...
Wamielke auf schwarze ...
Am Arbeitsmarkt durch ...
Suche
f. m. Gehilfen z. Stellung i. Verlag ...
Tüchtiger Rasierer,
selbständig gesucht. — Offerte, ent- ...
Achtung!
Holzarbeiter
Wegen Streit und Differenzen ...
Knochen- und Verleimfabrik ...
Zischler und Bodenleger ...
Zischler und Bodenleger ...
Vorfertigbaugehäfte und deren ...
Warten:
Firma Kampmeyer, Gollmeyer ...
Nordb. Partefabrik Hannover.
Firma Dutterweich, Tischlermeister ...
Firma Rosenfeld u. Co., Bau ...
Firma Heine (Dresden), Bau ...
Sämtliche Betriebe in den Orten ...
Ludewalde, Sommerfeld, Hösch.
Gleichzeitig erfragen wir die ...
induzierte das Vermittlungsbüreau ...
verbands' streng zu meiden.
Die Erbsverwalter.
Achtung! Bauarbeiter!
Wegen Streit in Ludewalde ...
Firma Neumann:
Charlottenburg, Windener Str.
Linsmann.
Firma Billig:
Dernburgstr. 29.
Firma Genselberg Str. Pahl.
Firma Genselberg.
Charlottenburg, Wislizenstr. 38.
Firma Rabius.
Hedermünder Straße, Bau Zirkel.
Der Gauvorstand.
Einem Teil unserer heutigen ...
Anfrage — für Gesund- ...
brunnen, Wedding und ...
nördliche Vororte — liegt ...
ein Prospekt der Firma Julius ...
Heymann, Berlin N., Bod- ...
krasse 38—39, bei.

Arbeitsmarkt.
Möblierte Schlafstelle für Herrn, ...
Mietsgesuche.
Kleines einfach möbliertes Zimmer ...
Anständiger Mann sucht bessere ...
Stellengesuche.
Suche zum April 1910 für meinen ...
Zunger Mann, 24 Jahre, sucht ...
Vereingefasste, Invalide, sucht ...
Stellenangebote.
Silberarbeiter, tüchtig in Hammer- ...
Wasserleitung zum 1. April ...
Wasserkraft auf glatte Damen- ...
Neuplatzlerin außer dem Hause ...
Krawattenriemen, sofort Arbeit ...
100 Wamielke auf verkaufte ...
Wamielke auf schwarze ...
Am Arbeitsmarkt durch ...
Suche
f. m. Gehilfen z. Stellung i. Verlag ...
Tüchtiger Rasierer,
selbständig gesucht. — Offerte, ent- ...
Achtung!
Holzarbeiter
Wegen Streit und Differenzen ...
Knochen- und Verleimfabrik ...
Zischler und Bodenleger ...
Zischler und Bodenleger ...
Vorfertigbaugehäfte und deren ...
Warten:
Firma Kampmeyer, Gollmeyer ...
Nordb. Partefabrik Hannover.
Firma Dutterweich, Tischlermeister ...
Firma Rosenfeld u. Co., Bau ...
Firma Heine (Dresden), Bau ...
Sämtliche Betriebe in den Orten ...
Ludewalde, Sommerfeld, Hösch.
Gleichzeitig erfragen wir die ...
induzierte das Vermittlungsbüreau ...
verbands' streng zu meiden.
Die Erbsverwalter.
Achtung! Bauarbeiter!
Wegen Streit in Ludewalde ...
Firma Neumann:
Charlottenburg, Windener Str.
Linsmann.
Firma Billig:
Dernburgstr. 29.
Firma Genselberg Str. Pahl.
Firma Genselberg.
Charlottenburg, Wislizenstr. 38.
Firma Rabius.
Hedermünder Straße, Bau Zirkel.
Der Gauvorstand.
Einem Teil unserer heutigen ...
Anfrage — für Gesund- ...
brunnen, Wedding und ...
nördliche Vororte — liegt ...
ein Prospekt der Firma Julius ...
Heymann, Berlin N., Bod- ...
krasse 38—39, bei.

Arbeitsmarkt.
Möblierte Schlafstelle für Herrn, ...
Mietsgesuche.
Kleines einfach möbliertes Zimmer ...
Anständiger Mann sucht bessere ...
Stellengesuche.
Suche zum April 1910 für meinen ...
Zunger Mann, 24 Jahre, sucht ...
Vereingefasste, Invalide, sucht ...
Stellenangebote.
Silberarbeiter, tüchtig in Hammer- ...
Wasserleitung zum 1. April ...
Wasserkraft auf glatte Damen- ...
Neuplatzlerin außer dem Hause ...
Krawattenriemen, sofort Arbeit ...
100 Wamielke auf verkaufte ...
Wamielke auf schwarze ...
Am Arbeitsmarkt durch ...
Suche
f. m. Gehilfen z. Stellung i. Verlag ...
Tüchtiger Rasierer,
selbständig gesucht. — Offerte, ent- ...
Achtung!
Holzarbeiter
Wegen Streit und Differenzen ...
Knochen- und Verleimfabrik ...
Zischler und Bodenleger ...
Zischler und Bodenleger ...
Vorfertigbaugehäfte und deren ...
Warten:
Firma Kampmeyer, Gollmeyer ...
Nordb. Partefabrik Hannover.
Firma Dutterweich, Tischlermeister ...
Firma Rosenfeld u. Co., Bau ...
Firma Heine (Dresden), Bau ...
Sämtliche Betriebe in den Orten ...
Ludewalde, Sommerfeld, Hösch.
Gleichzeitig erfragen wir die ...
induzierte das Vermittlungsbüreau ...
verbands' streng zu meiden.
Die Erbsverwalter.
Achtung! Bauarbeiter!
Wegen Streit in Ludewalde ...
Firma Neumann:
Charlottenburg, Windener Str.
Linsmann.
Firma Billig:
Dernburgstr. 29.
Firma Genselberg Str. Pahl.
Firma Genselberg.
Charlottenburg, Wislizenstr. 38.
Firma Rabius.
Hedermünder Straße, Bau Zirkel.
Der Gauvorstand.
Einem Teil unserer heutigen ...
Anfrage — für Gesund- ...
brunnen, Wedding und ...
nördliche Vororte — liegt ...
ein Prospekt der Firma Julius ...
Heymann, Berlin N., Bod- ...
krasse 38—39, bei.

Arbeitsmarkt.
Möblierte Schlafstelle für Herrn, ...
Mietsgesuche.
Kleines einfach möbliertes Zimmer ...
Anständiger Mann sucht bessere ...
Stellengesuche.
Suche zum April 1910 für meinen ...
Zunger Mann, 24 Jahre, sucht ...
Vereingefasste, Invalide, sucht ...
Stellenangebote.
Silberarbeiter, tüchtig in Hammer- ...
Wasserleitung zum 1. April ...
Wasserkraft auf glatte Damen- ...
Neuplatzlerin außer dem Hause ...
Krawattenriemen, sofort Arbeit ...
100 Wamielke auf verkaufte ...
Wamielke auf schwarze ...
Am Arbeitsmarkt durch ...
Suche
f. m. Gehilfen z. Stellung i. Verlag ...
Tüchtiger Rasierer,
selbständig gesucht. — Offerte, ent- ...
Achtung!
Holzarbeiter
Wegen Streit und Differenzen ...
Knochen- und Verleimfabrik ...
Zischler und Bodenleger ...
Zischler und Bodenleger ...
Vorfertigbaugehäfte und deren ...
Warten:
Firma Kampmeyer, Gollmeyer ...
Nordb. Partefabrik Hannover.
Firma Dutterweich, Tischlermeister ...
Firma Rosenfeld u. Co., Bau ...
Firma Heine (Dresden), Bau ...
Sämtliche Betriebe in den Orten ...
Ludewalde, Sommerfeld, Hösch.
Gleichzeitig erfragen wir die ...
induzierte das Vermittlungsbüreau ...
verbands' streng zu meiden.
Die Erbsverwalter.
Achtung! Bauarbeiter!
Wegen Streit in Ludewalde ...
Firma Neumann:
Charlottenburg, Windener Str.
Linsmann.
Firma Billig:
Dernburgstr. 29.
Firma Genselberg Str. Pahl.
Firma Genselberg.
Charlottenburg, Wislizenstr. 38.
Firma Rabius.
Hedermünder Straße, Bau Zirkel.
Der Gauvorstand.
Einem Teil unserer heutigen ...
Anfrage — für Gesund- ...
brunnen, Wedding und ...
nördliche Vororte — liegt ...
ein Prospekt der Firma Julius ...
Heymann, Berlin N., Bod- ...
krasse 38—39, bei.

Arbeitsmarkt.
Möblierte Schlafstelle für Herrn, ...
Mietsgesuche.
Kleines einfach möbliertes Zimmer ...
Anständiger Mann sucht bessere ...
Stellengesuche.
Suche zum April 1910 für meinen ...
Zunger Mann, 24 Jahre, sucht ...
Vereingefasste, Invalide, sucht ...
Stellenangebote.
Silberarbeiter, tüchtig in Hammer- ...
Wasserleitung zum 1. April ...
Wasserkraft auf glatte Damen- ...
Neuplatzlerin außer dem Hause ...
Krawattenriemen, sofort Arbeit ...
100 Wamielke auf verkaufte ...
Wamielke auf schwarze ...
Am Arbeitsmarkt durch ...
Suche
f. m. Gehilfen z. Stellung i. Verlag ...
Tüchtiger Rasierer,
selbständig gesucht. — Offerte, ent- ...
Achtung!
Holzarbeiter
Wegen Streit und Differenzen ...
Knochen- und Verleimfabrik ...
Zischler und Bodenleger ...
Zischler und Bodenleger ...
Vorfertigbaugehäfte und deren ...
Warten:
Firma Kampmeyer, Gollmeyer ...
Nordb. Partefabrik Hannover.
Firma Dutterweich, Tischlermeister ...
Firma Rosenfeld u. Co., Bau ...
Firma Heine (Dresden), Bau ...
Sämtliche Betriebe in den Orten ...
Ludewalde, Sommerfeld, Hösch.
Gleichzeitig erfragen wir die ...
induzierte das Vermittlungsbüreau ...
verbands' streng zu meiden.
Die Erbsverwalter.
Achtung! Bauarbeiter!
Wegen Streit in Ludewalde ...
Firma Neumann:
Charlottenburg, Windener Str.
Linsmann.
Firma Billig:
Dernburgstr. 29.
Firma Genselberg Str. Pahl.
Firma Genselberg.
Charlottenburg, Wislizenstr. 38.
Firma Rabius.
Hedermünder Straße, Bau Zirkel.
Der Gauvorstand.
Einem Teil unserer heutigen ...
Anfrage — für Gesund- ...
brunnen, Wedding und ...
nördliche Vororte — liegt ...
ein Prospekt der Firma Julius ...
Heymann, Berlin N., Bod- ...
krasse 38—39, bei.

Jandorfs Hausgericht.

Das Amtsgericht Berlin-Tempelhof hatte gestern über eine Anklage gegen ein Frä. J. zu entscheiden, das als Kassiererin der Warenhausfirma Jandorf sich Jandorf'sche Rabatmarken teils durch Unterschlagung, teils durch Diebstahl angeeignet haben sollte...

Die Angeklagten erklärten sich für nichtschuldig. Frä. J. habe lediglich Marken für sich behalten, die von Kunden nicht angenommen worden waren. So habe sie es auch ihrer Mutter gesagt und diese habe sich dann den Betrag auszahlen lassen. Dagegen sprach nun freilich ein Geständnis, das Frä. J. im Kontor der Firma abgelegt haben sollte...

In des Beweisaufnahme machte Frä. J. Führer sehr unsichere Aussagen. Zunächst betonte sie, einmal durch genaue Zählung ihres Markenbestandes festgestellt zu haben, daß in ihrer Abwesenheit das sie vertretende Frä. J. aus dem unverschlossenen Kasten 100 Marken gestohlen haben müsse. Dann fügte sie hinzu, sie habe nichts gesagt, weil sie gedacht habe: „Vielleicht habe ich mich auch geirrt.“

Genommen wurde nunmehr der Geschäftsführer Leo Buchholz, der nach der Festnahme der Frau J. in Aktion getreten war. Er erzählte, wie er und ein Herr Richter mit Frau J. in ihre Wohnung gegangen seien und auf eigene Faust Hausdurchsuchung vorgenommen hätten. Gefunden habe er Sparlöffelbücher über zusammen 1500 M., er habe sich über die Höhe des Betrages gewundert und die Bücher — mitgenommen. Auch hat Geld nahm er mit, bis auf einen geringen Betrag, von dem die aus vier Personen bestehende Familie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollte.

Der frühere Liebhaber, ein Herr S., war von der Verteidigung geladen worden und befand sich, tatsächlich habe er 8 Jahre hindurch jährlich 300—450 M. geschenkt. Er verkehrte mit Frä. J. schon seit längerer Zeit nicht mehr, zufällig aber habe sie ihn an jenem Tage getroffen und ihm vornehm sofort erzählt, daß ihr mit Polizei gedroht worden sei und sie daher aus Angst unterschrieben habe, ohne zu wissen, was sie unterschrieb.

Nach solcher Beweisaufnahme galt dem Staatsanwalt noch alles als erwiesen, und er beantragte gegen Frä. J. und Frau J. eine Gefängnisstrafe von 5 bzw. 2 Wochen. Der Verteidiger forderte Freisprechung. Von Diebstahl könne keine Rede sein, durch die Aussagen des Frä. Führer werde diese Beschuldigung widerlegt. Auch Unterschlagung liege nicht vor, es handle sich nur um Marken, die die Kunden direkt schenken oder liegen ließen, das sei Okkupation einer herrenlosen Sache, ähnlich der Aneignung eines weggeworfenen Zigarrenstummels. Jandorf selber habe angeordnet, daß seine Kassierinnen die Marken als herrenloses Gut aufführen, aber freilich für ihn. Das „Geständnis“ sei zustande gekommen dank dem Verfahren, das das Haus Jandorf bei solchen Vorkommnissen anwende, und dem gegenüber die Laufende seiner

Angestellten wehr- und rechtslos seien. Auf bloße Beschuldigungen hin habe man auch die Ersparnisse des Frä. J. an sich gebracht. Angezeigt habe man sie zunächst nicht, auf diese Idee sei man erst gekommen, als sie selber eine Anzeige wegen Erpressung eingereicht hatte. Bei dem Verhör der Angeklagten vor der Polizei sei wieder zugegen gewesen — Herr Buchholz, aber nicht etwa zu seiner eigenen Vernehmung. Zwei unschuldige Frauen gelte es zu retten aus der Umklammerung eines Verfahrens, das vom Hause Jandorf geübt worden sei unter einer Fülle von Verflöhen gegen das Rechtsempfinden.

Das Urteil lautete: Weder Diebstahl aus fremdem Markenbestand noch Unterschlagung aus eigenem Markenbestand ist erwiesen. Erwiesen ist, daß Frä. J. nicht nur direkt geschenkte, sondern auch liegengebliebene Marken genommen hat, aber nur die letzteren waren noch Jandorf's Eigentum. Es liegt also hier Unterschlagung vor, aber Frä. J. mag das als herrenloses Gut betrachtet haben. Mitin ist sie und danach auch die Mutter freizusprechen.

Aus dem Zuhörertraum antwortete ein vielseitiges Bravo, das schließlich dem Hausgericht Jandorf's gegolten haben wird.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Am Sonnabend, den 22. Januar, findet das Stiftungsfest des Wahlvereins in den Gesamträumen des Gewerkschaftshauses statt. Mitwirkende: Zivilberufsmittler-Orchester (Dir.: Herr Kapellmeister P. Haisch), Frä. Marg. Neke (Mezzosopran), Herr Königberg (Kornetdirigente) und Gesangsverein Liberté (R. d. D. A. S. C.), Chormeister Herr P. A. Joseph. Billets 20 Pf., Lang 50 Pf., Anfang 8 1/2 Uhr. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Teltow - Beckow.

Am heutigen Sonntag feiert der Zentralwahlverein des Kreises das Fest seines zehnjährigen Bestehens und zwar in den gesamten Räumen des Volkshauses zu Charlottenburg, Rosinenstr. 3. Beginn nachmittags 4 Uhr.

Rixdorf. Am Dienstag, den 1. Februar d. J., findet die Generalversammlung des Wahlvereins in Doppelsälen, Hermannstr. 49, statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Geschäfts- und Kasienbericht. 2. Disziplin. 3. Wahl eines weiblichen Vorstandsmittgliedes. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Es wird noch ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, daß etwa noch zu stellende Anträge spätestens 8 Tage vor Stattfinden der Versammlung dem Vorstande eingereicht werden müssen. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Charlottenburg, Genossenschaft heute früh: Flugblattverbreitung.

Am Dienstag, den 18. d. M.: Generalversammlung, Jahresbericht, Vortrag des Genossen Eichhorn über: „Deutsche Kolonialpolitik.“

Freibau. Die Wahlrechtsversammlung heute mittag findet für Friedenau und Steglitz gemeinsam im „Albrechtshof“ in Steglitz, Albrechtstr. 1a, statt.

Zeitzendorf (Bannseebahn). Die Genossen treffen sich heute vorm. um 11 Uhr bei Hunger, Teltower Straße, um gemeinsam nach der Wahlrechtsversammlung in Groß-Lichterfelde zu marschieren.

Brix-Budow. Dienstag abend 1/2 10 Uhr bei Bilg: Generalversammlung des Wahlvereins. 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Bericht der Gemeindevorsteher. 3. Ergänzungswahl von drei Funktionären. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Mariendorf. Am Dienstagabend 8 Uhr findet bei Preuß, Kurfürstenstr. 44, unsere Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Disziplin. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Sonstige Anträge und Verschiedenes. Der Vorstand.

Mariensfeld. Die Genossen werden ersucht, mit ihren Frauen an der Versammlung in Mariendorf bei Preuß, Kurfürstenstr. 44, teilzunehmen. Treffpunkt bei Berger, Berliner Straße 114, vormittags 11 Uhr.

Am Mittwoch, den 10. Januar, abends 8 Uhr, findet die Generalversammlung des Wahlvereins ebenfalls bei Berger, Berliner Straße, statt. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl des Vorstandes und Stellungnahme zur Gemeindevwahl.

Lichtenberg. Am Dienstag, den 18. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal der Gebr. Arnhold, Frankfurter Chaussee 5/6, die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Kommissionen. 2. Disziplin. 3. Neuwahl resp. Ergänzungswahl zum Vorstand, der Kommissionen, Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung und Generalversammlung zu Groß-Berlin. 4. Anträge. Das Mitgliedsbuch legitimiert.

Eichwalde-Scutchen-Niederdorf. Heute, Sonntag mittag 12 Uhr: Wahlrechtsversammlung in Königs-Büsterhausen bei Wehborn. Dienstag, den 18. d. M., abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung bei Lindemann, Zeuthen. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Neuwahl. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Teltow. Am Dienstag, den 19. Januar, abends 8 Uhr, findet im Lokal des Genossen B. Bonow die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und der Funktionäre und Neuwahl derselben. Der Vorstand.

Weißensee. Dienstag, den 18. Januar cr., abends 8 1/2 Uhr, findet im „Palästen“, Lehderstr. 122, die Bezirksgeneralversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Kasienbericht. 2. Ergänzungswahlen zur Bezirksleitung. 3. Die bevorstehende Gemeindevorsteherwahlen. 4. Antrag Waltersdörfer. 5. Vereinsangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Bezirksleitung. Bankow. Am Dienstag, den 18. Januar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, findet im Saale von Rogski, Kreuzstr. 3/4, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Es referiert der Kreissekretär Genosse Wähler über das Thema: „Unsere nächsten Aufgaben“. Auch sonst stehen noch sehr wichtige Punkte auf der Tagesordnung. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-West. Dienstag, den 18. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von J. Gördes, Ede Wald- und Eichhornstraße, die Generalversammlung des Bezirkswahlvereins statt. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Bezirksleitung.

Französisch-Buchholz. Heute, Sonntag nachmittags 5 1/2 Uhr, findet bei Kühne, Berliner Straße 99, eine Kollisionsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben und die Steuerpolitik der Gemeinde. 2. Die preussische Wahlrechtsfrage. Referent: Stadtverordneter Dümel-Lichtenberg. Die Bezirksleitung.

Zegel. Am Dienstag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins im Lokal von Jul. Klippenstein, Spandauer Straße 4. Tagesordnung: Bericht der Bezirksleitung, des Kassierers und der Kommissionen. Die Bezirksleitung.

Vorhwalde-Wittenau. Am Dienstag, den 18. Januar, 8 1/2 Uhr abends, findet im Lokal von Jaskinski, Spandauer Straße 43, die Bezirksgeneralversammlung statt. Tagesordnung: Bericht vom Preußentag, Wahl der Funktionäre, Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Hermendorf, Arbeiter, Parteigenossen! In der heute mittag 12 Uhr im „Schweizerhaus“ zu Waldmannslust stattfindenden Demonstrationversammlung findet der Abmarsch um 11 1/2 Uhr vom Bahnhofsberg, Schulzendorfer Straße, statt. Der Bezirksführer.

Spandau. Dienstag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Frey Büble, Davelstr. 20, die ordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes und des Kassierers. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 3. An den Vorstand gerichtete Anträge. 4. Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Ordensbörse.

Nix zu schachern, nix zu handeln? Tette Pöstchen, schöne Orden? Im Geiste sieht man heutzutage hinter unendlich vielen Ordensverleihungen die Figur des modernen Eckenstebers aus der Friedrichstraße. Die Sucht nach Brillanten, Titeln und Orden hat in aller Welt einen Umfang angenommen, der ganz erklärlicherweise zu einem Schacher hinter den Staatskassen führen mußte. Der Verleihende, also der König von Gottes Gnaden, ist nur in den seltensten Fällen in der Lage, die Frage des Verdienstes, dem ein Kronlein aufgesetzt werden soll, richtig zu beurteilen. Und selbst dann noch, wenn die Verleihung aus unmittelbarer Hand erfolgt, sollen in manchen Ländern plötzlich aufwallende Stimmungen, gute Ratschläge unverantwortlicher Ratgeber, geschickt vorbereitete Schiebungen und persönliche Geldinteressen eine recht bedeutende Rolle spielen. Im Rußlande Preußen ist das völlig ausgeschlossen. Hier geht alles am korrektesten Schnürchen, von der obersten Stelle bis zum untersten Altkeschlepper. Rörgler und Kritiker wollen ja mitunter behaupten, daß in Ordensfragen der königlich preussische Landrat die kompetenteste Persönlichkeit ist. Ihm geht von der Regierung das Formular für Ordensverleihungen ein massen zu. Er kann die Sonne seiner landrätlichen Guld nach Gutdünken über Stadt und Land scheinen lassen. Aber daß ein königlich preussischer Landrat aus der Riesenschar der Ordenswürdigen einen Halschen herausgreift und einem Unwürdigen den Piepmatz an die Brust heften läßt, ist einfach undenkbar. Wer am lautesten schimpft auf die bösen Sozis, im ehrlichsten Hilt bei Wahlbeeinflussungen, am kräftigsten Hurra schreit und am tiefsten den Nacken beugt vor des Landrats Hütter-Majestät, der treckt mit an der ungeschmierten Staatsrettungskarre und ist reif für einen Orden. Wir sind ganz einverstanden mit solcher „Bewertung“. Den Karren erkennt man an der umgehängten Schelle und den Staatsretter am behäbigen Knopfloch. Man erzählt wohl, daß in Preußen hier und da Leute dekoriert werden, die sich keiner besonderen Verdienste bewußt und ganz erkaunt sind, daß ihnen ein Piepmatz ins Haus fliegt. Man raunt von Schiebungen, von Schacher, von dem Wurf mit der Patriotenwürst nach der politischen Expediente. Kompletter Unfuss ist das. In Preußen kommt so etwas nun und nimmer vor. Hier ist jeder Minister, jeder Polizeipräsident, jeder Verwaltungsdirektor, jeder Landrat die weltberühmte preussische Korrektheit in Person. Und alle diese mehr oder minder hohen Beamten, die bei Ordensverleihungen ein gewichtiges Wortchen mitzureden haben, würden lieber ihre Pensionierung nachsuchen, als daß sie für die unschätzbare Ehre der Ordensdekoration einen paubern Kerl vorschlagen, der zwar die denkbar höchsten Verdienste um die Menschheit erworben, aber in seinen Personalakten den kleinsten dunklen politischen Punkt aufzuweisen hat.

Wenn wir morgen aus Anlaß des heutigen Ordensfestes wieder mal, wie alljährlich, die ellenlange preussische Ordensliste zu Gesicht bekommen, so schwören wir darauf, daß jeder einzelne der neugeborenen Ritter die Knopflochspende mit volstem Recht verdient hat. Der maßgebenden Stelle kann sogar nicht mal der unverzeihliche Irrtum unterlaufen, daß ein paar Dutzend Freisinnigen, die noch keinen Orden besitzen und sich um den preussischen Staat unbergängliche Verdienste erworben haben, vergessen worden sind. Mit beiden Händen greifen die Beglückten nach der heißerhnten Dekoration. Mit Wonne lesen sie ihren frisch aufpolierten Namen in der Ordensfestliste. Nicht ein einziger wird es so machen, wie vor einigen Tagen jener nach vierzig ehrenvollen Dienstjahren in den Ruhestand getretene Hauptlehrer, der fern von der Bürde des Amtes sich erlöhnte, den Hohenzollernschen Hausorden zurückzuweisen. So ein Undankbarer! Weshalb hat der brave Preuze, dessen „Farbe“ man offenbar nicht genau kannte, das wohl getan? Nur ein Narr wartet auf Antwort.

Die Verwendung von Feuerwehrleuten zu privaten Dienstleistungen.

Es soll nach einer Erklärung des Stadtrats Mugdan in der letzten Stadtverordnetenversammlung auf eine diesbezügliche Klage dieses Unfugs durch einen unserer Genossen nicht mehr stattfinden. Wir haben diese Tatsache zwar schon kurz erwähnt, da aber bei der herrschenden Unruhe in der Stadtverordnetenversammlung die stadträtliche Erklärung selbst auf der Journaltribüne nicht verstanden wurde, wollen wir in Ergänzung unseres Berichtes mitteilen, daß der Herr Stadtrat einen vom Branddirektor der Feuerwehr ganz kürzlich ergangenen an die einzelnen Feuerwehrdeposits gerichteten Abteilungsbeschlusses verlas, in welchem in Zukunft Feuerwehrleute nicht mehr zu Umzügen, Teppichklopfen und dergleichen privaten Hilfeleistungen verwendet werden dürfen. So erfreulich diese Anordnung ist, so bedauerlich bleibt, daß es jahrelanger Klagen in unserem Blatte bedurfte, ehe diese ganz selbstverständliche Anordnung ergangen ist. Hoffentlich wird nun auch nach diesem Befehl gehandelt, so daß wir nicht mehr in die Lage versetzt werden, von neuem diesen Unfug zu geißeln.

In schwerer Stunde hilflos auf der Straße!

Braucht Berlin Schwangerenhelme? Ein Vortrag zur Beantwortung dieser Frage ist das folgende Vorkommnis, das sich Anfang Januar abgespielt hat. Wir berichten darüber erst heute, weil wir erst nach und nach die Hauptzeugen zu ermitteln vermochten, die zur Feststellung des Sachverhalts gehört werden mußten.

Am 5. Januar morgens um 1/4 10 Uhr sah man in der Gegend des Rosenhaler Tores durch die Straßen zwei Frauen wandern, von denen die jüngere sich im Zustande weitest fortgeschrittener Schwangerschaft befand. Vor dem Hause Eissler Straße 3 blieb die Schwangere erschöpft stehen, hielt sich an dem eisernen Schutgitter eines Strohdarmes fest und wand

sch in Schmerzen. Die ältere Frau lief weg, um einen Schuhmann zu suchen, der für die Ueberführung des Mädchens nach der Charité sorgen könnte. Die Hilfe des Schuhmanns, der von Polizei wegen eine Droschke zu beschaffen hätte, schien der Frau nötig, weil sie und das Mädchen nicht in der Lage waren, aus eigener Tasche die Inkosten einer nächsten Droschkenfahrt dranzugeben. Nach einiger Zeit kam denn auch die Frau von der Linienstraße her mit einem Schuhmann herbei und führte ihn zu der Hilflofen, die in diesem Augenblick das sie stützende Gitter losließ und auf den Beamten zu ein paar Schritte tat. Der betrachtete sie, sah sie sodann mit zwei Fingern am Kermel, schob sie ein wenig vorwärts und sagte: „Ach, Sie können noch gehen! Immer gehen Sie weiter, fassen Sie nur die Frau unter!“ Das Mädchen mochte sich von ihm los und lehnte sich an die Hauswand, der Beamte aber meinte seine Schuldigkeit getan zu haben und schritt von dannen. Die Begleiterin der Schwangeren lief jetzt hinüber zu einem anderen Schuhmann, der am Weinbergsweg stand. Aber auch ihn vermochte sie nicht zu überzeugen, daß polizeiliche Hilfe nötig. Die Hilflofen, die bereits die Aufmerksamkeit der am Tor haltenden Droschkenfahrer und auch von Straßenpassanten erregt hatte, war auf den feineren Stufen eines Ladeneinganges entkräftigt zusammengefallen. Mancher wird hier fragen, warum nicht einer der Kutscher sich des Mädchens erbarmte, warum keiner von ihnen die Fahrt nach der Charité übernahm, sei es auch unter Verzicht auf Bezahlung. Gewiß, es gibt Menschenfreunde, die solche Liebesdienste für selbstverständlich halten, wenn — ein anderer sie leisten soll. Aber ein Droschkenfahrer muß trotz aller Nächstenliebe leider auch an das eigene Portemonnaie denken, dem inzwischen vielleicht durch Verlust einer lohnbringenden Fahrt der ersehnte Verdienst entgeht. Dazu kommt noch, daß er für etwaigen Schaden an seinem Fuhrwerk, der beim Transport eines Verunglückten oder einer Schwangeren entsteht, selber dem Fuhrherrn haften muß, wenn nicht die Polizei die Droschke gemietet hat.

Die Begleiterin der Schwangeren lief ein drittes Mal davon, um nochmals Ausschau zu halten nach einem Schuhmann, der bereit wäre, eine Droschke zu mieten. Da erfolgte bereits die Geburt des Kindes! Einer der Kutscher, die die Gebührende umstanden, holte schleunigst die Frau zurück und suchte dann selber einen Schuhmann. In der Gegend des Koppenplatzes traf er drei Beamte, die auf seine Bitte unerbittlich — das sei hier ausdrücklich hervorgehoben — mitkamen. Alle Zeugen, die wir befragten, auch die inzwischen von uns ermittelte Wöchnerin Fräulein L. sowie ihre Begleiterin Frau J., haben uns gesagt, daß besonders ein älterer Schuhmann durch umsichtige Hilfsbereitschaft sich auszeichnete. Er fandte den einen der Beamten nach einem Arzt aus, den anderen nach einer Hebamme, er selber blieb bei der Hilflofen und suchte zusammen mit Frau J. sie durch Zuspruch zu beruhigen. Wir hoffen, daß wir ihm nicht etwa zu einer Rüge wegen Mangels an Kollegialität oder gar zu einer Disziplinarstrafe wegen dienwidrigen Verhaltens verfallen, wenn wir auch das hier feststellen, daß er zu den Mitteilungen der Frau J. über die Untätigkeit der vergeblich um Hilfe gebetenen Beamten unwillig bemerkte: „Ja, wozu sind wir denn da!“ Ein Arzt war nicht aufzutreiben, wie so oft, wenn man in der Nacht einen sucht. Angetroffen wurde aber eine in der Elssäfer Straße wohnende Hebamme Frau S., die sofort herbeieilte. Inzwischen hatte die Entbundene in der rauhen Temperatur der Januarnacht auf den Steinstufen halb sitzend und halb liegend zugebracht, eingehüllt in eine Wogenbede, die ein Kutscher hergegeben hatte. Vor ihr stand in gebückter Stellung Frau J. und hielt in den Händen das von der Mutter noch nicht getrennte Kind, das sie notwendig mit der Schürze umwickelt hatte, um es gegen die Kälte zu schützen. Die ganze Situation war für die Umstehenden vielleicht kaum weniger qualvoll als für die Wöchnerin selber. Als die Hebamme eintraf, griff sie rasch zu, trennte das Kind, hüllte es in Watte und brachte es in einer Droschke unter. Mit gleicher Umsicht und tröstendem Zuspruch nahm sie der Wöchnerin sich an, auch unterließ sie trotz der Schwierigkeit der Umstände nicht die nötigen Vorbeugungsmaßnahmen, um die Mutter wie das Kind vor Infektion zu bewahren. Eine Tasse warmen Kaffees, die man aus einem benachbarten Lokal holte, wurde der Wöchnerin gereicht. Lange dauerte es, bis der herbeigerufene Krankenwagen zur Stelle war. Die Polizeibeamten hatten instruktionsgemäß den Verband für erste Hilfe benachrichtigt. Man sagt uns, es sei genau festgestellt worden, daß das Mädchen um ¼ 4 Uhr am Rosenthaler Tor eintraf, um ¼ 5 Uhr das Kind zur Welt brachte und erst um ¼ 6 Uhr weggeschafft werden konnte.

Fräulein L. wurde samt dem Kinde durch die Hebamme nach der Charité gebracht und fand Aufnahme, obwohl dort sonst nur Schwangere willkommen sind und Entbundene in der Regel abgewiesen werden. Schon etwa acht Tage vorher hatte sie sich in der Charité gemeldet, man schickte sie jedoch heim mit dem Bemerkten, sie möge kommen, wenn es so weit ist. Sie täuschte sich dann darüber, wann es so weit sein könnte, und machte sich erst in der Nacht zum 5. Januar auf den Weg nach der Charité. Frau J., bei der sie wohnte, meinte, es sei nicht möglich, die Entbindung zu Hause vorzunehmen zu lassen. Es scheint, daß die Entbindung auf der Straße in kalter Winternacht erfreulicherweise weder der Mutter noch dem Kind ernstlich geschadet hat. Man hat Fräulein L. schon nach sechs Tagen, am 11. Januar, mit ihrem Kinde aus der Charité entlassen. Sie sagt uns, der Vater des Kindes habe seit Monaten sich nicht mehr um sie gekümmert. Fräulein L. ist Arbeiterin, sie ist aber durch die Geburt des Kindes erwerbslos geworden und befindet sich jetzt in bedrängter Lage.

Der Nachfolger des verstorbenen Direktors Rächig wählte der Magistrat den königlichen Gartenbaudirektor Broderfen in Steglitz.

Ein krankes Huhn! Vor einigen Tagen brachte das „Berl. Tagebl.“ die folgende Annonce, die wir zur Illustration des kapitalistischen Heiratsmarktes und zur Erheiterung unserer Leser zum Abdruck bringen:

Heirat! Welche gemüß. Dame im Alter bis zu 45 Jahren, mit größerem Vermögen, wenn auch leidend oder mit Fehler, würde Heirat mit Herrn Anfang der 30er eingehen. Herr, welcher H. Vermögen besitzt, jedoch ein H. Krankeleiden hat, würde mit reifl. Dame gern zurückgezogen ebenl. stets in Sanatorien leben. Gest. Angebote, auch durch Verwandte, verb. u. J. G. 9000 an d. Exped. d. Bl. erb.

Die sozialdemokratische Presse kann zum Glück mit so „sitzen-trengen“ Anträgen nicht auswarten.

Wilde Hundefänger machen seit Jahr und Tag mit dem Wegfangen von Hunden ein Geschäft. Vielfach sind Hunde an öffentliche Institute verkauft und hier zu Vivisektionen verwendet worden. Leider haben sich die Leitungen der genannten Institute bisher keinerlei Kopfschmerzen darüber gemacht, ob die Hunde auch reell erworben waren. Das soll nun teilweise anders werden. Es wird berichtet:

„Gegenüber der Beunruhigung des Publikums, die dadurch entstanden ist, daß vielfach edle Hunde weggefangen und zu wissenschaftlichen Zwecken an die königliche Charité, die Tierärztliche Hochschule und die königliche Landwirtschaftliche Hochschule usw. verkauft sein sollen, weist die „R. Pol. Corr.“ darauf hin, daß die

königliche Charité-Direktion Anordnung getroffen hat, daß die erforderlichen Hunde fortan nur von konzeptionierten Hundehändlern, welche sich durch Generalsekretärin zu legitimieren haben, gekauft werden dürfen. Auch sollen die mit dem Verkauf der Hunde betrauten Charité-Diener sich einen Schein darüber vorlegen lassen, wo und von wem der betreffende Hund gekauft ist. Von den anderen erwähnten Instituten scheinen ähnliche Anordnungen bisher nicht getroffen worden zu sein; sie sind aber notwendig, weil diese Institute begw. ihre Beamten eventuell sonst wegen Gehelei zur Verantwortung gezogen werden können.“

Am Brandwunden gestorben ist die 22 Jahre alte Arbeiterin Elisabeth Gärtner, die Tochter eines Eisenbahnbeamten, die in der Raufiger Straße 16 in Schlafstelle wohnte und seit zwei Jahren in einer Fabrik in der Eisenbahnstraße als Schraubendreherin beschäftigt war. Das Mädchen wollte vorgehen in der Wirtshauskneipe die nasse und viel mit Cel getränkte Schürze an einem eisernen Ofen trocknen, ohne sie abzunehmen. Es stellte sich dabei so dicht an den glühenden Ofen, daß die Schürze Feuer fing. Bevor die Arbeitgenossen die Flammen löschen konnten, war die unglückliche am Bein, an der Brust, am Hals und am Gesicht schon so schwer verbrannt, daß sie in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Dort starb sie gestern vormittag.

Ueberrfahren und schwer verletzt wurde gestern eine unbekanntes Greislin am der Kreuzung der Berg- und Invalidenstraße. Die Verunglückte liegt im Lazaruskrankenhause so schwer darnieder, daß sie noch nicht vernommen werden konnte. Sie ist etwa 80 Jahre alt und trug einen schwarzen Stragen, einen schwarzen Rock und eine dunkelblaue Jade. Am Arm hatte sie einen braunen Knorb.

Die bekannten weißen Erfrischungsklaren, welche an verschiedenen Hauptverkehrspunkten der Stadt postiert sind und neben festen Genussmitteln nur alkoholfreie Getränke führen, gehen mit dem 1. Februar aus der Verwaltung des Vereins für Kaffeestuben in diejenige des Berliner Frauenvereins gegen den Alkoholismus über, ebenso die drei Erfrischungspäpsten im Roßbiter Justizpalast und die Kantinen der Warmbäder in Charlottenburg und Schöneberg. Der Frauenverein beabsichtigt, noch mehr Erfrischungsklaren in Betrieb zu setzen und diese namentlich auch nach Reu- und zu dirigieren. Ferner ist der Bau drei großer Erfrischungshallen aus Holz, wie eine solche schon vor dem Stettiner Bahnhof steht, vor drei anderen großen Bahnhöfen geplant.

Zwei schwere Straßenbahnunfälle werden vom gestrigen Sonnabend gemeldet. Der 19jährige Bauarbeiter Max Friedrich aus der Hausburgstraße 9 hatte einen Zug der Straßenbahnlinie 64 (Landsberger Allee—Viehhof—Luisenplatz) benützt und verließ vor dem Hause Landsberger Allee 122 den Hinterperren des Motorwagens Nr. 2810 während der Fahrt. Er kam zu Fall und stürzte so unglücklich auf den Fahrdamm, daß er unter einen in diesem Augenblick an dem Straßenbahnwagen vorbeifahrenden Brauereiwagen der Löwenbrauerei geriet, dessen Räder über ihn hinweggingen. Der Verunglückte erlitt Bruch des linken Armes sowie eine schwere Brustquetschung. In beunruhigendem Zustande wurde er nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht.

Der zweite Unfall ereignete sich gegen ¼ 2 Uhr nachmittags am Königsplatz. Dort stieß ein aus der Alsenstraße kommender, mit Sand beladener Wagen der Firma Heinrich Virchow, Hafenplatz 5, gegen den Vorderperren des Motorwagens Nr. 2804 eines in der Richtung nach Nixdorf fahrenden Straßenbahnzuges der Linie 7. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß die Deichsel des Lastwagens durch die Seitenwand in das Wageninnere drang und den Kaufmann August Ludwig Heimstraße 12 wohnhaft, schwer am Kopf und Rücken verletzte. Der Verunglückte mußte in bedenklichem Zustande nach der Charité übergeführt werden. Bei dem Zusammenstoß wurden drei Seitenscheiben des Motorwagens zertrümmert und durch die umherfliegenden Glassplitter trug der in der Nixdorfstraße 21 wohnende Kaufmann Walter Fischer, der ebenfalls im Innern des Straßenbahnwagens saß, erhebliche Schnittwunden im Gesicht und am Hinterkopf davon. Er wurde mittels Droschke nach seiner Wohnung gebracht. Auch ein Pferd eines fremden Gefährtes wurde schwer verletzt.

Unter zahlreicher Beteiligung fand am Freitag in Gäßebiese die Verdringung des Genossen A. Wase wick statt. Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins war vertreten durch den Genossen Voeste, die Agitationskommission durch den Genossen Jucht, der Wahlverein des 4. Berliner Reichstagswahlkreises durch die Genossen P. Hoffmann und Varentzin; außerdem waren einige Genossen des 4. und 6. Kreises anwesend, um ihrem toten Freund und Genossen den letzten Scheidegruß zu bringen. Die Ortsvereine sowie der Kreiswahlverein hatten gleichfalls Vertreter entsandt. Die Leiche war im Saale des Volkshauses aufgebahrt. Die spendenden Kränze schmückten den Sarg. Um ¼ 3 Uhr ergriff Genosse Voeste das Wort zur Trauerrede. Er schilderte den Lebensgang des Verstorbenen, der von frühester Jugend auf mit Sorgen und Not zu kämpfen hatte, aber trotzdem zu jeder Zeit, wenn es galt, für die Partei pflichttreu wirkte. Als Vertreter der Agitationskommission würdigte Genosse Jucht die Verdienste des Verstorbenen als langjähriger Mitglied der Agitationskommission. Als Vertreter des Wahlvereins Gäßebiese spendete Genosse Jael dem Dahingegangenen Worte des Dankes und der Anerkennung. Dann schloß sich der Leichenzug in Bewegung, wobei die Musik Trauerweisen spielte. Es war ein imponierender Zug, wie ihn Gäßebiese gewiß noch nicht gesehen hatte. Am Grab wurden die hübschen Kränze niedergelegt, unter anderem vom Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins, von der Agitationskommission, vom 4. Berliner Reichstagswahlkreis, vom Konsumverein Gäßebiese, Ortsverein Neudamm, Wahlverein Königberg, Ortsverein Gäßebiese, Wesslin usw.

Im Hirnenglanz des Ober-Engadins. Unter diesem langvollen Titel wird jetzt den Besuchern des wissenschaftlichen Theaters Urania in der Lindenstraße eine der herrlichsten Gegenden der Erde in Wort und Bild naturgetreu vor Augen geführt. Alle diejenigen, die in Ermangelung von Mitteln der Sorge und Last des Alltags nicht entweichen, in den von der Altmutter Natur besonders bedachten Gegenden auch nur auf kurze Zeit weder Ruhe noch Erholung suchen können, werden im Geiste in jenes wunderbare Panorama der südlichen Schweiz versetzt. Hier gibt sich die begüterte Klasse im Winter wie im Sommer ein Stelldichein, um Erholung von des „Tages-Last und Mühen“ zu suchen.

Es ist, wie der Vortragende Herr Oscar Wagner ausführte, ein idealer Aufenthalt für alle, „die Zeit haben“. Schon auf dem Wege nach dem Engadinal stoßen wir auf Rufskurorte der internationalen Bourgeoisie. Vom Bodensee geht es durch das obere Rheintal über Chur nach Thuris, der ersten Etappe der Albulabahn. Von hier verfen wir einen Blick in Domlsch, die wildromantische Schönschlucht, die Solisbrüden. Ueber Chur zurück führt uns der Vortragende nach dem berühmten Luft- und Lungenturort Davos. Hier ist auch der internationale Wintersport zu Hause. Die tollkühnen Wagstücke der Weltmeister auf dem Eise erfreuen das Auge der Zuschauer. Wir werden eingeführt in das herrliche Steller des Winters. Von Davos geht es nach Filisur über die höchste steinerne Eisenbahnbrücke Europas. Der Zug befördert uns unter mannigfachen Hindernissen weiter nach Bergün, dem Urbild des Alpenhofes. Nicht mehr weit und wir befinden uns vor der Weihnachtsstube Ober-Engadins. St. Moritz, die internationale Fremden-Empfangsstadt, wird uns in seiner herrlichen Lage naturgetreu mit farbigen Lichtbildern gezeigt. Hier ist nicht nur der internationale Sport, sondern auch die internationale Mode anzutreffen. Ja, hier feiert die Mode der reichen Damenwelt ihren Triumph. Und inmitten dieser wunderbaren Farbkontraste, die uns hier die reine Natur bietet, gedeiht sogar der Totalisator im Dienste des Wintersports.

Wir werden an die Jannquelle bei Maloja geführt; von hier geht es zurück nach Pontresina, über den Gletscher zur Diavolezzahütte. Hier tun wir einen Rundblick auf die Verfinogruppe. Zum

Schluf bringt uns die Verfinabahn ins Fuschlab und nach Tirano. Hier nehmen wir ein Reiserwert der Technik, das Kraftwerk von Comporolago, in Augenschein, das den Betrieb vieler industrieller Unternehmungen sowie die Wasserversorgung seiner umgeben und weiteren Umgebung bewerkstelligt. Noch einmal offenbart sich uns die Natur in ihrer ganzen Schönheit — ein einziges Farben- und Lichtpanorama bietet uns der Frühling am Comer See.

Zu der Wahnstundtragödie in der Pringen-Allee, über die wir gestern berichteten, teilt uns heute der junge Ernst Gebride mit, daß die Stecherei weniger schlimm sei, als dargestellt. Wohl habe er in den Kopf wie in die Arme je einen Stich erhalten, allein die Sache sei nicht so gefährlich. Sein Vater, der die Ausschreibung selbst am meisten betreue, sei auch nicht wieder nach der Irrenanstalt zurückgebracht worden.

Die vom Gesangverein „Liedertafel-West“ veranstaltete Wohltätigkeits-Matinee, welche heute in der „Victoria-Brauerei“, Köpferstr. 111/112, stattfand, beginnt der Versammlungen wegen erst um 1 Uhr.

Großfeuer kam gestern früh 1 Uhr in der Greifswalder Straße Nr. 63/65 zum Ausbruch. Das umfangreiche Grundstück gegenüber der städtischen Gaskanalstation gehört den Wilsa-Wöhlowischen Erben. Auf ihm befinden sich die Baumaterialienhandlung von A. Kosterlich, eine Rutzholzhandlung und ein Fuhrgeschäft. Das Feuer entstand in einem umfangreichen Bretterschuppen von Kosterlich und breitete sich rapide aus. Bald loderten hohe Flammengarben empor, so daß das Feuer weithin sichtbar war. Daher wurde denn auch die Feuerwehr von mehreren Stellen aus alarmiert, so daß sie in großer Stärke an die Brandstelle eilte. Querschnitten Brandmeister G e m p mit dem Automobilzuge. Da ein benachbarter Holzplatz von den Flammen stark gefährdet war, so galt es hauptsächlich, das Feuer zu lokalisieren, was auch mit mehreren Schlauchleitungen gelang. Der Schuppen mit Inhalt wurde jedoch total eingeschert. Unter Zurücklassung einer Brandwache konnten die Löschzüge um 3 Uhr wieder abrücken. Es wird Brandstiftung vermutet.

Das Stiftungsfest der Arbeiter-Bildungsschule findet heute abend in Kellers Festsälen, Koppenstraße, statt. Die Leitung der Schule hat ein Programm zusammengestellt, das allen Teilnehmern einen wirklich künstlerischen Genuß verspricht. Die Gedendrede hält Genosse Dr. Paul Leisch-Beipzig. Bei dem geringen Eintrittspreis von 60 Pf. pro Billett im Vorverkauf und 70 Pf. an der Kasse rechnen die Veranstalter auf zahlreichen Besuch der Parteigenossen.

Im Interesse eines guten Gelingens des Abends werden die Besucher um pünktliches Erscheinen gebeten. Rauchen ist während des Konzertes nicht gestattet. Die Damen werden um Ablegen ihrer Hüte in der Garderobe gebeten. (Näheres siehe im Inseratenteil.)

In der Grenadierstraße 37 sowie in Lichtenberg haben die Kurse in dieser Woche begonnen. In allen Fächern werden noch Teilnehmer aufgenommen.

Die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft macht im Interesse ihrer Jahrgäste darauf aufmerksam, daß die Auslieferung von Hundstagen wochentäglich in der Zeit von 9—3 Uhr in der Krausenstr. 10, Hof links 2 Tr., nur gegen Ausweis der betreffenden Empfänger erfolgt. Als Ausweis gelten neben den amtlichen Bescheinigungen, wie Geburts- und Heiratsurkunden, auch Mietverträge, Invaliditätskarten, Steuerquittungen sowie Fahrkarten mit dem Bildnis der betreffenden.

In seinem Ambulatorium für chirurgische und orthopädische Krankheiten, NO., Neue Königsstr. 3, hat Herr Dr. R. Hirsch ein Röntgenlaboratorium eingerichtet. Es findet dortselbst täglich ¼ 11—¼ 12 Uhr insbesondere für angeborene und erworbene Krümmungen und Verkrümmungen des kindlichen Alters, Gelenkerkrankungen, Folgen von Lähmungen usw. eine poliklinische Sprechstunde statt.

Arbeiter-Diszidenten-Kunstausstellung, Gewerkschaftshaus, SO., Engelsufer 15. Die Ausstellung ist heute 12—8 Uhr zu besichtigen. Abends 8 Uhr: einleitender Vortrag des Veranalters.

In der Frauenversammlung am Freitagabend bei Keller wurde ein Kompadour mit Inhalt gefunden. Abzuholen in der „Vorwärts“-Expedition, Raufiger Platz 14-15.

Arbeiter-Samariterkolonne. Montag abend 9 Uhr, 1. Abteilung, Dresdener Straße 45: Vortrag über Bewußtlosigkeit, Ditschlag, Witschlag und Beschädigungen durch Elektrizität. Anschließend praktische Uebungen.

Mittwoch 5. Abteilung und am Donnerstag 3. und 4. Abteilung.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Der Haushaltsplan für 1910 ist im Voranschlag fertiggestellt und der Stadterordnetenversammlung unterbreitet worden. Die erste Lesung wird bereits am Montag ihren Anfang nehmen. Der Gesamtetat schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 30 427 810,62 M. ab. Er ist also um 1 774 198,50 M. niedriger als im Vorjahre. Dieses Weniger hat seine Ursache in den gegen das Vorjahr geringer eingestellten Baukosten für die Untergrundbahn. Im vorjährigen Etat waren für den Bau der Untergrundbahn rund 9 Mill. Mark eingestellt, während der diesjährige Etat nur den Rest der Bau-summe in der Höhe von 8 Mill. Mark aufweist. Bekanntlich soll der Betrieb der Untergrundbahn bereits am 1. Oktober 1910 eröffnet werden. Von dem Gesamtetat entfallen auf die ordentliche Verwaltung 15 898 616,19 M. (2 446 426,07 M. mehr wie im Vorjahre) und auf die außerordentliche Verwaltung 14 529 194,43 M. (4 220 624,57 M. weniger wie im Vorjahre).

Ueberschüsse bringen die folgenden Einzelata: Verkehrs- etat 158 424 M. (1909: 158 763,50 M.), Friedhofsetat: 6882 M. (1909: 22 408 M.) und der Steueretat: 6 453 692 M. (1909: 5 904 868,12 M.). Der Zuschlag der Gemeindefinanzsteuer, der im Jahre 1909 auf 90 Proz. herabgesetzt wurde, ist wieder auf 100 Proz. erhöht worden. An Einnahmen aus der Wert- zu w a h s t e u e r sind für das kommende Etatsjahr 500 000 M. eingestellt worden. Im jetzigen Etatsjahr hat die Wertzuwachssteuer in der Zeit von Ende April bis Ende Dezember 720 000 M. eingebracht.

Zuschüsse erfordern die folgenden Einzelata: Allgemeine Verwaltung: 1 864 080 M. (1909: 1 763 808,12 M.), die Gaueata: 5184 M. (1909: 281 446 M.), Schuletat: 2 483 198 M. (1909: 2 519 349 M.), Armenetat: 320 988 M. (1909: 309 690 M.), Kranken- hand: 568 289 M. (1909: 517 067 M.), Desinfektionsanstalt: 23 840 M. (1909: 19 155 M.), Etat für gemeinnützige Einrichtungen: 237 861 M. (1909: 210 488 M.), Feuerlöschwesen: 279 858 M. (1909: 269 062 M.), Gärtneretat: 123 117 M. (1909: 107 159 M.). Die Untergrund- bahn, die am 1. Oktober 1910 in Betrieb genommen werden soll, erfordert für das erste halbe Jahr einen Zuschuß von 263 278 M. Der Zuschuß zum Schuletat setzt sich zusammen aus 43 309 M. für die Fortbildungsschule, 1 115 037 M. für das höhere Schulwesen und 1 625 852 M. für die Volksschule. Der Etat für gemeinnützige Ein- richtungen setzt sich aus folgenden Positionen zusammen: Wohlfahrts- stiftung: 156 468 M. Zuschuß (1909: 148 833 M.), Volkshausanstalt: 9238 M. (1909: 7475 M.), Volkshäuser: 43 751 M. (1909: 37 552 M.), Arbeitsnachweis: 12 835 M. (1909: 9910 M.), Unter- fundstroom: 2800 M. (1909: 2825 M.), Rechtsanwaltsstelle: 3900 M., Krankenbeförderung: 5772 M. (1909: 6395 M.) Zuschuß. Der Beitrag zu den Kosten der Polizeiverwaltung hat sich von 278 000 auf 281 000 M. erhöht.

Die Wahl im dritten Kommunalbezirk findet am Dienstag, den 18. Januar, von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr, im Restaurant Herold, Hauptstr. 20, statt. In diesem Bezirk ist ein Hausbesitzer zu wählen. Es ist uns gelungen, in der Person des Genossen Otto Reiche, Lagerhalter, einen geeigneten Hausbesitzerkandidaten zu finden. Darum ist es notwendig, alle Kräfte einzubeziehen, um den Bezirk mit einer erheblich höheren Stimmenzahl zu behaupten als es vordem der Fall war. Mit dem Einzug des Genossen Reiche in das Stadtparlament wird die sozialdemokratische Fraktion mit ihren dreizehn Vertretern die zweitstärkste Fraktion. Es steht ihr in allen Deputationen und Ausschüssen eine stärkere Vertretung zu als bisher. Zweimal ist der dritte Bezirk von der Sozialdemokratie erobert worden, nun gilt es, das drittemal den Bezirk glänzend zu behaupten, und da müssen alle Wähler zeigen, wie unermüdet sich jeder gewillt ist, den Beweis einer gut geschulten Organisation und gut disziplinierten Arbeiterkraft zu erbringen. Das Schlepplokal befindet sich bei J. Wieloch, Grunewaldstr. 82. Hier wollen sich die Parteigenossen, die bereit sind, Wahlhilfe zu leisten, am Tage der Wahl einfinden. Am Montag, den 17. d. Mts., abends 7 Uhr, sind bei J. Wieloch, Grunewaldstr. 82, die Wahlarbeiten zu erledigen, wozu das Erscheinen aller Genossen notwendig ist.

Rixdorf.

Ein Salzsäuresprecher treibt am hiesigen Ort sein Unwesen. Als vorgestern abend um 9 Uhr zwei Töchter der Hauseigentümer B. und C. die Pflanzstraße zwischen der Berg- und Lessingstraße entlang gingen, kam ein Mann von hinten dicht an sie heran und ging dann langsam vorbei. Bald darauf merkte Fräulein C., daß sich ihr Kleid nach anfänglichem Widerstand mit Salzsäure befüllt und zum Teil zerfressen waren. — In einem anderen Falle ist der Frau eines Buchbinders das Kleid mit Salzsäure bespritzt, aber weniger beschädigt worden. Der Unhold ist etwa 1,60 Meter groß und 30 Jahre alt und trug einen dunklen Leberzieher, dunkle Weinleider und einen Filzhut.

Morgen, Montag, den 17. Januar, findet in Hoppes Festsaal, Hermannstraße 49, der dritte Vortrag über „Die Geschichte unserer Erde“ statt. Der Vortragende, Genosse Engelbert Graf, behandelt die Geologie der Erdgeschichte. Die Teilnehmer werden ersucht, rechtzeitig zu erscheinen, da der Vortrag präzis 8 1/2 Uhr abends seinen Anfang nimmt.

Am Sonntag, den 23. Januar, gelangt nachmittags 2 1/2 Uhr im Rixdorfer Stadttheater, Bergstr. 147, „Der rote Leutnant“ von Goldschmidt u. Kiendl zur Aufführung. Eintrittskarten a 80 Pf. sind bei den Funktionären erhältlich. Der Bildungsausschuss.

Lichtenberg.

Die Neuwahlen der Richter zum hiesigen Gewerbegericht finden für die Arbeitnehmer am Mittwoch, den 2. Februar 1910, nachmittags von 3 bis 8 Uhr statt. Zu wählen sind 8 Richter in 4 Bezirken. Wahlberechtigt ist jeder Arbeiter, welcher das 25. Lebensjahr vollendet und im hiesigen Gemeindebezirk Wohnung oder Beschäftigung hat. Die Arbeitnehmer haben ihr Wahlrecht in demjenigen Wahlbezirk auszuüben, in welchem sie zur Zeit der Vornahme der Wahl in Arbeit stehen oder in welchem sie, falls sie nicht innerhalb des Gemeindebezirks beschäftigt sind, wohnen. Als Legitimation gilt für die Arbeiter ein Zeugnis ihres Arbeitgebers, durch welches bestätigt wird, daß der Arbeiter innerhalb des Gewerbegerichtsbezirks in Arbeit steht, oder ein Zeugnis des Einwohnermeldeamts, daß derselbe am Orte wohnt. Alles Nähere wird durch Plakate bekanntgegeben. Arbeiter, sorgt für weitestehende Verbreitung dieser Notiz!

Berliner Gewerkschaftskommission.
Abteilung Lichtenberg.

Friedrichsfelde.

Unsere nächsten Aufgaben lautete das Thema eines Vortrages, den Gen. Bühler-Lichtenberg in einem gut besuchten gemeinsamen Jahlabend hielt. Der eingehende Vortrag, in welchem der Redner zum Schluß die Vermittlung zu unablässiger Agitation aufforderte, fand lebhaften Beifall. Gen. Schwenk ersuchte die Versammelten, auch bei den im März stattfindenden Gemeindevertreterwahlen im Orte auf dem Platze zu sein. Als Kandidaten wurden die Genossen Otto Finsler, Angeseffener, und Emil Dehler, Nichtangeseffener, aufgestellt und von der Versammlung einstimmig bestätigt. Vom Vorsitzenden wurde noch auf die Gründung des Jugendheims Lichtenberg-Friedrichsfelde hingewiesen und um rege Unterstützung desselben durch die Genossen ersucht.

Boffen.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurden die neu gewählten Vertreter eingeführt. Unter anderen auch unsere Genossen Wilmann und Ridzewski. In den Stadtverordnetenrat wurden die Herren Rentier Spiegel zum Vorsteher, Knöfelst zum Stellvertreter, Selz zum Schriftführer und Guerte zu dessen Stellvertreter, in die Deputation Herr Präger gewählt. Bei Punkt Beschlußfassung in der Prozedur gegen die Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft wurde beschlossen, diese Angelegenheit einem ordentlichen Bericht zu übergeben. Die Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft halte bekanntlich mit der Stadt einen Vertrag abgeschlossen dahingehend, daß die Stadt bei eventueller Einführung von Gas eine bestimmte Anzahl von Gaslaternen aufstellen dürfe. Jetzt bei der Einführung des Gases ist die Stadt über die Zahl der aufzustellenden Gaslaternen hinausgegangen. Die Gesellschaft machte nun die Stadt in einem Schreiben auf die Übertretung des Vertrages aufmerksam. Die Stadtverordnetenversammlung entschied wie bereits erwähnt. Bei der Abstimmung enthielten sich unsere Genossen der Stimme. Der Herr Vorsteher Spiegel stellte aber fest, daß der Antrag gegen zwei Stimmen angenommen sei. Genosse Ridzewski wollte nun den Herrn Spiegel belehren, daß der Antrag mit zwei Stimmenthaltungen angenommen worden sei. Nun brauste der alte Herr auf und erwiderte darauf, daß er die Geschäftsordnung mache. — Für die Errichtung einer neuen Lehrstelle an der Gemeindefschule wurde beschlossen, eine Lehrerin anzustellen. Bei dieser Gelegenheit wurden die hiesigen Schulverhältnisse als in keiner Weise zureichend bezeichnet. Trotz der Anstellung der neuen Lehrerin kommen auf jede Klasse noch 62 Kinder. Genosse Ridzewski betonte, daß die Klagen wegen mangelnden Unterrichts auf die hohe Frequenz der Klassen zurückzuführen sei. Herr Bürgermeister Dr. Wirth versprach, nach besten Kräften diese Zustände zu beseitigen. Diefür wurde die Anstellung eines Schularztes beschlossen. An Untersuchungskosten wurden pro Kind 85 Pf. bewilligt. Genosse Wilmann beantragte 50 Pf. Untersuchungskosten pro Kind, da auf eine sorgfältige Untersuchung der Kinder Wert gelegt werden müßte. Die Summe erschien dem Schulamtsrat als viel zu hoch. Genosse Ridzewski brachte dem Herrn in Erinnerung, daß er damals für Beteiligung der Kosten zum Ankauf eines Grundstücks für die höhere Schule (Schülerfrequenz 14 Schüler) 65 000 M. mitbewilligt hätte, ohne irgendwelche Bedenken über die Heberbürdung des Stadtsäckels geäußert zu haben. Für die Feuerwehre wurden zur Anschaffung eines Gerätemagens und anderer Geräte in ungefährer Höhe 2000 M. bewilligt. Genosse Ridzewski empfahl noch die Anschaffung eines Sauerstoffapparates. Unter Verschiedenem kündigte der Bürgermeister eine Vorlage in Form einer Schenksteuer an.

Potsdam.

Das Ende eines Sonderlings. Auf eine sonderbare Weise hat der 75 Jahre alte Besitzer Gärtner August Kuhlmeier gestern sein Ende gefunden. Auf einem hübschen Terrain hatte er eine Erdhöhle ausgehoben, die ihn zu seinem Aufenthalt dienen sollte,

wenn er sich aus dem Gefängnis seiner Angehörigen zog. Als er sich nun in seiner Höhle aufhielt, brach der Boden ein und die Erdmassen begruben bei lebendigem Leibe den alten Sonderling, der nebenbei bemerkt zu den begüterten Leuten Potsdams zählt. Passanten hörten ein Röcheln aus dem eingestürzten Höhlenraum dringen und beranlaßten mit Angehörigen des vermissten K. die Requirierung der städtischen Feuerwehre. Trotz der Anwendung des Sauerstoffapparates war jede Hilfe vergeblich. K. ist ein Opfer seiner Absonderlichkeit geworden.

Spandau.

Der vom Bildungsausschuss eingeleitete und von der Berliner Kolonne abgehaltene Samartextkursus ist nunmehr beendet. Die Teilnehmer an demselben haben für Spandau eine Samartextkolonne gegründet, welche der Arbeiterkraft von Spandau und Umgebung zur Verfügung steht. Vorsitzender ist Fritz Beckles, Bismarckstraße 5. Die Kolonne erwartet auch die moralische und finanzielle Unterstützung der Spandauer Arbeiterkraft.

Um weiteren Kreisen zu ermöglichen, einen Kursus mitzunehmen, beginnt am Donnerstag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, bei Böhle, Havelstraße, ein neuer Samartextkursus, zu dem auch die Frauen besonders eingeladen sind.

Der erste Vortrag lautet über Zweck und Ziele des Kursus und über Anatomie (Bau des menschlichen Körpers), dem weitere Vorträge über Verletzungen, Verbrennungen, Knochenbrüche usw. folgen werden. In Aussicht genommen sind etwa 8 Abende. Nach den Vorträgen finden Verbandübungen statt. Es wird um rege Beteiligung ersucht.

Kowawes.

Die endgültige Beschlußfassung über den Bau eines Realgymnasiums beschäftigte in längerer Debatte die letzte Sitzung der Gemeindevertretung. Ein Beschluß der Sitzung vom 18. Dezember v. J. hatte den Gemeindevorstand ersucht, mit dem Provinzialschulkollegium zu verhandeln, um den Bau des Realgymnasiums noch um ein oder zwei Jahre hinauszuschieben, eventuell den Bau vorläufig ohne Direktorenwohnhaus auszuführen, da der Gemeinde in diesem Jahre sowieso schon sehr erhebliche Mehrausgaben bevorstehen. Der Bürgermeister gab die Antwort der Provinzialschulbehörde bekannt; danach verlangt dieselbe, daß der Bau in 11 1/2 Jahre Direktorenwohnhaus zum 1. April 1911 unbedingt fertiggestellt sein müsse. Die Gemeinde Neudorf habe seinerzeit die Bedingungen zur Errichtung einer höheren Lehranstalt vertraglich anerkannt. Die Schulbehörde müsse nun von den vereinigten Gemeinden die Erfüllung des Vertrages verlangen. Der Direktor des Gymnasiums, Dr. Scheel, legte sich mit berechneten Worten für die schleunige Bauausführung eines Realgymnasiums ein. Genosse Böllner stellte den Antrag, über die Vorlage getrennt abzustimmen, da die Vertreter der 3. Abteilung in Anbetracht der unzulänglichen finanziellen Verhältnisse unseres Ortes nicht für den Bau eines so teuren Direktorenwohnhauses stimmen könnten. Schließlich wurde die Vorlage des Gemeindevorstandes gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, die nur für den Bau des Schulhauses stimmten, angenommen. Es wird also das Realgymnasium mit dem Direktorenwohnhaus nach einem Kostenvoranschlag von rund 400 000 M. gebaut; die Zeichnungen sollen schleunigst den zuständigen Behörden eingereicht werden. — Einem Antrage der Besitzerin des Grundstücks Ecke Bödemannstraße und Weg nach Steinlinden auf Anschluß an unsere Brauchwasserkanalisation und Eingemeindung nach Kowawes wurde nach einem vorgelegten Vertrage zugestimmt. Danach hat die Besitzerin 2000 M. sofort und, sobald das Grundstück nach Kowawes eingemeindet oder eine der beiden Straßen kanalisiert wird, noch 2800 M. nachzuzahlen. Bei dieser Gelegenheit teilte der Bürgermeister mit, daß die eingeleiteten Verhandlungen mit dem Forstinspektors weds Eingemeindung des forstinspektorschen Grundstückes bis zur Bekleinerung Bahn und darüber hinaus zu Kowawes auf prinzipiellen Widerstand bei der Regierung resp. dem zuständigen Minister stießen, da von beiden Instanzen gegen die Umgemeindung forstinspektorschen Terrains vor dessen Verkauf an Privatpersonen Bedenken geltend gemacht werden. Die Pflasterung der Habel- und Wiesenstraße kostet 14 134,14 Mark. Die Anlieger haben 7067,07 M., das macht 10,79 M. pro laufenden Meter, auszubringen. Als letzter Punkt der öffentlichen Tagesordnung stand die Beschlußfassung eines Ortstatuts über die Bildung eines Gewerbegerichts zur Beratung. Gemeindevertreter Rechtsanwalt Altman erstattete Bericht über die stattgefundenen Kommissionsberatungen. Da die von der organisierten Arbeiterkraft gestellten Wünsche durchweg in der Vorlage berücksichtigt waren, kam es zu keiner bemerkenswerten Debatte; das Ortstatut wurde einstimmig beschlossen. Es tritt voraussichtlich mit dem 1. April d. J. in Kraft. Somit ist ein seit langen Jahren durch viele Eingaben des Gewerkschaftsrates an die beiden früheren Gemeinden erzieltes Ziel endlich erreicht. Die Vorarbeiten zur Wahl resp. zur Auffstellung von Kandidaten sind auch bereits im Gange.

Gerichts-Zeitung.

(Siehe auch 2. Beilage.)

Was einem Mitgliede der Steuereinkommungskommission alles passieren kann, zeigte in recht drastischer Weise eine Verhandlung, mit welcher sich gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts I zu beschäftigen hatte. Wegen tätlicher Verleumdung und Freiheitsberaubung war der Händler Moritz Jacoby angeklagt. Der im Süden der Stadt wohnhafte Uhrmacher Schüler ist zum Mitgliede der Steuereinkommungskommission ernannt. Er hatte den Auftrag erhalten, bei dem ihm gegenüber wohnhaften Angeklagten Jacoby Recherche in einer Steuerangelegenheit vorzunehmen. Da die meisten Leute des Wochenlages nicht anzutreffen waren, hatte der Verleumdete sich schon den Sonntagvormittag zu diesen Recherchen aufgeschult. Nachdem Schüler schon einmal vergeblich bei dem Angeklagten gewesen war, hatte er endlich am 27. Juni das Glück, diesen anzutreffen. Dieses „Glück“ präsentierte sich ihm auch bald von einer recht unangenehmen Seite. Kaum hatte er erklärt, daß er „von der Steuer komme“, als er einen Stoß vor die Brust erhielt, so daß er zurücktaumelte. Nachdem ihm der Angeklagte noch verächtliche amtlige Schriftstücke aus der Hand gerissen hatte, wurde ihm die Tür vor der Nase zugemacht, so daß er unrichtiger Sache wieder abziehen mußte. Der Angeklagte schien aber mit dieser liebendwürdigen Behandlung des Steuerbeamten sein Mitleid noch nicht genügend gefühlt zu haben. Er verfolgte ihn bis auf die Straße, warf ihm hier am Hals und schleifte ihn wie einen schweren Verbrecher nach der nächsten Polizeiwache. Hier verlangte der Angeklagte die Feststellung der Personalien des Schülers, den er als einen Schwindler bezeichnete. — Vor Gericht behauptete der Angeklagte, der Meinung gewesen zu sein, daß er es tatsächlich mit einem Betrüger zu tun gehabt habe, der sich zu Unrecht als Steuerbeamter ausgegeben habe. Die Vernehmung wurde jedoch durch die Behauptung, daß der Angeklagte mit Rücksicht darauf, daß es sich um eine ganz gräßliche Ausbreitung handele, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 1 Monat Gefängnis.

Opfer der Schundliteratur.

Im Juni d. J. lief bei dem Prinzregenten von Bayern ein Schreiben aus Bamberg ein, worin gefordert wurde, den Hauptlehrer Dorn an der dortigen Domschule zu entlassen, da er die Schüler barbarisch mißhandele, ferner sei sofort die zweite Schulklasse aufzuheben; für den Fall, daß der Forderung nicht stattgegeben werde, wurde die „Revolution“ angedroht, alles werde niedergemetzelt, 4634 Mann ständen mit Revolvern bereit. Der Brief war unterzeichnet: „Mit besten Grüßen 4634 Arbeiter.“ Ein Brief ähnlichen Inhalts gelangte auch an das bayerische Kultusministerium. Als der Absender wurde ein 13-jähriger Hausbursche in Bamberg ermittelt, der am Jüngling zum Besuch der Sonntagsschule seinen Gefallen fand. Um gleich in die letzte Klasse zu

kommen, beging er eine Urkundenfälschung. Er ist durch die Lektüre von Schundliteratur veranlaßt worden, seinen Jovoc auf diesem abenteuerlichen Wege zu verfolgen. Das Jugendgericht verurteilte ihn zu 3 Wochen Gefängnis.

Den kindischen Streich durch Gefängnis zu bestrafen statt erzieherisch einzuwirken und allenfalls einen Verweis zu erteilen, beweist die völlige Unzulänglichkeit unseres Strafsystems gegen Jugendliche. Solche Strafen wirken genau so enttäuschend wie die Schundliteratur.

Oeffentlich bemerkbare „Arbeit“.

Unendlich häufig hat das Kammergericht Urteile bestätigt, die Klugheit- und Kalenderverbreiter von der Sünde, sich dadurch strafbar gemacht zu haben, freisprechen. Freilich hat es auch genau entgegengesetzten Urteilen seinen Segen erteilt. Dies nennt man „Machtscheinheit“.

Vor uns liegt ein am 30. Dezember gefälltes Urteil des Kammergerichts Berlin, das zwei Arbeiter mit 50 M. bestrafte, weil sie Kalender an einem Sonntag verbreitet hätten. Die Arbeiter waren für ihre durchaus zulässige nützliche Tätigkeit mit einem Strafbefehl von 10 M. bedacht. Auf Einspruch hiergegen kam das Kammergericht zu dem erwähnten Urteil. Die Gründe sagen kurz, die Arbeiter hätten das altpreussische Pflanzgesetz und die Sonntagshilfsverordnung verletzt. Darüber, weshalb die Kalender als „Belanntmachung“, „Anruf“ oder „Klatsch“ anzusehen sind oder weshalb die Verbreitung eine „Arbeit“ gewesen sei, ob sie entgeltlich oder unentgeltlich erfolgt ist, kein Wort. Desto redseliger wird das Urteil bei Aufzählung der Gründe für die enorme Strafe. Sie beträgt ja fast das Doppelte dessen, was als Sühne für rund 20 Säbelhiebe und Abhauen des Armes eines Arbeiters jüngst von der Lübecker Strafkammer gegen einen Sendarmen erkannt ist. Diese Gründe bejagen: „Bei Abweisung der Strafe erschien der schamlose und aufreizende Inhalt der verteilten Kalender, der Umstand, daß die Angeklagten den Juraten des Reigen Krappe nicht Folge geleistet haben, als strafschärfend, ebenso ihr Leugnen vor Gericht in dem Verhandlungstermin.“ Nun machte sich der Leser ein Bild von dem „schamlosen Inhalt des Kalenders“, davon, was der Zeuge zugehört hat und von dem „Vertrauen vor Gericht“ — aus dem Urteil ist kein Wort darüber zu entnehmen. Der im Urteil verschwiegene Tatbestand ist auch gleichgültig. Die Strafschärfungsgründe ergeben, daß „der schamlose und aufreizende Inhalt der Kalender“ es den Richtern angetan hat. Handelt es sich etwa um einen unzüchtigen Kalender? Keineswegs. Der Kalender war der „Märkische Landbote“, jenes treffliche, hochsittliche, ausführende Agitationsbüchlein, das unsere Gegner in Harnisch gebracht hat, weil es ausfallend wirkt. Die Urteilsbegründung quittiert undenkbar über diesen Erfolg des Kalenders. Das mag als mildernder Umstand für das Urteil passieren. Gegen daselbe ist selbstverständlich Berufung eingelegt.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Lohengrin. (Anfang 7 Uhr.) Montag: Carmen. Dienstag: Tristan und Isolde. (Anfang 7 Uhr.) Mittwoch: Rigoloso Hochzeit. Donnerstag: Fideles. Freitag: Einmal um die Welt. Samstag: Einmal um die Welt. Sonntag: Marie, die Tochter des Regiments, Die Puppenknecht. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Strandsünder. Montag: Der deutsche König. Dienstag: Strandsünder. Mittwoch: Der deutsche König. Donnerstag: Strandsünder. Freitag: Die Welt, in der man sich langweilt. Samstag: Strandsünder. Sonntag: Die Rabensteinerin. Montag: Die verurteilte Glode. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Neues königl. Opernhaus. Sonntag: Nathan der Weise. Montag: Der Amerikafahrer. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Dienstag bis Sonntag: Gefährlich. Sonntag: Wagnon. Montag: Der Amerikafahrer. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Deutsches Theater. Sonntag: Der Widerspenstigen Zähmung. Montag: Dorn. Dienstag: Der Widerspenstigen Zähmung. Mittwoch: Der gute König Dagobert. (Anfang 7 Uhr.) Donnerstag: Der Widerspenstigen Zähmung. Freitag: Der gute König Dagobert. Samstag: Der Widerspenstigen Zähmung. Sonntag: Der gute König Dagobert. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Montag: Don Carlos. (Anfang 6 1/2 Uhr.)
Deutsches Theater (Kammertheater). Sonntag: Der Kaufmann von Venedig. Montag: Der Graf von Gleichen. Dienstag: Das Heim. Mittwoch: Frühlingserwachen. Donnerstag: Das Heim. Freitag: Der natürliche Vater. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Samstag: Der Arzt aus Scheibeburg. Sonntag: Der natürliche Vater. Montag: Das Heim. (Anfang 8 Uhr.)
Leistungstheater. Sonntag: Das Räuber. Montag: Das Räuber. Dienstag: Das Räuber. Mittwoch: Das Räuber. Donnerstag: Das Räuber. Freitag: Das Räuber. Samstag: Das Räuber. Sonntag: Das Räuber. (Anfang 8 Uhr.)
Berliner Theater. Sonntag: Doktor Eisenhart. Montag: Doktor Eisenhart. Dienstag: Doktor Eisenhart. Mittwoch: Doktor Eisenhart. Donnerstag: Doktor Eisenhart. Freitag: Doktor Eisenhart. Samstag: Doktor Eisenhart. Sonntag: Doktor Eisenhart. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Neues Theater. Abends: Don Juans letztes Abenteuer. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Sonntag: Mit Heideberg. Montag und Dienstag: Ihr letzter Brief. Mittwoch: Mit Heideberg. Donnerstag: Frank, I. Teil. Freitag: Julius Caesar. Samstag und Sonntag: Der große Lotz. Montag: Ihr letzter Brief. (Anfang 8 Uhr.)
Heddel-Theater. Sonntag: Der Wirt. Montag: Der Wirt. Dienstag: Der Wirt. Mittwoch: Der Wirt. Donnerstag: Der Wirt. Freitag: Der Wirt. Samstag: Der Wirt. Sonntag: Der Wirt. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Königliche Oper. Sonntag: Die Heldenmänner. Abends: Das Tal der Liebe. Montag: Die Heldenmänner. Dienstag: Das Tal der Liebe. Mittwoch: Die Heldenmänner. Donnerstag: Das Tal der Liebe. Freitag: Die Heldenmänner. Samstag: Das Tal der Liebe. Sonntag: Die Heldenmänner. (Anfang 8 Uhr.)
Kleines Theater. Sonntag: Die Heldenmänner. Montag: Die Heldenmänner. Dienstag: Die Heldenmänner. Mittwoch: Die Heldenmänner. Donnerstag: Die Heldenmänner. Freitag: Die Heldenmänner. Samstag: Die Heldenmänner. Sonntag: Die Heldenmänner. (Anfang 8 Uhr.)
Theater des Westens. Sonntag: Die Heldenmänner. Montag: Die Heldenmänner. Dienstag: Die Heldenmänner. Mittwoch: Die Heldenmänner. Donnerstag: Die Heldenmänner. Freitag: Die Heldenmänner. Samstag: Die Heldenmänner. Sonntag: Die Heldenmänner. (Anfang 8 Uhr.)
Schiller-Theater O. Sonntag: Die Heldenmänner. Montag: Die Heldenmänner. Dienstag: Die Heldenmänner. Mittwoch: Die Heldenmänner. Donnerstag: Die Heldenmänner. Freitag: Die Heldenmänner. Samstag: Die Heldenmänner. Sonntag: Die Heldenmänner. (Anfang 8 Uhr.)
Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag: Die Heldenmänner. Montag: Die Heldenmänner. Dienstag: Die Heldenmänner. Mittwoch: Die Heldenmänner. Donnerstag: Die Heldenmänner. Freitag: Die Heldenmänner. Samstag: Die Heldenmänner. Sonntag: Die Heldenmänner. (Anfang 8 Uhr.)
Friedrich-Wilhelms-Theater. Sonntag: Die Heldenmänner. Montag: Die Heldenmänner. Dienstag: Die Heldenmänner. Mittwoch: Die Heldenmänner. Donnerstag: Die Heldenmänner. Freitag: Die Heldenmänner. Samstag: Die Heldenmänner. Sonntag: Die Heldenmänner. (Anfang 8 Uhr.)
Volkstheater. Sonntag: Die Heldenmänner. Montag: Die Heldenmänner. Dienstag: Die Heldenmänner. Mittwoch: Die Heldenmänner. Donnerstag: Die Heldenmänner. Freitag: Die Heldenmänner. Samstag: Die Heldenmänner. Sonntag: Die Heldenmänner. (Anfang 8 Uhr.)
Kaisertheater. Sonntag: Die Heldenmänner. Montag: Die Heldenmänner. Dienstag: Die Heldenmänner. Mittwoch: Die Heldenmänner. Donnerstag: Die Heldenmänner. Freitag: Die Heldenmänner. Samstag: Die Heldenmänner. Sonntag: Die Heldenmänner. (Anfang 8 Uhr.)
Rose-Theater. Sonntag: Die Heldenmänner. Montag: Die Heldenmänner. Dienstag: Die Heldenmänner. Mittwoch: Die Heldenmänner. Donnerstag: Die Heldenmänner. Freitag: Die Heldenmänner. Samstag: Die Heldenmänner. Sonntag: Die Heldenmänner. (Anfang 8 Uhr.)

Mittwoch: Faust. Donnerstag: Der Hize-Papa. Freitag: Faust. Sonnabend: Die Gräber. Sonntag: Der Hize-Papa. Montag: Deborah. (Anfang 8 Uhr.)

Neues Operetten-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Zigeunerbaron. Abends: Der Graf von Luxemburg. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Zigeunerbaron. (Anfang 8 Uhr.)

Volkstheater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Man soll seine Biere schreiben. Abends: Der dumme Bant. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Man soll seine Biere schreiben. (Anfang 8 Uhr.)

Thalia-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die ewige Lampe. Abends: Die Dollarpingelien.

Neuburg-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrolleur. Abends: Im Taubenschlag. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht. (Anfang 8 Uhr.)

Woods-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Hältenbesitzer. Abends: In russischer Leibesgenossenschaft. Dienstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Mittwoch: Pampasgabeln. Donnerstag und Freitag: Urtliche Arbeit. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Urtliche Arbeit. Abends: Geschlossen. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Urtliche Arbeit. Abends: Urtliche Arbeit. (Anfang 8 Uhr.)

Trianon-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Coralle u. Co. Abends: Parisisches Mel. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Parisisches Mel. (Anfang 8 Uhr.)

Rajns-Theater. Sonntagnachmittag 4 Uhr: Trudhens Sommerreise. Abends: Der Bergbauer. (Anfang 8 Uhr.)

Wolke-Theater. Sonntagnachmittag 8 1/2 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Wintgartheater. Sonntagnachmittag 8 1/2 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Waldhalla-Theater. Sonntagnachmittag 8 1/2 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Waldhalla-Theater. Sonntagnachmittag 8 1/2 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Waldhalla-Theater. Sonntagnachmittag 8 1/2 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Waldhalla-Theater. Sonntagnachmittag 8 1/2 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Waldhalla-Theater. Sonntagnachmittag 8 1/2 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Waldhalla-Theater. Sonntagnachmittag 8 1/2 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Waldhalla-Theater. Sonntagnachmittag 8 1/2 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Vermischtes.

Der Hamburger Raubmörder verhaftet. Einer Meldung aus Hamburg zufolge wurde der Mörder der in der Nacht zum Donnerstag ermordeten Handelsreisenden Werkl in der Person des 19 Jahre alten Handelskommissar Hölke, der angeblich aus Hannover stammt, gestern abend im Café Opera verhaftet. Er ist geständig. Die geräuberten Sachen wurden am Danntorbahnhof, wo der Mörder sie hinterlegt hatte, beschlagnahmt.

Ein dreifacher Raubmord wurde, wie uns aus Stolz gemeldet wird, am Donnerstag, den 13. d. Mts., in Abbau Ludwigslust, Kreis Stolz, verübt. Der Knecht Heinrich Gloubach, der bei dem Rentengutsbesitzer Rath in Arbeit steht, drang in Abwesenheit des letzteren in die Wohnung ein, bedrohte die Ehefrau mit einer Kgt, fesselte sie an das Bett und raubte 300 R. Dann legte er sich auf das Rohrrad seines Dienstherrn und ergriff die Flucht. Der demüthigste Kriminalpolizei gelang es, den Räuber in den Varietäten des Stolper Bahnhofes festzunehmen. Das geraubte Geld wurde noch bei ihm vorgefunden.

Schneefürme in Amerika und Ostasien.

Die Vereinigten Staaten vom Yellowstonepark in Oston von der kanadischen Grenze bis zum Mississippi und Arkansas sind, wie aus New York gemeldet wird, hoch mit Schnee bedeckt. In Chicago und New York war der Schneefall von starkem Winde begleitet, und man fürchtet, daß noch vor Abend das Wetter sich zu einem der größten Blizzards, die das Land gesehen hat, entwickeln wird. Bei Abgang des Kabeltelegrammes war schon 48 Stunden lang ununterbrochen Schnee gefallen. Tausende von Menschen in den Vororten der Riesestädte sind an dem Verlassen ihrer Häuser gehindert. In der größten Not hat man dort, wo früher in den verkehrreichen Straßen die Wägen verkehrten, Tunnel durch Schneeberge gegraben, um die notwendigsten Verbindungen herzustellen. Die Bevölkerung ist ohne Zeitung und ohne jegliche Post. Der Nachbar weiß nichts vom Nachbar. Dazu kommt ein so dichter Schneefall, der jede Aussicht verhindert. Verschiedene Dampfer in den einzelnen Häfen können nicht anlegen, weil die Schneefloßen jede Aussicht sperren. Am schlimmsten sind die Villageuren der Millionäre daran, die von jedem Verkehr abgeschnitten sind.

Der New York Herald meldet aus New York: Starke Schneefürme haben die Vereinigten Staaten heimgesucht. Schneefürme wie sie die Geschichte der Vereinigten Staaten bisher noch nicht aufzuweisen hat. Von der Küste des Stillen Ozeans bis an die Küsten des Atlantischen Ozeans, vom Golf von Mexiko bis nach Kanada — von überall treffen die Meldungen über ungeheuer starke Schneefürme ein. Dazu ist die Kälte unerträglich. Der rollende Sturm hat Telegraphen- und Telefonleitungen vollständig zerstört, und wo sie stehen geblieben, sind sie vom Schnee derweht. Die Verbindung der Nord- und Oststaaten mit den Mittel- und Weststaaten ist völlig unterbrochen. Viele Städte sind von jedem Verkehr abgeschnitten. Die verschiedenen Dampfer auf den Riesenflüssen des Landes haben dort, wo der Sturm sie überraschte, anlegen müssen, und sind zu tagelangen Unterbrechungen gezwungen. Der Dampfer „St. Louis“, mit dem der amerikanische Vorkämpfer in London, Reid, nach New York abgefahren ist, muß mehrere tausend Meilen vor dem Hafen liegen bleiben und kann wegen des schlechten Wetters nicht einlaufen.

Aus Wladivostok wird gemeldet: Seit zwei Tagen ist der Postdampfer zwischen Wladivostok und Kamtschatka im Eise vollständig eingeschlossen worden. Die Passagiere, die es schließlich vor Kälte nicht mehr aushalten konnten, versuchten in höchster Todes-

angst über das feste Eis das Land zu erreichen. Einige waren bereits auf dem Schiff erfroren. 24 traten die Heidenreise an, 11 kamen unterwegs ums Leben, 23 erreichten in mitleideregenden traurigen Zustände das Land, wo sie von den Bewohnern völlig erschöpft aufgenommen wurden.

Briefkasten der Redaktion.

Die literarische Sprechstunde findet Lindenstraße 2, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 7 Uhr abends statt. Jeden Samstag nachmittags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gestern 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buch und eine Zahl als Beleg beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht erteilt. Sid zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Einige Fragen erregt man in der Sprechstunde vor.

M. 28. Die Besichtigung über die Umkleeniederung oder daß eine solche nicht erforderlich ist, erhalten Sie vom Vormundschaftsgericht, an das Sie sich wenden müssen. — W. 1000. I. Nr. 2. Mein. — W. 300. Braunsberger 13. I. Der Mietstempel ist bei Jahresmieten von 300 R. an zu zahlen. 2. Beide Nebenwohnungen werden gebraucht. — W. 47. Wiederholen Sie die Anfrage. Uns liegt keine vor. P. 8. 15. Ausführendes enthält das Handbuch der praktischen Mineralogische, Preis 9 M. Ferner eine Anleitung zur Herstellung eines Mineralogischen Apparates, nebst Modellbogen zum Preise von 1 M. ist gleichfalls zu haben. Vorrätig in Buchhandlung Comptoir, Lindenstr. 69. — P. 8. 106. Teilen Sie der Buchhandlung Comptoir, Berlin, Lindenstr. 69. Ihre genaue Adresse mit, worauf Ihnen brieflich Bescheid zugehen wird.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 14. I.	13. I.	Wasserstand	am 14. I.	13. I.
Kemel, Mühl	517	+15	Saale, Großh.	250	+14
Regel, Ankersburg	129	+2	Saale, Spandau	118	-3
Wesche, Törn	125	-8	Saale, Rathenow	140	0
Oder, Rasthof	155	+2	Spree, Spremberg	85	-2
• Krosen	202	-5	• Beelitz	109	+1
• Frankfurt	214	-4	• Eiser., Müden	56	+4
• Sprotte, Schirrm	142	-8	• Müden	130	+3
• Landberg	132	0	• Rhein, Ragnitzmühlent	418	0
• Rege, Borsam	44	-1	• Saub	243	-6
• Elbe, Zeitzen	92	+21	• Saub	287	+21
• Dresden	-30	-12	• Redar, Heilsbrunn	125	-5
• Barby	277	-3	• Rain, Berthel	217	+6
• Radeburg	228	-6	• Roteb., Trier	275	+43

+) + bedeutet Hoch. — Tal. *) Unterpegel. *) Eisstand.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markt-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr: Schmalz, Weizen, Roggen, Weizen, ungeräuchert. Eid: Zufuhr mäßig, Weizen, Weizen, Weizen. Getreide: Zufuhr genügend, Weizen, Weizen, Weizen im allgemeinen befriedigend. Rind: Zufuhr ungenügend, Weizen, Weizen im allgemeinen befriedigend. Butter: ungenügend, Weizen, Weizen im allgemeinen befriedigend. Gänse, Ochsen und Schafzucht: Zufuhr genügend, Weizen, Weizen mäßig verändert.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Mittwoch, den 19. Januar, in Feuersteins Festsälen, Alte Jakobstraße 75: Vortrag mit Demonstration des Vereins für Verbesserung der Frauenkleidung: „Die reformieren wir unsere Frauenkleidung?“ Referent: Dr. Ernst Pollack. 66/1 Gäste willkommen. Der Vorstand.

Jugendausschuß für Groß-Berlin.

Sonntag, den 16. Januar, abends 6 Uhr, in den Union-Festsälen, Weißbäcker Straße 221-223:

Jugend-Versammlung.

Vortrag der Frau Schlesinger-Eckstein aus Wien über: Die Zukunft der Jugendbewegung. Nach dem Vortrage: Geselliges Beisammensein. Eintritt frei. Garderobe 10 Pf. Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu dieser Versammlung freundlich eingeladen. 281/10*

Zentral-Verband deutscher Textilarbeiter.

Filiale Berlin. Geschäftsstelle: Andreestr. 17. Zentralarbeitsnagel: Amt 7 1873. Geöffnet von 8-11 Uhr und 5-7 Uhr montags.

General-Versammlung.

Am Montag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 4), Engelauer 15: Tages-Ordnung: 1. Jahres- und Kassensbericht. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Beschlußfassung über die Anstellung eines Hauswärters. 4. Frauenkonferenz. Mitgliederbuch legitimiert. 2086 Um recht zahlreichen Besuch der Versammlung ersucht Der Vorstand.

Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin. Mittwoch, den 19. Januar, abends 8 Uhr, in den „Armin-Gallen“, Kommandanten-Straße 58-59:

Quartals-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und des Kassiers. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es Pflicht aller Mitglieder, in der Versammlung anwesend zu sein. Mitgliederbuch oder Arbeitslosenkarte legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Homokord Platten Mark 3. Doppelseit. bespielt Pass. i. jed. Platten-Sprechmaschine. Größtes Repertoire Überall erhältlich. Kataloge gratis u. franko. Bezugsquellen weist nach die Fabrik. Homophon Company, G. m. b. H. Berlin C. 30 Klosteralstraße 5-8. Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin. Montag, den 17. Januar 1910, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

aller in Album-, Mappen- und Galanteriewarenfabriken beschäftigten Kollegen und Kolleginnen in Kästern Festsälen, Oranienstr. 180 (oberer Saal). Tages-Ordnung: 1. Bericht der Vorstandskommission für 1909. 2. Neuwahl der Agitationskommission und Wahl von zwei Mitgliedern zur Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes.

Branchen-Versammlung

der Gold- und Farbschnittmacher im Restaurant Gustav Hanzoy, Reichenberger Straße 16. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vertrauensmannes. 2. Anschließ der Branchengebühren an die in Frage kommenden Branchen. 3. Wahl eines Vertreters zur Ortsverwaltung.

Branchen-Versammlung

aller in den Berliner Kartonfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im „Fürstenthor“, Köpenicker Str. 137. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Neuwahl der Mitglieder zur Agitationskommission. 3. Wahl von zwei Vertretern zur Ortsverwaltung.

Branchen-Versammlung

aller in den Zugschneidfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im „Fürstenthor“, Köpenicker Str. 137. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Neuwahl der Mitglieder zur Agitationskommission. 3. Wahl von drei Vertretern zur Ortsverwaltung. 4. Branchengebühren und Verschiedenes.

Branchen-Versammlung

aller in Buchbindereien und Buchbinder-Abteilungen von Buchdruckereien. Geschäft. Buchbinder u. Buchbinder-Abteilungen bei A. Borch, Ritterstr. 75. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Bericht der Tarifkommission. 3. Neuwahl der Agitationskommission. 4. Neuwahl der Beisitzer zur Ortsverwaltung. 28/9 Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Achtung! Lithographen, Steindrucker und verwandte Berufe!

Dienstag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Pläne der Scharfmacher in unserem Berufe. Referent: Kollege Haß. 2. Diskussion. Die Verwaltungen erwarten das Erscheinen aller Kollegen, da Wichtiges auf dem Spiele steht. 281/10* Der Einberufes: Alex Czech, Engelauer 15.

Kranken- und Sterbekasse aller gewerblichen Arbeiter für Schöneberg und Berlin.

(Eingeladene Klasse Nr. 115.) Sonntag, den 23. Januar 1910, vormittags 9 1/2 Uhr, in Croferts neuen Rathssälen, Reinigerstr. 8 (Zunel):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Jährlicher Kassensbericht. 3. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 4. Verschiedene Angelegenheiten. 281/2* Mitgliederbuch legitimiert. Um zahlreichen und pünktlichen Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Vorstand. J. W. G. Jaenke.

Kranken-Unterstützungs- u. Begräbnisverein gewerbl. Arbeiter zu Berlin.

Sonabend, den 22. Januar 1910, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

in den Arminkassen, Kommandantenstraße 58-59. Tages-Ordnung: 1. Rechnungslegung pro 1909. 2. Ergänzung der Krankenkassenversicherung. 3. Wahl des Vorstandes und der Beisitzer. 4. Verschiedenes. 281/15 Recht regen Besuch, auch Gäste, erwartet J. W. Friedr. Freudenreich, Vorst., S. 59, Wilmannstr. 30 II.

Krankenkasse für die Beamten u. Angestellten der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften sowie der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten zu Berlin. (E. H. 108.)

Am Mittwoch, den 26. Januar 1910, abends 7 Uhr, in Berlin, Bräunerstr. 6b:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Jahres- und Kassensbericht pro 1909 sowie Bericht der Beisitzer. 2. Beschlußfassung über das zu bestimmende Publikationsorgan für 1910. 3. Wahl von fünf Vorstandsmitgliedern für die Jahre 1910 und 1911. 4. Wahl von drei Beisitzern pro 1910. 5. Sonstige Angelegenheiten. Der Vorstand. 2000 J. W. D. Albrecht, Vorsitzender.

Sorben erschienen! Die Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen der preussischen Monarchie.

Erläutert von Paul Hirsch. Preis gebunden 3 Mark. Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Sophien-Säle Sophienstraße 17/18

Querstraße der Rosenthaler Straße — am Hackeschen Markt Inhaber: Paul Baas

empfehle seine von 60-2000 Personen fassenden Säle zu Versammlungen Vorträgen u. Ausstellungen usw. Vergröß. Kfz. Kulant. Entgegenkommen

EPPSTANIA (Keule) tadellos, hell, großes Façon nur Spiegelpressung beste 6 Pfg.-Zigarre. General-Vertrieb: Dagobert Rund, Berlin N. 24, 400117. Gr. Hamburger Str. 1. Amt III, 4555.

In Charlottenburg bei S. Hoffmann, Wilmersdorfer Straße 2, findet **Inventur-Ausverkauf** von guter Herren- und Knaben-Bekleidung zu enorm billigen Preisen statt. L Anfertigung nach Maß in eigener Betriebswerkstätte. Herren-Anzüge von 40,- Mark an. Der Ausverkauf dauert nur kurze Zeit.